

1.000	12.407	1.000	1.000
10.412	15.000	7.500	1.000
1.000	10.000	10.000	1.000
1.213.801	1.138.539	1.095.228	1.000
705.734	298.439	653.188	1.000
3.099	8.541	1.138	1.000
14.768	42.522	14.146	1.000
308.508	689.373	341.410	1.000
18.485	21.813	15.193	1.000
6.299	30.341	7.819	1.000
41.392	15.539	30.859	1.000
1.573	11.534	11.494	1.000
42.901	14.531	10.471	1.000
41.342	4.245	2.506	1.000
2.505.140	2.738.322	13.524.372	1.000
145.392	22.143	268.139	1.000
16.160	1.241	22.534	1.000
206.473	23.479	42.586	1.000
2.514	419	2.785	1.000
40.420	8.601	42.162	1.000
17.969	2.290	45.378	1.000
2.870	1.611	3.046	1.000
164.806	35.732	19.197	1.000
18.005	24.935	11.231	1.000
10.835	30.657	12.131	1.000
666	677	1.000	1.000
2.773	678	1.000	1.000
13.458	3.441	1.000	1.000
416.196	38.644	10.000	1.000
7.222	100	1.000	1.000
161.381	81.068	131.131	1.000
9.193	16.735	12.234	1.000
414	1.969	1.000	1.000
463.390	350.043	483.232	1.000
25	29	1.000	1.000
55.249	226.974	69.125	1.000
1.044	4.375	922	1.000
381.687	207.226	258.175	1.000
10.590	6.539	12.465	1.000
367.797	177.949	431.464	1.000
10.514	72.542	53.769	1.000
614.595	62.537	663.350	1.000
161.345	9.031	91.312	1.000
10.000	10.000	10.000	1.000
8.347.595	1.160.313	9.385.417	1.000
41.992	99.835	55.528	1.000
285.944	133.307	290.689	1.000
21	228	7	1.000
18.200	150.733	22.176	1.000
4.800	2.330	248	1.000
10.000	1.815	588	1.000
10.000	34.331	900	1.000
10.000	112.074	226.407	1.000
10.000	37.117	37.141	1.000

Entwicklungen in Nordrhein-Westfalen. Statistischer Jahresbericht des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen **2004**

Entwicklungen in Nordrhein-Westfalen

Statistischer Jahresbericht

2004

Inhalt

Schwerpunktthemen

Modellrechnungen zu den Auswirkungen des demografischen Wandels in Nordrhein-Westfalen.....	6
Berufliche Mobilität: Arbeitsplatz- und Berufswechsel	15

Entwicklungen in Nordrhein-Westfalen

Bevölkerung	20
Konjunktur, Arbeitsmarkt, Unternehmen	23
Verdienste, Arbeitszeiten	26
Verbraucherpreise	28
Außenhandel	30
Gewerbemeldungen, Insolvenzen	34
Industrie, Handwerk	36
Bauwirtschaft	41
Bautätigkeit, Wohnungsbestand, Immobilienbesitz	42
Flächennutzung, Landwirtschaft.....	45
Groß- und Einzelhandel	48
Reiseverkehr	49
Verkehr	51
Umwelt	53
Öffentliche Finanzen	56
Gesundheitswesen, Soziales, Justiz	62
Schulen, Hochschulen, Bildungsförderung	68

Vorwort

Der statistische Jahresbericht „Entwicklungen in Nordrhein-Westfalen“, den das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen jährlich herausgibt, fasst Ergebnisse aus fast allen Statistik-Bereichen zusammen.

Die vorliegende Ausgabe 2004 setzt die langjährige Tradition fort, bietet aber zusätzlich zwei Themenschwerpunkte mit vertiefenden Betrachtungen zu den Themenbereichen „Demographischer Wandel“ und „Berufliche Mobilität: Arbeitsplatz- und Berufswechsel“.

Danken möchte ich bei dieser Gelegenheit allen Institutionen, die das Landesamt bei der Erstellung des Jahresberichts unterstützt haben, vor allem aber allen Bürgerinnen und Bürgern, die mit ihren Auskünften für viele Ergebnisse erst die Basis geschaffen haben. Für ihre Hilfe bei der Verbreitung der Ergebnisse in der Öffentlichkeit und die gute Zusammenarbeit gilt der Presse, dem Funk und dem Fernsehen ein besonderer Dank.

Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen

Kehlenbach

Impressum

Bestell-Nr. Z 41 1 2004 00

Herausgegeben vom

Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik

Nordrhein-Westfalen

Mauerstraße 51, 40476 Düsseldorf

Postfach 10 11 05, 40002 Düsseldorf

Telefon 0211 9449-01

Telefax 0211 442006

Internet: www.lds.nrw.de

E-Mail: poststelle@lds.nrw.de

Pressestelle

Telefon 0211 9449-4429 und -4436

Telefax 0211 9449-4081

E-Mail: pressestelle@lds.nrw.de

Zentrale Information und Beratung

Telefon 0211 9449-4457 und -4406

Telefax 0211 9449-4080

E-Mail: statistik-info@lds.nrw.de

Erschienen im Juni 2005

© Landesamt für Datenverarbeitung

und Statistik NRW, Düsseldorf, 2005

Die Verbreitung durch die Presse ist mit Quellenangabe erwünscht; wir bitten um einen Beleg. Im Übrigen sind für nicht gewerbliche Zwecke Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

Modellrechnungen zu den Auswirkungen des demografischen Wandels in Nordrhein-Westfalen

Der demografische Wandel – die Schrumpfung der Bevölkerung sowie ihre Alterung infolge der Kombination einer langfristig niedrigen Geburtenrate und einer stetig steigenden Lebenserwartung¹ – wird in den kommenden Jahren zu tief greifenden Änderungen in nahezu allen Bereichen des politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lebens führen und damit die Verantwortlichen aus Bund, Ländern und Kommunen, aber auch jeden Einzelnen vor enorme Herausforderungen stellen. Eine besondere Brisanz erfährt die Situation vor dem Hintergrund einer weder kurz- noch mittelfristig möglichen Umkehrung der Entwicklung, da diese im gegenwärtigen Altersaufbau der Gesellschaft bereits angelegt ist. Dieser Ausgangspunkt kann und muss als Anlass dienen, für die eintretenden Konsequenzen zu sensibilisieren und über vorausschauende Maßnahmen den zwangsläufigen Wandel als Chance, als Potential für Weiterentwicklung und Reformen zu nutzen.

In dieser Situation hat sich das LDS NRW zum Ziel gesetzt, durch Modellrechnungen die möglichen Auswirkungen des demografischen Wandels auf handlungsrelevante Felder, z.B. aus den Bereichen der sozialen Sicherung, der Erwerbstätigkeit und Qualifizierung, der Infrastruktur und Konsumwirtschaft, in regionaler Differenzierung zu beschreiben, um das Wissen um gesellschaftlich relevante Prozesse und mögliche zukünftige Problemlagen zu erhöhen.

Der folgende Text stellt demografisch bedingte Veränderungen in den Bereichen Haushalte, Wohnungsbedarf, Erwerbspersonen, Wählerstruktur, Pflegebedürftigkeit und Krankenhauswesen vor, die in Modellrechnungen vorausberechnet wurden.² Die Ergebnisse sind nicht als Prognosen zu verstehen mit dem Anspruch, die Zukunft sicher vorauszusagen, sondern als Fortschreibung der derzeitigen Verhältnisse bei unveränderten Rahmenbedingungen und Annahmen; sie sollen den Verantwortlichen aus Politik und Wirtschaft Orientierungs- und Entscheidungshilfen für zukunftsgerechte Planungen an die Hand geben.

Entwicklung der privaten Haushalte

Die demografische Entwicklung hat zur Folge, dass die Haushalte in NRW erstens weniger und zweitens kleiner werden. Drittens wird sich bei Einpersonen-

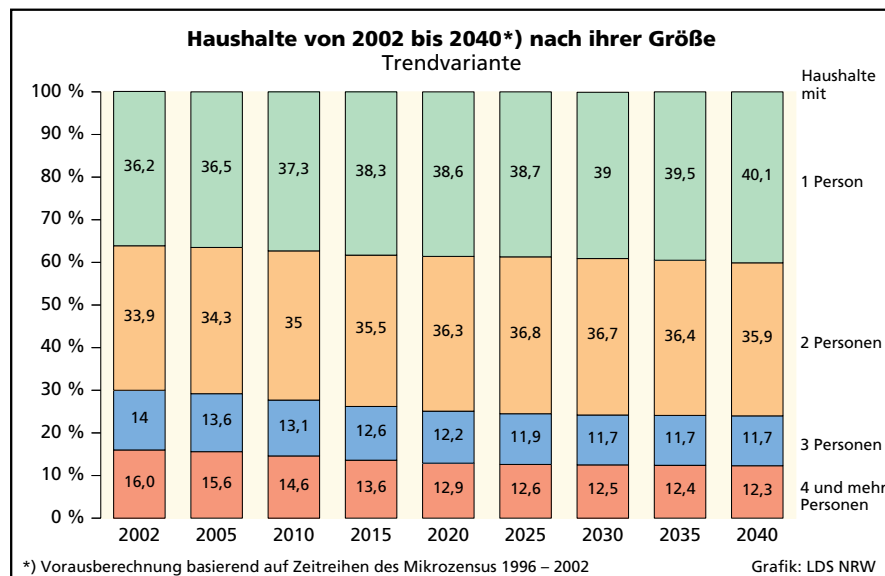
¹ Vgl. hierzu die Vorausberechnung der Bevölkerung in den kreisfreien Städten und Kreisen Nordrhein-Westfalens 2002 – 2020/2040, hrsg. vom LDS NRW.

² Eine ausführliche Dokumentation der methodischen Herangehensweise und der Ergebnisse, auch in regionaler Differenzierung, wird im dritten Quartal 2005 erscheinen. Eine gekürzte Fassung mit den wichtigsten Resultaten der Berechnungen enthält Band 21 der „Statistischen Analysen und Studien Nordrhein-Westfalen“ (ersch. Juni 2005). In einer weiteren Publikation werden Modellrechnungen für die Bereiche Schule und Ausbildung, Jugendhilfe und Erwerbstätigkeit folgen.

haushalten die Altersstruktur verschieben. Entsprechend der Bevölkerungsentwicklung ist bis 2040 mit einem bogenförmigen Kurvenverlauf bei der Zahl der Haushalte, mit einem Maximum Anfang der 20er Jahre, zu rechnen:

Wendepunkt bei der Zahl der Haushalte etwa 2020

- Nach der *Status-quo-Variante* der Modellrechnung – dabei werden alle Entwicklungen jenseits des demografischen Wandels ausgeblendet – wird die Zahl der Haushalte noch bis 2020 um knapp 250 000 auf 8,54 Millionen zunehmen. Erst danach verringert sie sich um fast 430 000 oder knapp 5 Prozent und erreicht 2040 einen Wert von 8,1 Millionen. Hierbei sinkt die Zahl der Haushalte mit drei oder mehr Personen bis 2040 kontinuierlich um über 400 000, das entspricht –16 Prozent. Auf der anderen Seite gewinnen Ein- und Zweipersonenhaushalte bis 2040 nur etwa 220 000 (+3,8 Prozent) hinzu. Mit 135 000 Haushalten entfallen dabei fast zwei Drittel dieser Steigerung auf die Einpersonenhaushalte.
- Nach der *Trendvariante* – sie bezieht statistisch signifikante Trends ein, z.B. jenen zu kleineren Haushalten – bleibt die Zahl der Haushalte nach einem bogenförmigen Verlauf bis 2040 weitgehend konstant, weil infolge der Trendfortschreibung die Zunahme der Zahl der Einpersonenhaushalte den Rückgang bei den Mehrpersonenhaushalten ausgleichen kann. In dieser Modellvariante wird sich die Scherenbewegung zwischen dem Anstieg der kleineren und dem Rückgang der größeren Haushalte noch verstärken.



Im Zuge der beschriebenen Entwicklung wird sich der Anteil der **Haushalte mit Kindern** weiter verringern: Lebt aktuell noch in jedem vierten Haushalt (25,5 Prozent) mindestens ein Kind, so werden im Jahr 2040 nur noch in rund jedem fünften Haushalt (21,7 Prozent) Kinder anzutreffen sein.

Weniger Haushalte mit Kindern

Die Zunahme bei den **Einpersonenhaushalten** wird maßgeblich bestimmt durch den Umstand, dass die bessere gesundheitliche Verfassung von Menschen in fortgeschrittenem Alter diese in die Lage versetzt, auch in späteren Lebensabschnitten noch einen eigenen Haushalt zu führen. Bis 2040 wird sich daher die Zahl der allein Lebenden in der Altersklasse „70 Jahre oder älter“ von knapp 900 000 auf über 1,3 Millionen erhöhen. Das führt dazu, dass dann knapp 40 Prozent aller Einpersonenhaushalte auf Personen dieses Alters entfallen werden. Für die Männer wird – aufgrund ihres Nachholens bei der Entwicklung der Lebenserwartung – hier eine stärkere Wachstumsdynamik angenommen als für Frauen: Während die Modellrechnung für letztere eine Wachstumsrate von 33 Prozent zeigt, wird sich die Zahl der Einpersonenhaushalte mit einer männlichen älteren Person bis 2040 gegenüber heute mehr als verdoppeln.

Ergebnisse für kreisfreie Städte und Kreise

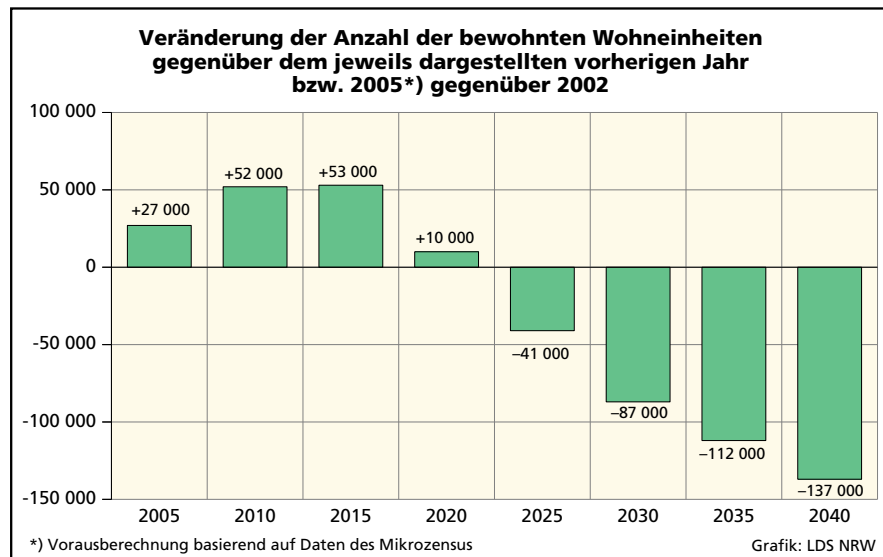
Der bis 2020 angenommene Zuwachs bei der Zahl der Haushalte verteilt sich sehr unterschiedlich auf die einzelnen **Regionen** des Landes: Von den 54 kreisfreien Städten und Kreisen in NRW verzeichnen nach der Trendvariante 26 einen Anstieg und 18 einen Rückgang. Das Besondere liegt dabei in der geographischen Ballung des Phänomens: Das Gebiet mit dem Minus reicht in Ost-West-Richtung von Hagen bis Krefeld und in Nord-Süd-Richtung von Gelsenkirchen bis Leverkusen, außerhalb dieser Region weisen nur noch die Städte Hamm und Aachen rückläufige Haushaltszahlen auf. Im Gegensatz dazu zeigen neun Kreise bis 2020 Zuwachsraten von mehr als 15 Prozent: im Norden des Landes die Kreise Coesfeld, Borken und Steinfurt, im Osten die Kreise Minden-Lübbecke, Gütersloh und Paderborn sowie im Süden bzw. Südwesten der Oberbergische Kreis, der Rhein-Sieg-Kreis und der Kreis Heinsberg.

Künftiger Bedarf an Wohneinheiten

Die dargestellte Entwicklung bei der Zahl der Haushalte, und hier vor allem der Rückgang bei den Haushalten mit Kindern und die Zunahme bei den älteren allein Lebenden, wird erhebliche Auswirkungen auf den Immobilienmarkt haben: Die Nachfrage nach Wohnungen insgesamt wird schrumpfen, der Bedarf an altersgerechten Wohnungen wird jedoch wachsen.

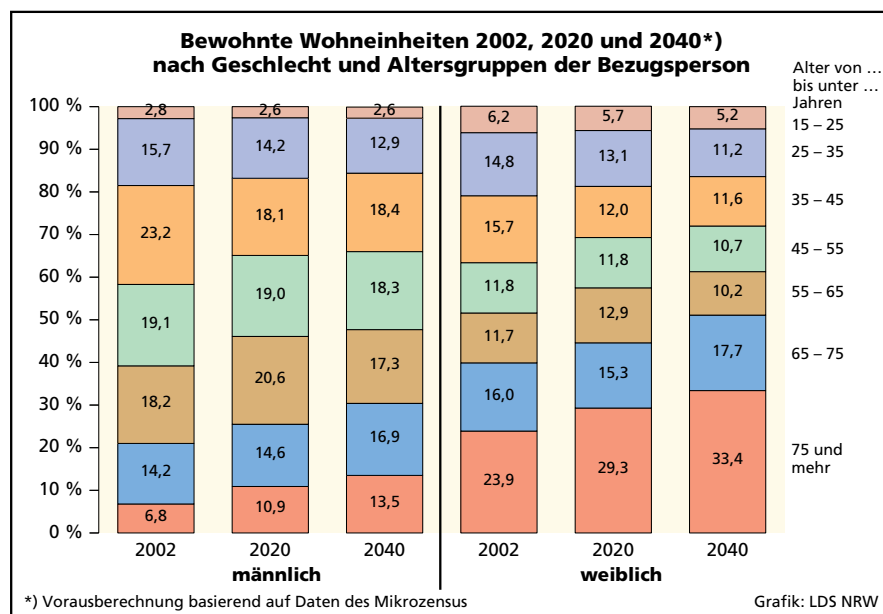
Aufgrund des bogenförmigen Verlaufs der Haushaltsentwicklung ist noch bis 2020 mit einer Steigerung des Wohnungsbedarfes um knapp 2 Prozent oder ca. 140 000 Einheiten zu rechnen. Nach einem Maximum von 7,79 Millionen im Jahr 2020 wird die Zahl bewohnter Wohneinheiten bis 2040 auf 7,4 Millionen zurückgehen und damit um 235 000 oder 3 Prozent unter dem Stand von 2002 liegen. Von dem Rückgang sind großflächige Wohneinheiten (ab 90 m²) beson-

ders betroffen; hier steigt die Nachfrage zwar bis 2015 noch um 1,6 Prozent oder fast 50 000, wird sich dann aber gegenüber dem Stand von 2002 um fast 5 Prozent oder nahezu 140 000 verringern. Bei den kleineren Wohneinheiten (unter 90 m²) liegt der Rückgang von 2002 bis 2040 nur bei 97 000 oder 2 Prozent, nach einer Zunahme um 100 000 oder 2,2 Prozent bis 2020.



Gleichzeitig ist mit einer enormen **Altersstrukturverschiebung** zu rechnen: Bis 2040 wird die Zahl der Wohneinheiten mit einer Bezugsperson im Alter von 75 oder mehr Jahren um ca. 60 Prozent ansteigen und einen Wert von fast 1,5 Millionen erreichen. Das bedeutet, dass 2040 jede fünfte Wohneinheit (20,1 Prozent) von einer Bezugsperson dieses Alters bewohnt wird. Eine besonders wichtige Gruppe stellen dabei die älteren Frauen dar: 2040 wird von allen von Frauen genutzten Wohneinheiten jede dritte (33,4 Prozent) von einer Frau im Alter von 75 oder mehr Jahren bewohnt.

Steigender Bedarf an altersgerechten Wohnungen



Ähnlich wie bei den Haushaltszahlen verläuft bis 2020 die **regionale Entwicklung** des künftigen Bedarfes an Wohneinheiten – auf Landesebene wird bis dahin noch ein Zuwachs um knapp 2 Prozent erwartet – sehr unterschiedlich: Für zahlreiche Städte im und um das Ruhrgebiet wird die Zahl bewohnter Wohneinheiten bis dahin um mehr als 6 Prozent zurückgehen, während die Modellrechnung für viele Kreise im Norden, Osten und Süden von NRW noch Steigerungen um mehr als 12 Prozent ausweist.

Entwicklung des Erwerbspersonen-Potentials

Für das dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehende Erwerbspersonen-Volumen³ sind infolge des demografischen Wandels drei wichtige Entwicklungen zu erwarten:

- Die Zahl der Erwerbspersonen wird merklich zurückgehen.
- Der Anteil der weiblichen Erwerbspersonen wird nach den Annahmen der Trendvariante weiter steigen.
- Es kommt zu einer Zunahme des Durchschnittsalters der Erwerbspersonen mit einem Höhepunkt um das Jahr 2020.

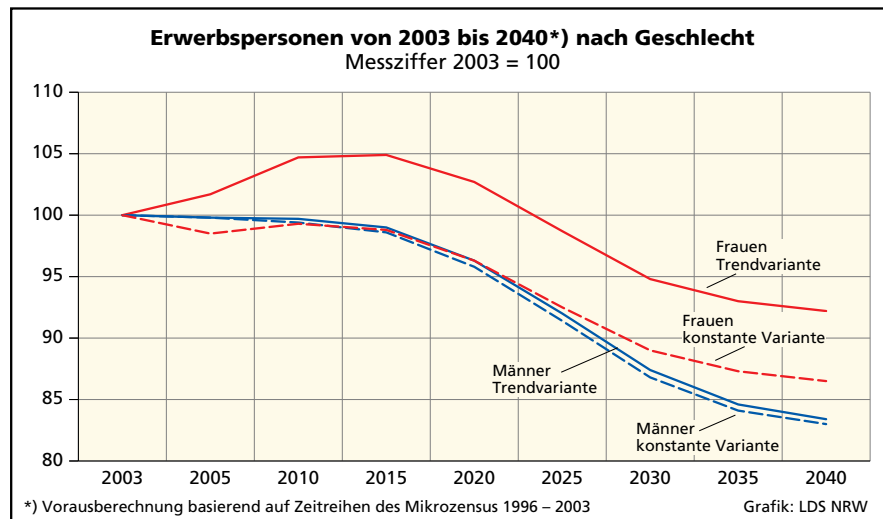
Zahl der Erwerbspersonen sinkt um über eine Million

Bereits mittelfristig, also bis 2020, wird die **Zahl der Erwerbspersonen** zurückgehen; gemäß der Trendvariante wird sie den aktuellen Wert von etwa 8,4 Millionen um 78 000 und gemäß der Status-quo-Variante sogar um 333 000 unterschreiten. Bis 2040 beschleunigt sich der Rückgang – dann wird es nach den Berechnungen über eine Million (Trendvariante) bzw. sogar 1,3 Millionen (Status-quo-Variante) weniger Erwerbspersonen geben als 2003. Der moderater ausfallende Rückgang in der Trendvariante beruht darauf, dass hier die Tendenz einer verstärkten Erwerbsbeteiligung der Frauen fortgeschrieben wird, welche die Konsequenzen des rückläufigen Erwerbspersonenvolumens abschwächt.

Da bereits in wenigen Jahren erste Teile der geburtenstarken Jahrgänge aus den 1960er-Jahren ein Alter von 50 Jahren erreichen und infolge des Geburtenrückgangs der 1970er-Jahre keine zahlenmäßig ähnlich starken Jahrgänge nachkommen, wird sich das **Durchschnittsalter der Belegschaften** nach oben verschieben. 2020 wird jede dritte Erwerbsperson (31,4 Prozent) 50 Jahre oder älter sein – heute gilt dies für jede vierte (24,5 Prozent) und Ende der 1970er-Jahre galt es sogar nur für jede fünfte Erwerbsperson (19,8 Prozent). Im Gegenzug wird es weniger jüngere Erwerbspersonen geben: Selbst unter den

³ abzuleiten aus der Zahl der potenziell erwerbsfähigen Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 65

Annahmen der Trendfortschreibung wird es bis 2020 bei den 30- bis 49-Jährigen zu einem Minus von fast 20 Prozent oder etwa 860 000 Personen kommen. In den folgenden 20 Jahren folgt bei den 30- bis 39-Jährigen eine Abnahme um weitere 10 Prozent, während die Zahl der 40- bis 49-Jährigen in diesem Zeitraum nahezu konstant bleibt.



Als besonders problematisch stellt sich auch hier die Entwicklung in den Ballungszentren im und um das Ruhrgebiet dar, für die bis 2020 Rückgänge der Erwerbspersonenzahl um mehr als 10 Prozent vorausgeschätzt werden. Insgesamt wird für die 23 kreisfreien Städte in NRW bis dahin mit einer Abnahme der Erwerbspersonenzahl um 4,8 Prozent gerechnet, in den Kreisen dagegen noch mit einem Zuwachs um 5 Prozent.

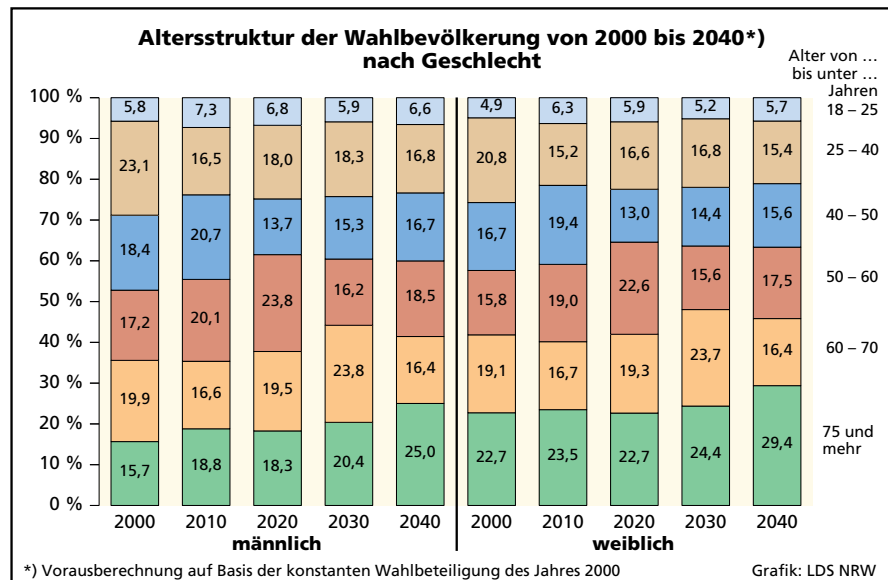
Ergebnisse für kreisfreie Städte und Kreise

Entwicklung der Wählerstruktur⁴

Auch im Hinblick auf die Altersstruktur der Wahlbevölkerung wird die demografische Alterung bereits kurzfristig zu erheblichen Verschiebungen führen, die sich bis 2040 weiter zuspitzen werden. Für die Landtagswahlen nach 2005 bedeutet das vor allem einen erheblichen Rückgang der Wählerinnen und Wähler im jüngeren und mittleren Alter bis 49 Jahre (bis 2020: –600 000 bzw. –18 Prozent) und eine enorme Zunahme der Wählerinnen und Wähler im Senioren- und Rentenalter bzw. im Übergangsalter zum Ruhestand (bis 2020: +500 000 Stimmen bzw. +13 Prozent). Das hat zur Folge, dass 2020 rund zwei Drittel (63 Prozent) der Stimme von Wählerinnen und Wählern abgegeben werden, die 50 Jahre oder älter sind; gegenüber der Landtagswahl 2000 wird sich das Gewicht dieser Altersgruppe um 8 Prozentpunkte erhöhen.

Ältere Wählerinnen und Wähler gewinnen an Gewicht

⁴ Bei den Betrachtungen in diesem Abschnitt wird unterstellt, dass die bei der Landtagswahl 2000 festgestellte Wahlbeteiligung konstant bleibt.



Besondere Bedeutung wird in den kommenden Jahren die Wahlbevölkerung im Alter von 70 und mehr Jahren erlangen: Bis 2040 wird die Zahl der Wählerinnen und Wähler dieser Altersgruppe um fast 400 000 oder 27 Prozent auf 1,8 Millionen zunehmen; sie werden dann mehr als ein Viertel (27,2 Prozent) aller Wählerinnen und Wähler stellen.

Entwicklung der Pflegebedürftigkeit

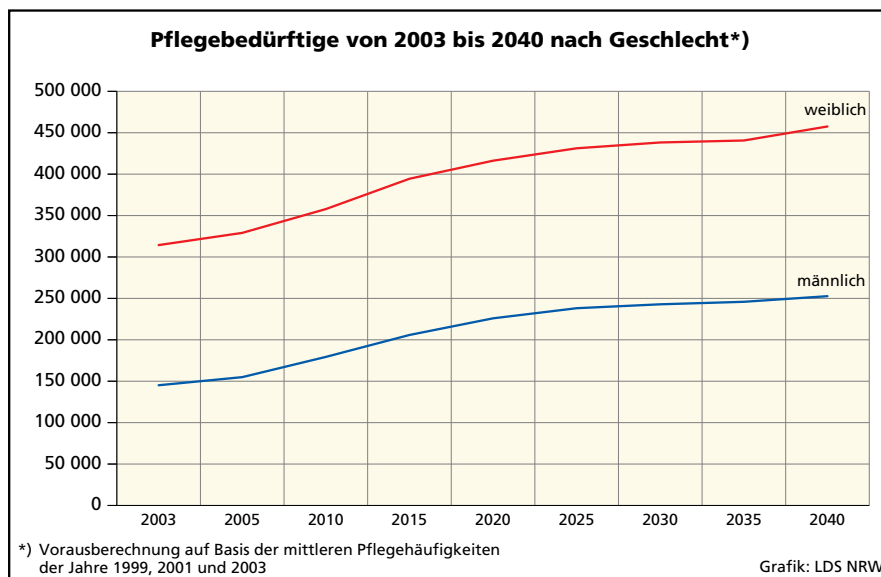
Die vorausberechnete Zunahme bei den hochbetagten Einwohnern führt zu einer massiven und stetigen Erhöhung der Zahl der Pflegebedürftigen, wobei die Zahl der männlichen Pflegebedürftigen, der Schwerstpflegebedürftigen und der Pflegebedürftigen in professionellen Einrichtungen überproportional ansteigen wird.

Pflegebedürftigkeit steigt um über 50 Prozent

Bis 2040 wird die Zahl der **Pflegebedürftigen** um ca. 55 Prozent (Frauen: +45 Prozent, Männer: +75 Prozent) oder eine Viertelmillion auf über 700 000 Menschen anwachsen, wobei knapp drei Viertel dieser Entwicklung bereits 2020 erreicht sein werden. Die geschlechtsspezifischen Unterschiede sind ein Effekt der steigenden Lebenserwartung, denn zunehmend erreichen auch Männer hochbetagte Altersgruppen, in denen die Pflegewahrscheinlichkeit deutlich zunimmt. Der Anteil der Pflegebedürftigen an der Gesamtbevölkerung wird sich von 2,5 Prozent (2003) auf 4,2 Prozent (2040) erhöhen. Von den mindestens 60 Jahre alten Menschen werden 2040 über 12 Prozent pflegebedürftig sein – heute sind es weniger als 9 Prozent.

Auch innerhalb der Gruppe der Pflegebedürftigen kommt es durch die demografische Entwicklung zu strukturellen Änderungen: Ist heute weniger als ein Drittel (31,6 Prozent) der Pflegebedürftigen 85 Jahre oder älter, so steigt ihr

Anteil bis 2040 auf 42 Prozent. Bei den Frauen wird dann sogar fast jede zweite Pflegebedürftige in diesem Alter sein. Durch den hohen Anteil an Hochbetagten erhöht sich auch die durchschnittliche Pflegebedürftigkeit: Während in der niedrigsten Pflegestufe I die Zahl der Pflegebedürftigen nur um knapp 45 Prozent zunimmt, wird für die höheren Pflegestufen II und III ein Anstieg der Zahl von jeweils mehr 60 Prozent vorausgeschätzt. In der Folge wird die Inanspruchnahme einer stationären (+58 Prozent) oder ambulanten Versorgung (+65 Prozent) stärker ansteigen als die Pflege durch Laien im verwandtschaftlichen oder nachbarschaftlichen Sektor (+47 Prozent).



Besonders gravierend wird bis 2020 der Anstieg der Pflegebedürftigkeit in jenen Gebieten ausfallen, in denen aktuell die Altersstruktur noch relativ ausgeglichen ist. So ist beispielsweise in den Kreisen Borken, Coesfeld und Soest mit Anstiegen der Zahl der Pflegefälle um mehr als 65 Prozent zu rechnen. Vergleichsweise moderat dagegen – mit Zuwachsraten unter 20 Prozent – wird die Zahl der Pflegebedürftigen in vielen kreisfreien Städten (z. B. Düsseldorf, Duisburg, Krefeld, Wuppertal, Bonn und Bielefeld) anwachsen. Grund dafür ist, dass in diesen Regionen der Anteil älterer und hochaltriger Menschen – und damit der potenziell Pflegebedürftigen – gegenwärtig schon recht hoch ist; entsprechend geringer fallen die Wachstumsraten aus.

Diese Entwicklung zeigt nochmals, dass in den Städten bereits die Schrumpfung der Bevölkerung das primäre demografische Problem darstellt, während in vielen Kreisen zunächst die demografische Alterung als Herausforderung besteht, bevor sich daran anschließend auch dort der Bevölkerungsrückgang bemerkbar machen wird.

Ergebnisse für kreisfreie Städte und Kreise

Entwicklung der Patientenzahlen der Krankenhäuser

Für die stationäre Versorgung im Krankenhaus bedeutet die demografische Altersstrukturverschiebung einen erheblichen Anstieg der Patientenzahl und eine Änderung der Patientenstruktur, die sowohl in einem Mehr von hochbetagten Patienten als auch in einer Zunahme des Anteils älterer männlicher Patienten zum Ausdruck kommt.

Die Zahl der stationär behandelten **Kranken** wird bereits bis 2020 um fast eine halbe Million oder ca. 10 Prozent wachsen und einen Wert knapp unter 4,36 Millionen pro Jahr erreichen. Nach weiterem Anstieg bis 2030 auf 4,36 Millionen Fälle wird dann bis 2040 ein leichter Rückgang auf 4,34 Millionen eintreten.

Eine erheblich wachsende Tendenz weisen die **Kranken im fortgeschrittenen Alter** auf: Mit ungefähr 2,3 Millionen Patientinnen und Patienten wird die besonders zeit- und pflegeintensiv zu betreuende Altersgruppe „ab 65 Jahre“ 2040 mehr als die Hälfte (52,9 Prozent) aller Krankenhausfälle stellen.

Männliche Patienten weisen mit einem Anstieg von knapp 15 Prozent bis 2020 eine doppelt so hohe Steigerung auf wie weibliche (7 Prozent). Dies wird besonders deutlich bei Männern ab 75 Jahre: Die Zahl der männlichen Krankenhausfälle dieses Alters wird sich bis 2040 mehr als verdoppeln auf 640 000. Unabhängig vom Geschlecht ist damit zu rechnen, dass 2040 jede(r) dritte Patient(in) (32,6 Prozent) 75 Jahre oder älter sein wird.

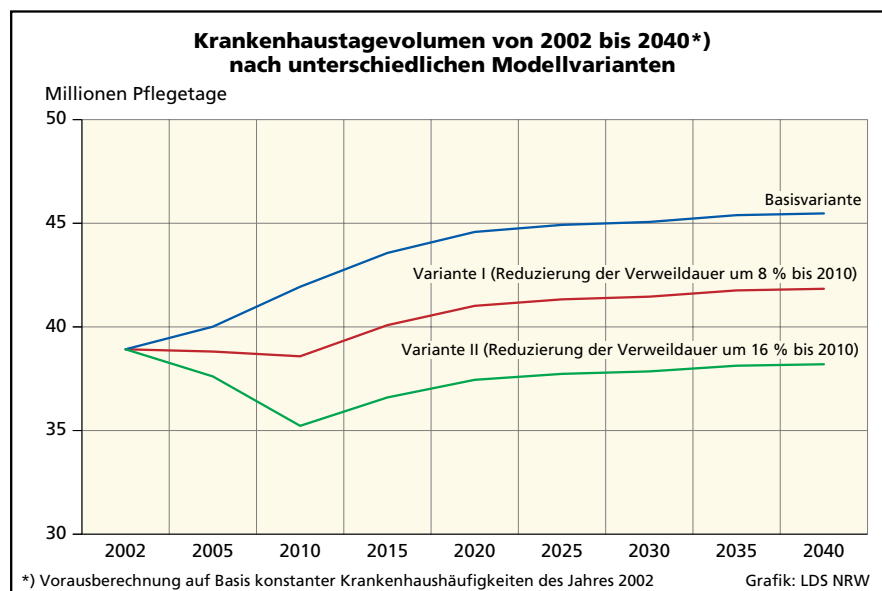
Mehr Patienten in der Inneren Medizin

Die Zunahme betrifft hauptsächlich die Abteilungen der Fachrichtung innere Medizin: Nach einem Anstieg um 26 Prozent liegt die Zahl der dort zu behandelnden Fälle im Jahr 2040 bei 1,76 Millionen pro Jahr und macht dann knapp 40 Prozent aller Behandlungsfälle aus. Für die chirurgischen Abteilungen ist im gleichen Zeitraum mit vergleichsweise moderaten Steigerungen der Patientenzahlen um 8 Prozent oder etwa 80 000 zu rechnen. In der Kinder- und in der Frauenheilkunde sind dagegen Rückgänge um über 20 Prozent bzw. über 10 Prozent zu erwarten.

Das **Krankenhaustagevolumen**, also die Summe aller geleisteten Pflegetage, wird beeinflusst durch die Verweildauer, die zur Behandlung eingewiesene Patient(inn)en durchschnittlich im Krankenhaus verbringen. Wird die Verweildauer in der Modellrechnung konstant gehalten, so erhöht sich die Zahl der künftig zu erbringenden Pflegetage um sechseinhalb Millionen auf knapp 45 Millionen im Jahr 2040. Weil aber im Zuge der flächendeckenden Einführung eines auf Fallpauschalen basierenden neuen Abrechnungssystems von den Verant-

wortlichen eine Reduzierung der Verweildauer angestrebt wird, wurde diese in zusätzlichen Modellvarianten einbezogen: Untersucht wurde z. B. der Fall dass die Verweildauer bis 2010 um 16 Prozent reduziert wird und dann bis 2040 konstant bleibt. Unter dieser Annahme würde sich trotz steigender Fallzahlen bis 2040 ein sogar leicht unter dem für 2002 gemessenen Wert liegendes Krankenhausstagevolumen von 38,2 Millionen ergeben.

Konstanz der Pflegetage bei Reduktion der Verweildauer im Krankenhaus



Berufliche Mobilität: Arbeitsplatz- und Berufswechsel

Mehr Flexibilität, wie sie derzeit am Arbeitsmarkt gefordert wird, verlangt von den Arbeitnehmern unter anderem, häufiger den Betrieb, den Arbeitsort oder gar den Beruf zu wechseln, um in Beschäftigung zu bleiben. Generell kann ein solcher Wechsel eines Arbeitsplatzes verschiedene Gründe haben. Er kann berufliche Aufwärtsmobilität widerspiegeln, wenn ein Erwerbstätiger eine im Hinblick auf die Entlohnung, die Arbeitsbedingungen oder die Arbeitszeiten bessere Stelle gefunden hat. Ein Wechsel kann aber auch mehr oder weniger unfreiwillig erfolgen – z.B. wegen Unzufriedenheit mit den Arbeitsbedingungen, Konflikten mit Vorgesetzten oder drohenden Verlustes des Arbeitsplatzes.⁵

Die folgenden Darstellungen beruhen auf Ergebnissen des Mikrozensus. Um gesicherte Aussagen über die berufliche Mobilität machen zu können, wurden die Erwerbstätigen aus den Mikrozensus-Befragungen 2003 und 2004 zusammengefasst. Von denjenigen, die in der Periode 2003/04 erwerbstätig waren, hatten

- 8,5 Prozent in den zwölf Monaten vor dem jeweiligen Befragungszeitpunkt mindestens einmal den Betrieb gewechselt; sie werden im folgenden Beitrag als *betrieblich Mobile* bezeichnet;

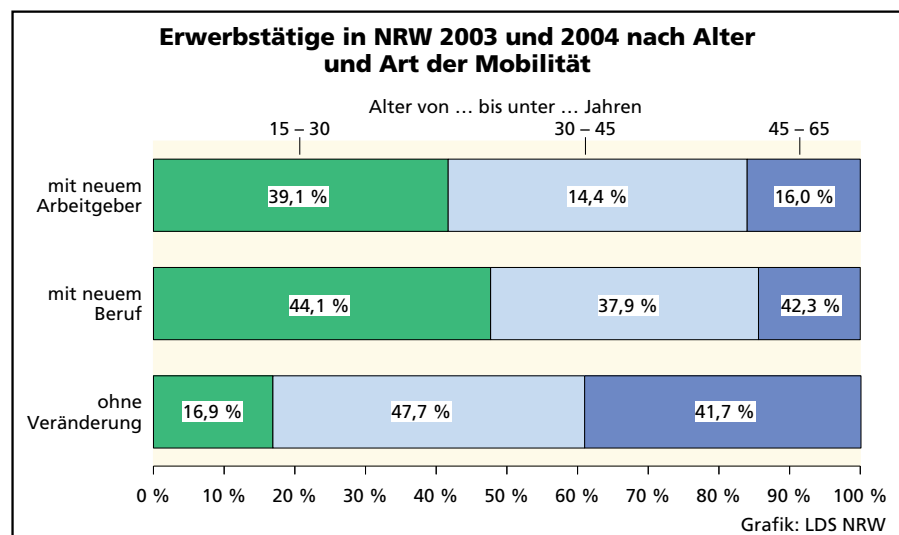
⁵ Weitergehende Analysen zu diesem Themenbereich finden sich in: Seifert, Wolfgang (2004): Arbeitsplatz- und Berufswechsel. In: Statistische Analysen und Studien, Band 19, Düsseldorf: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik.

- 5,0 Prozent im gleichen Zeitraum ihren ausgeübten Beruf gewechselt; sie werden im Folgenden *beruflich Mobile* genannt.

Alle anderen Erwerbstätigen werden in diesem Beitrag als *Gruppe ohne Mobilität* zusammengefasst.

Ein zentrales Merkmal der Mobilität ist, dass sie von **jüngeren Erwerbstätigen** getragen wird. Während 16,9 Prozent der Erwerbstätigen ohne Mobilität unter 30 Jahre alt sind, sind es bei den betrieblich Mobilen 41,7 Prozent und bei den beruflich Mobilen 47,7 Prozent. Erwerbstätige mit höherem Alter sind dagegen in wesentlich geringerem Maße mobil. Bei der Gruppe mit Betriebswechsel waren 16,0 Prozent zwischen 45 und 64 Jahre alt und bei jenen mit Berufswechsel 14,4 Prozent. Von den Erwerbstätigen ohne betriebliche oder berufliche Veränderung waren dagegen 39,1 Prozent in der Altersgruppe der 45-bis unter 65-Jährigen. Differenziert nach dem Geschlecht zeigten sich keine größeren Unterschiede.

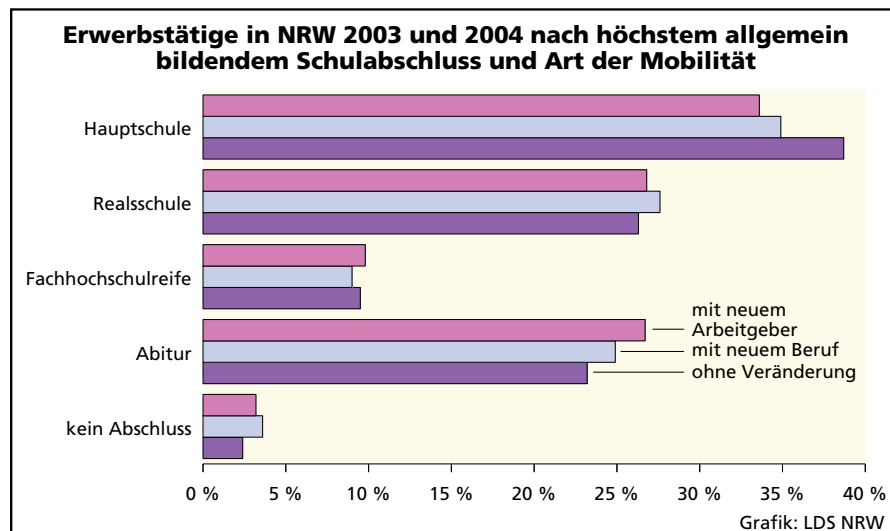
Jüngere wechseln häufiger Betrieb oder Beruf



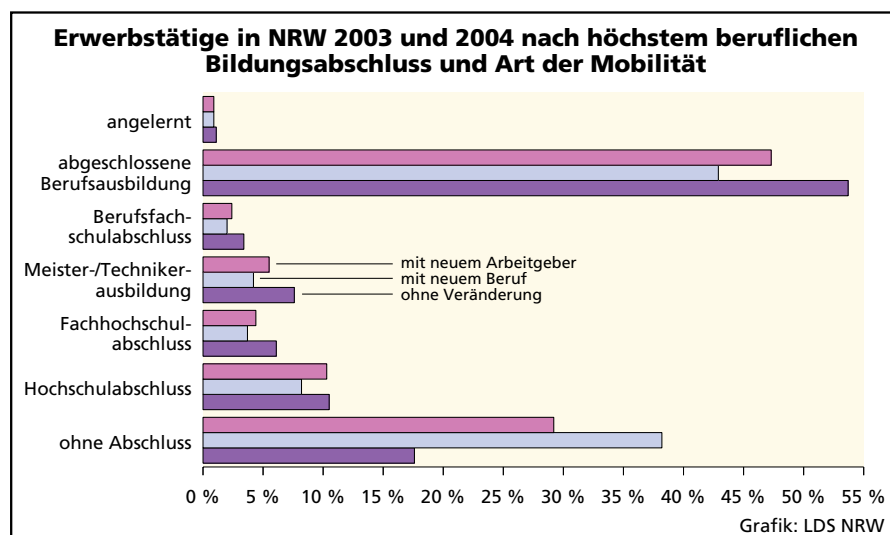
Ausländische Erwerbstätige sind bei den Gruppen der Mobilen überproportional vertreten. 14,6 Prozent der Betriebswechsler und 15,2 Prozent der Berufswechsler waren **Ausländerinnen und Ausländer**, während sich ihr Anteil bei der Gruppe ohne Wechsel auf 9,4 Prozent belief.

Berufliche Mobilität scheint in etwas höherem Maße von Personen mit einem höheren **schulischen Bildungsabschluss** getragen zu werden. Während von der Gruppe ohne Mobilität 23,2 Prozent Abitur hatten, waren es bei den betrieblich Mobilen 26,7 Prozent und bei den beruflich Mobilen 24,9 Prozent. Über einen Hauptschulabschluss verfügten 33,6 Prozent der Betriebs- und 34,9 Prozent der Berufswechsler im Vergleich zu 38,7 Prozent bei der Gruppe ohne Mobilität. Allerdings muss bedacht werden, dass betriebliche und berufli-

che Mobilität in hohem Maße von jüngeren Altersgruppen getragen werden, die per se über ein höheres Bildungsniveau verfügen, als dies beim Durchschnitt aller Erwerbstätigen der Fall ist.

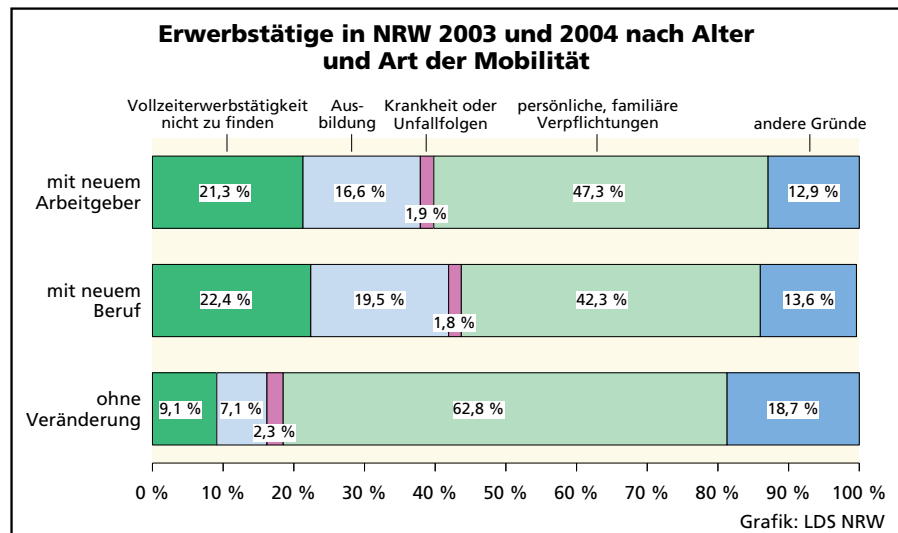


Bei den **beruflichen Bildungsabschlüssen** ergibt sich ein anderes Bild: Von den Berufswechslern hatten 38,2 Prozent keinen beruflichen Ausbildungsabschluss, mehr als doppelt so viel wie bei der Gruppe ohne Mobilität (17,6 Prozent). Der Anteil der Erwerbstätigen mit **Hochschulabschluss** lag bei der Gruppe mit Betriebswechseln mit 10,3 Prozent in etwa auf dem Niveau der Gruppe ohne Wechsel (10,5 Prozent), bei jenen mit Berufswechsel betrug er 8,2 Prozent. Insgesamt ist das berufliche Bildungsniveau bei den Gruppen mit Mobilität niedriger als bei jenen, die weder Beruf noch Betrieb gewechselt hatten.



Der Anteil der **Teilzeitbeschäftigten** liegt bei der Gruppe der Mobilen über dem Durchschnitt: Betriebswechsler waren – nach erfolgtem Wechsel – zu 29,5 Prozent in Teilzeit, Berufswechsler sogar zu 32,4 Prozent. Die Gruppe ohne Mobilität wies dagegen nur einen Teilzeitanteil von 22,3 Prozent auf.

Aufschlüsse über die Motive für die Mobilität ergeben sich aus den Gründen für die Ausübung einer Teilzeitbeschäftigung. Dabei beklagt die Gruppe der Mobilen wesentlich öfter, dass eine Vollzeitstelle nicht zu finden sei; dies war bei 21,3 Prozent der Betriebs- und 22,4 Prozent der Berufswechsler der Grund für die Ausübung einer Teilzeittätigkeit, aber nur bei 9,1 Prozent der Gruppe ohne Wechsel. Ein weiterer Unterschied zeigt sich im Anteil derjenigen, die Ausbildung als Grund für die Teilzeitbeschäftigung angeben. Nach dem hier zugrunde gelegten ILO-Erwerbskonzept⁶ gilt jede Person als erwerbstätig, die mindestens eine Stunde pro Woche einer Erwerbstätigkeit nachgeht. Diese Bedingung trifft z.B. auch für Studentinnen und Studenten mit einem „Nebenjob“ zu. Das Absolvieren einer Ausbildung ist für 16,6 Prozent der Betriebs- und 19,5 Prozent der Berufswechsler ein Motiv für das Ausüben einer Teilzeittätigkeit, aber nur für 7,1 Prozent der Teilzeitbeschäftigten ohne Mobilität.

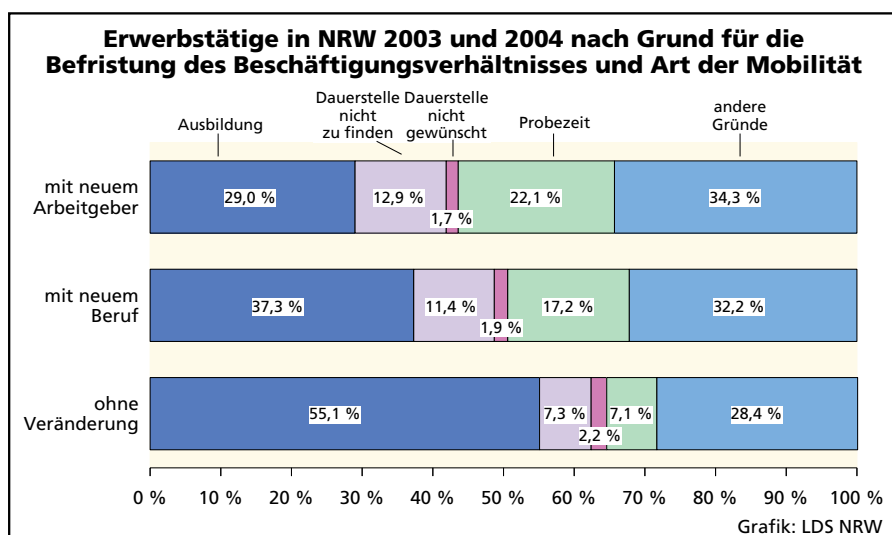


Betriebs- oder Berufswechsel münden überproportional oft in **befristete Beschäftigungsverhältnisse**: 36,5 Prozent der Betriebswechsler und sogar 42,8 Prozent der Berufswechsler waren (nach ihrem Wechsel) in einem befristeten Beschäftigungsverhältnis, dagegen nur 7,7 Prozent der nicht Mobilen.

Während bei der Gruppe der nicht Mobilen überwiegend eine Ausbildung der Grund für die Befristung des Arbeitsvertrages ist, gilt dies nur für 29,0 Prozent der Betriebswechsler und 37,2 Prozent der Berufswechsler. Erwartungsgemäß spielte die Probezeit bei Betriebs- (22,1 Prozent) und Berufswechslern (17,2 Prozent) eine größere Rolle als bei den nicht Mobilen (7,1 Prozent). Keine unbefristete Stelle zu finden, wurde von der Gruppe mit Betriebs- (12,9 Prozent) und Berufswechseln (11,4 Prozent) häufiger als Grund angegeben als dies bei der nicht mobilen Gruppe der Fall war (7,3 Prozent).

⁶ ILO = International Labour Organization

Häufig befristeter Arbeitsvertrag nach Betriebs- oder Berufswechsel



Nach einem Betriebs- bzw. Berufswechsel befinden sich Erwerbstätige häufiger als nicht Mobile in den unteren Hierarchieebenen.⁷ Im Bereich der einfachen Dienste sind 17,0 Prozent der Betriebswechsler und 20,0 Prozent der Berufswechsler tätig, aber nur 11,2 Prozent der nicht Mobilen. Einfache kaufmännische und Verwaltungsberufe übten 9,4 Prozent der Betriebswechsler und 10,4 Prozent Berufswechsler aus, bei den nicht Mobilen lag der Anteil bei 7,4 Prozent. Anders dagegen bei den qualifizierten kaufmännischen und Verwaltungsberufen: In dieser Berufsgruppe sind 16,2 Prozent der Betriebs- und 16,1 Prozent der Berufswechsler zu finden, dagegen 22,1 Prozent der nicht Mobilen. Auch die hoch qualifizierte Gruppe der Manager ist bei den Betriebs- (4,3 Prozent) und den Berufswechslern (4,5 Prozent) im Vergleich zu den nicht Mobilen (5,3 Prozent) unterrepräsentiert.

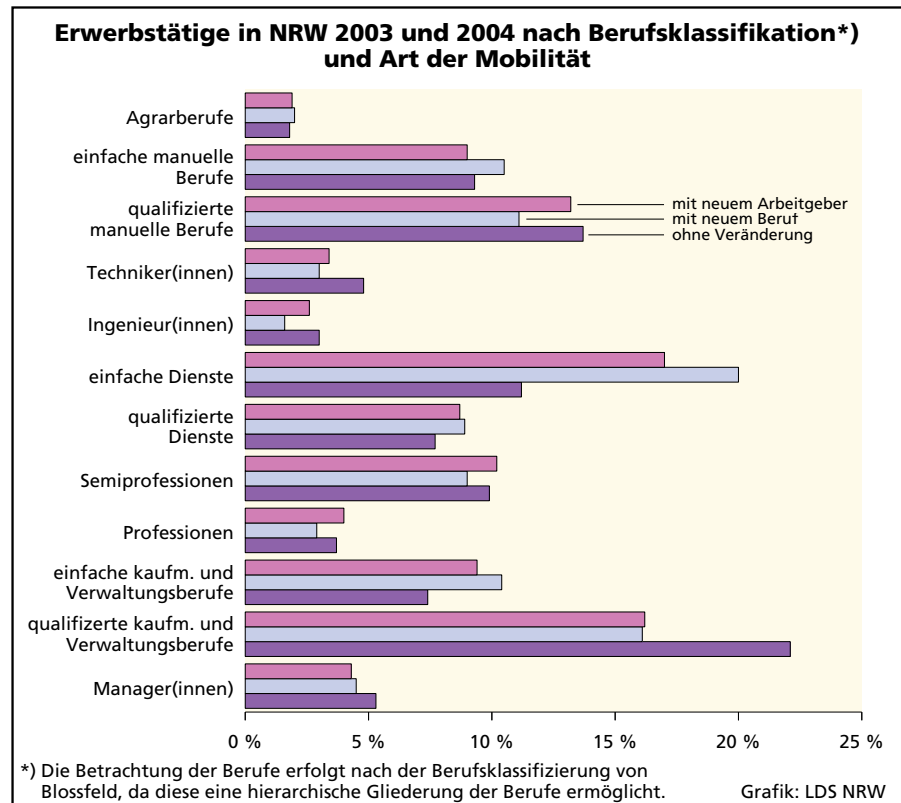
Ein wichtiger Punkt für die Beurteilung des „Erfolgs“ eines Betriebs- oder Berufswechsels ist die Qualität der neuen Stelle; ein Indikator dafür ist, ob auch weiterhin eine Stelle gesucht wird. Hier zeigt sich, dass 7,6 Prozent derer, die den Betrieb gewechselt hatten, weiterhin auf Stellensuche sind. Bei den Berufswechslern belief sich dieser Anteil auf 9,1 Prozent, bei den nicht Mobilen lediglich auf 1,9 Prozent.

Aufschlussreich sind auch die Gründe für die Stellensuche: 26,2 Prozent der Betriebs- und 31,2 Prozent der Berufswechsler, die eine Stelle suchen, sehen ihre derzeitige Arbeit als Übergangstätigkeit an, während dies nur bei 12,6 Prozent der nicht Mobilen der Fall ist.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass betriebliche und – stärker noch – berufliche Mobilität überdurchschnittlich oft jüngere Erwerbstätige betrifft, die ein

⁷ Die Betrachtung der Berufe erfolgt nach der Berufsklassifizierung von Blossfeld, da diese eine hierarchische Gliederung der Berufe ermöglicht.

unterdurchschnittliches berufliches Qualifikationsniveau aufweisen. Es gibt auch Hinweise darauf, dass der Berufs- oder Betriebswechsel häufig nicht freiwillig erfolgt; dies zeigt beispielsweise der höhere Anteil derer, die ihre neue Stelle nur als Übergangstätigkeit ansehen, bzw. die unfreiwillig einer Teilzeitbeschäftigung nachgehen. Auch der hohe Anteil unfreiwillig befristeter Arbeitsverträge deutet darauf hin, dass Mobilität nicht unbedingt mit Vorteilen verbunden ist.

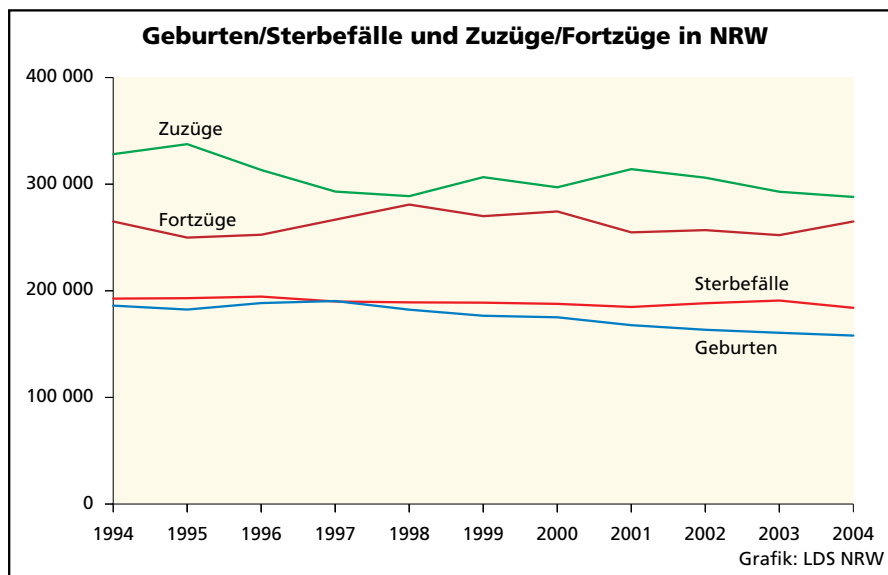


Bevölkerung

Ende 2004 lebten in Nordrhein-Westfalen 18 075 352 Einwohner, das waren 4 334 weniger als zu Jahresbeginn. Bei einer Landesfläche von 34 080 km² erreichte die Bevölkerungsdichte einen Wert von 530 Einwohnern je km² und war damit mehr als doppelt so hoch wie im Bundesdurchschnitt.

Geburtenzahl weiterhin rückläufig

Die Zahl der Geborenen war – nach einem zwischenzeitlichen Anstieg in der ersten Hälfte der 90er Jahre – im siebten Jahr in Folge weiter rückläufig und erreichte mit rund 158 000 einen Tiefstand, wie er bisher nur in den Jahren 1978 und 1984 festgestellt worden war. Die Zahl der Sterbefälle war mit etwa 184 000 um mehr als 6 000 geringer als im Vorjahr und wies damit den niedrigsten Wert innerhalb der letzten vier Jahrzehnte auf. Der Negativsaldo aus diesen beiden Komponenten der natürlichen Bevölkerungsbewegung reduzierte sich damit – trotz sinkender Geburtenzahlen – im Vorjahresvergleich um 5 000 auf 26 000.



Während in der Vergangenheit das Geburtendefizit regelmäßig durch höhere positive Wanderungssalden mehr als kompensiert werden konnten, was in der Summe zu steigenden Einwohnerzahlen führte, reichten die Wanderungsgewinne im letzten Jahr nicht aus, um diesen Ausgleichseffekt herbeizuführen. Zwar zogen auch im Jahr 2004 mehr Menschen nach Nordrhein-Westfalen als das Land verließen, jedoch lag dieser Saldo mit etwa +22 000 um rund 12 000 unter dem Vorjahreswert, so dass die Einwohnerzahl NRWs erstmals seit fast zwei Jahrzehnten wieder rückläufig war.

Die Zahl der Eheschließungen stieg nach dem im Jahr 2003 erreichten historischen Tiefststand wieder leicht an und lag mit gut 88 100 um etwa 300 über dem Vorjahresniveau. Die Zahl der Scheidungen belief sich im Jahr 2004 auf 51 139. Mit +0,3 Prozent ist der Anstieg allerdings weniger stark als im letzten Jahr. Die meisten Ehen scheiterten nach einer Dauer von fünf (3 220), sechs (3 204), vier (2 998) Jahren; in 5 110 Fällen hatte die Ehe schon mehr als 25 Jahre bestanden.

Mehr Eheschließungen, mehr Scheidungen

Geschiedene Ehen in Nordrhein-Westfalen			
Jahr	insgesamt	darunter mit minderjährigen Kindern	
		Paare	betroffene Kinder
1999	45 105	18 366	29 233
2000	45 201	17 887	28 523
2001	46 913	20 348	32 477
2002	47 208	20 557	33 165
2003	50 962	22 893	36 913
2004	51 139	23 071	37 052

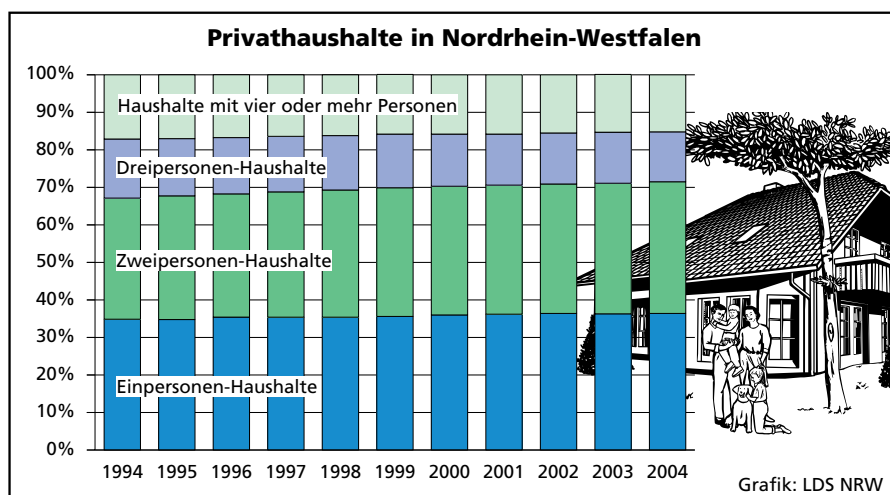
Wie die Übersicht zeigt, hat sich im letzten Jahr erneut die Zahl solcher Scheidungen erhöht, bei denen Kinder oder Jugendliche betroffen waren. 2004 ließen sich 23 071 Ehepaare mit zusammen 37 052 Kindern unter 18 Jahren scheiden.

Anfang 2004 lebten in NRW 1 926 600 Ausländerinnen und Ausländer; damit war jede(r) neunte (10,7 Prozent) Einwohner(in) nicht im Besitz der deutschen Staatsangehörigkeit. Die größte Nationalitätengruppe bildeten mit 627 000 nach wie vor die Türkinnen und Türken; weitere 483 200 stammten aus einem der EU-Staaten. 20 Prozent der ausländischen Bevölkerung war jünger als 18 Jahre, nur 6,1 Prozent waren 65 Jahre oder älter. Mehr als zwei Drittel der ausländischen Mitbürger leben schon mindestens acht Jahre in Deutschland, mehr als jeder vierte (das sind mehr als eine halbe Million Menschen) kann sogar schon auf eine Aufenthaltsdauer von mindestens 25 Jahren zurück blicken.

Weniger Einbürgerungen

Die Zahl der Einbürgerungen war im Jahre 2004 weiter rückläufig; mit 40 059 war sie um gut 4 000 geringer als 2003 und sogar um rund 20 000 niedriger als in den Jahren 2000 und 2001. Die meisten der Eingebürgerten stammten aus der Türkei (16 000); mit großem Abstand folgten auf den nächsten Plätzen die Herkunftsländer Polen (2 700), Marokko (2 000), Iran (2 000) und Irak (1 300).

Die in der Vergangenheit zu beobachtende Tendenz zu kleineren Haushalts- und Familiengrößen setzte sich auch 2004 fort. Weiterhin stellten Einpersonenhaushalte mit 36,4 Prozent (2003: 36,3 Prozent) den höchsten Anteil an den insgesamt 8 460 000 Privathaushalten. Der Anteil der Zweipersonenhaushalte nahm von 34,8 Prozent auf 35,1 Prozent zu, während Dreipersonenhaushalte (13,3 Prozent, Vorjahr 13,6 Prozent) und Haushalte mit vier oder mehr Personen (15,2 Prozent, Vorjahr 15,4 Prozent) an Gewicht verloren.

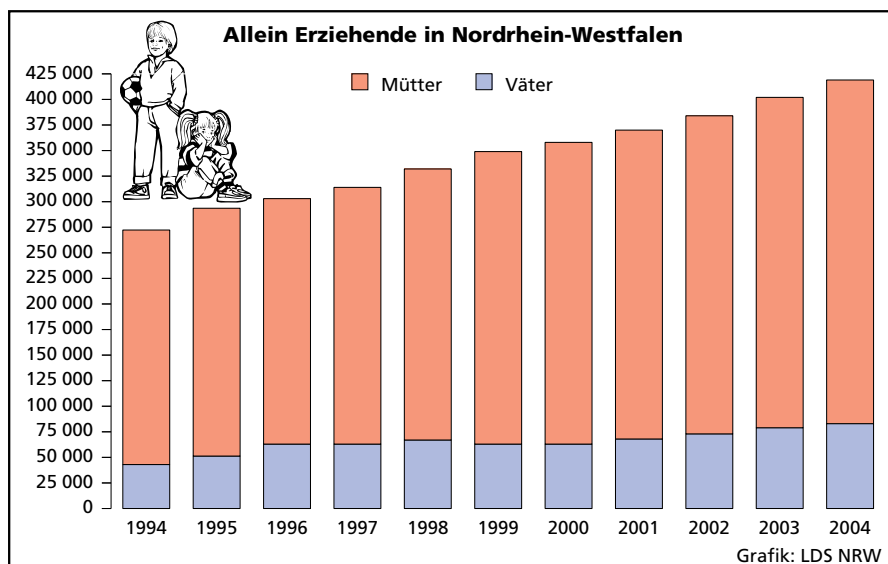


Von den allein lebenden Menschen war 2004 weit mehr als ein Drittel (39,1 Prozent) mindestens 65 Jahre alt und nur knapp ein Viertel (22,5 Prozent) war jünger als 35. Wie die Tabelle zeigt, war in der Altersgruppe „unter 35“ nur etwa jede(r) Zehnte ein Single, bei den Senioren („65 und mehr“) lebte dagegen jede(r) Dritte allein.

Alter von ... bis unter ... Jahren	Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen im März 2004 nach Alter – Ergebnisse des Mikrozensus –			
	Bevölkerung insgesamt		darunter in Einpersonenhaushalten	
	Anzahl	in Prozent	Anzahl	in Prozent
unter 35	6 861 800	38,0	693 100	22,5
35 – 45	2 974 000	16,5	460 400	14,9
45 – 55	2 488 000	13,8	345 700	11,2
55 – 65	2 273 700	12,6	377 000	12,2
65 und mehr	3 464 300	19,2	1 206 400	39,1
Insgesamt	18 061 900	100	3 082 500	100

Die Zahl der Familien mit Kindern unter 18 Jahren belief sich 2004 auf 1,992 Millionen, ihr Anteil an der Gesamtheit der Familien im Lande (7,040 Millionen) betrug 28,3 Prozent. Während die Zahl der Familien mit Kindern nur geringen Schwankungen unterworfen war, hat die Zahl der allein Erziehenden seit 1990 um mehr als die Hälfte zugenommen: 2004 erzogen 336 000 Mütter und 83 000 Väter ihre Kinder allein; sie stellten damit 21,0 Prozent aller Familien mit Kindern unter 18 Jahren.

**336 000 Mütter und 83 000
Väter erziehen allein**



Konjunktur und Arbeitsmarkt, Unternehmen

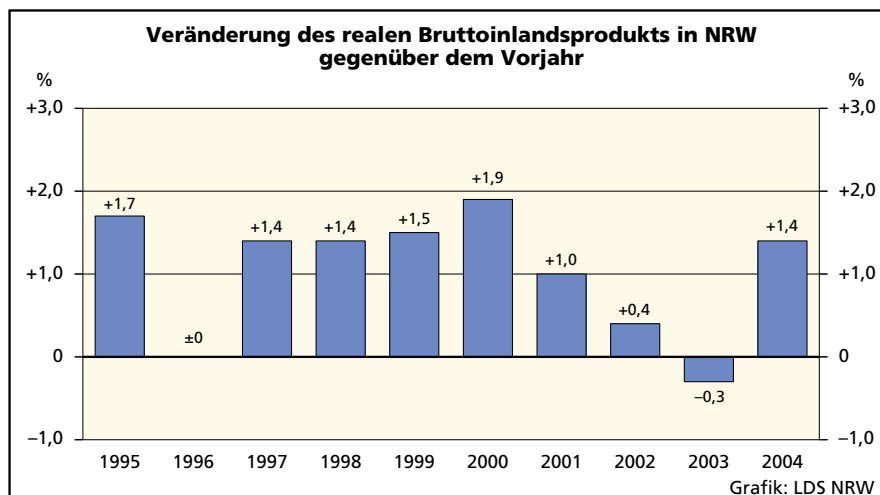
Das Bruttoinlandsprodukt Nordrhein-Westfalens stieg 2004 gegenüber dem Vorjahr nominal um 2,5 Prozent und real, also unter Berücksichtigung der Preisentwicklung, um 1,4 Prozent. Damit verzeichnete NRW nach zwei Jahren mit negativen Tendenzen 2004 wieder ein reales Wirtschaftswachstum.

**Bruttoinlandsprodukt
nominal +2,5 Prozent,
real +1,4 Prozent**

Anders als in den Vorjahren konnten in den Bereichen „Verarbeitendes Gewerbe“ (real +4,3 Prozent) und „Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden“ (+0,8 Prozent) positive Entwicklungen konstatiert werden. Reales Wachstum gab es auch in den Bereichen „Energie- und Wasserversorgung“ (+0,7 Prozent), „Verkehr und Nachrichtenübermittlung“ (+3,5 Prozent) sowie „Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung, Unternehmensdienstleister“ (+2,1 Prozent).

Strukturwandel setzt sich fort

Das „Baugewerbe“ (–2,8 Prozent) und das „Kredit- und Versicherungsgewerbe“ (–2,3 Prozent) verzeichneten dagegen Rückgänge. Das Produzierende Gewerbe trug im vergangenen Jahr rund 27 Prozent zur gesamtwirtschaftlichen Leistung bei, 1991 waren es noch 37 Prozent gewesen. Damit setzte sich der Strukturwandel hin zu den Dienstleistungsbereichen weiter fort.



Insgesamt belief sich das Bruttoinlandsprodukt NRW, also die Summe aller im Lande erzeugten Waren und Dienstleistungen abzüglich der bei der Produktion verbrauchten Güter, 2004 auf 481 Milliarden Euro. Im Durchschnitt erwirtschaftete damit jeder an der Produktion beteiligte Erwerbstätige eine Leistung von 58 110 Euro.⁸

Bundesland	Bruttoinlandsprodukt 2004			
	nominal (in jeweiligen Preisen)		real (in Preisen von 1995)	
	in Milliarden Euro	Zu- (+) bzw. Abnahme (–) gegenüber dem Vorjahr in Prozent	in Milliarden Euro	Zu- (+) bzw. Abnahme (–) gegenüber dem Vorjahr in Prozent
Baden-Württemberg	319,4	+2,3	292,3	+1,6
Bayern	385,1	+2,4	357,6	+1,9
Berlin	77,9	+1,3	70,8	+0,5
Brandenburg	45,0	+1,7	41,7	+0,9
Bremen	23,6	+1,8	21,6	+1,0
Hamburg	78,8	+2,7	73,5	+1,4
Hessen	195,2	+2,6	183,8	+1,7
Mecklenburg-Vorpommern	29,8	+1,5	27,6	+1,1
Niedersachsen	184,9	+1,7	170,5	+1,2
Nordrhein-Westfalen	481,4	+2,5	445,8	+1,4
Rheinland-Pfalz	95,4	+2,4	88,9	+2,0
Saarland	26,1	+3,2	24,3	+1,9
Sachsen	79,8	+2,4	73,9	+2,2
Sachsen-Anhalt	45,8	+1,9	42,3	+1,2
Schleswig-Holstein	66,5	+2,1	62,5	+1,8
Thüringen	42,3	+1,9	38,8	+1,5
Deutschland insgesamt	2 177,0	+2,3	2 016,1	+1,6

⁸ Die Messung von Arbeitsproduktivitäten auf Basis reiner Kopffzahlen, ohne Berücksichtigung der wirklich geleisteten Arbeitsstunden, gibt in Zeiten stark zunehmender Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse (Teilzeit, Mini-Jobs etc.) die tatsächliche Produktivitätsentwicklung nur unzureichend wieder. Mit der jüngst eingeführten Berechnung des „Arbeitsvolumens je Erwerbstätigen“ kann ein genaueres Bild der Arbeitsproduktivität gegeben werden. Aktuelle Angaben für 2004 hierzu lagen bei Redaktionsschluss noch nicht vor.

Mit rund 8,285 Millionen war die Gesamtzahl der Erwerbstätigen⁹ in NRW 2004 um 0,5 Prozent höher als 2003. Wie die Tabelle zeigt, war damit die Zuwachsrate hierzulande höher als im Durchschnitt aller Bundesländer. (+0,3 Prozent).

Bundesland	Erwerbstätige nach Bundesländern	
	2004	Zu- (+) bzw. Abnahme (-) gegenüber dem Vorjahr in Prozent
Baden-Württemberg	5 352 000	+0,3
Bayern	6 225 200	+0,4
Berlin	1 533 500	+1,3
Brandenburg	1 015 700	+0,1
Bremen	391 000	+0,4
Hamburg	1 037 300	+0,7
Hessen	2 993 500	+0,3
Mecklenburg-Vorpommern	706 800	-0,7
Niedersachsen	3 478 900	-
Nordrhein-Westfalen	8 284 700	+0,5
Rheinland-Pfalz	1 752 600	+0,6
Saarland	500 300	+0,4
Sachsen	1 917 800	-
Sachsen-Anhalt	1 010 100	-0,2
Schleswig-Holstein	1 210 300	-0,1
Thüringen	1 032 300	+0,3
Deutschland insgesamt	38 442 000	+0,3

Wie in den vergangenen Jahren setzte sich im Produzierenden Gewerbe der Rückgang der Erwerbstätigenzahl fort (-2,1 Prozent auf rund 2 147 000). Eine erneut positive Beschäftigungsentwicklung verzeichneten dagegen die Dienstleistungsbereiche: Der gemessen an der Zahl der Erwerbstätigen stärkste Wirtschaftssektor in NRW hatte 2004 etwa 6,01 Millionen Arbeitskräfte, 1,5 Prozent mehr als ein Jahr zuvor.

Erwerbstätige: Positiver Trend im Dienstleistungssektor

Wirtschaftszweig	Erwerbstätige 2004			
	Deutschland		Nordrhein-Westfalen	
	Anzahl	Zu- (+) bzw. Abnahme (-) gegenüber dem Vorjahr in Prozent	Anzahl	Zu- (+) bzw. Abnahme (-) gegenüber dem Vorjahr in Prozent
Land- u. Forstwirtsch., Fischerei	900 000	-1,0	124 000	+0,6
Produz. Gewerbe (einschl. Bau)	10 251 000	-1,8	2 146 600	-2,1
Dienstleistungsbereiche	27 291 000	+1,2	6 014 100	+1,5
davon				
Handel, Gastgewerbe, Verkehr	9 820 000	+0,9	2 198 900	+1,3
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	6 176 000	+2,4	1 371 500	+2,5
öffentliche u. private Dienstleister	11 295 000	+0,8	2 443 600	+1,2
Insgesamt	38 442 000	+0,3	8 284 700	+0,5

Die Zahl der Arbeitslosen betrug 2004 im Jahresdurchschnitt 898 400; die Arbeitslosenquote, die 2003 noch 10,9 Prozent betragen hatte, stieg auf 11,2 Prozent. Die Zahl der offenen Stellen belief sich im Jahresmittel auf 54 300 (2003: 65 400).

Die in NRW ansässigen Unternehmen¹⁰ erzielten 2003 nach Ergebnissen der Umsatzsteuerstatistik einen Umsatz – in der Terminologie des Umsatzsteuergesetzes

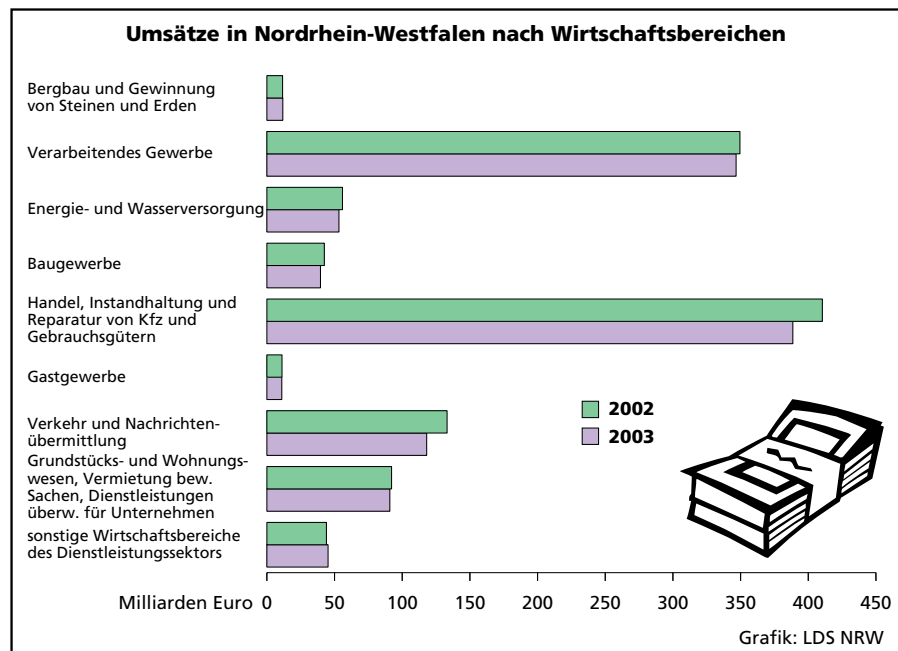
⁹ dazu zählen neben den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten auch Beamte, geringfügig Beschäftigte, Selbstständige und mithelfende Familienangehörige

¹⁰ nur Unternehmen mit Lieferungen und Leistungen von mindestens 17 500 Euro pro Jahr

setzes „Lieferungen und Leistungen“ genannt – in Höhe von fast 1,1 Billionen Euro. Bezogen auf das Vorjahr entsprach dies einem Rückgang um 3,9 Prozent.

Die beiden umsatzstärksten Branchen waren von diesem Rückgang in unterschiedlicher Intensität betroffen. Während das „Verarbeitende Gewerbe“ mit einem Minus von rund 0,8 Prozent noch relativ stabile Umsätze verzeichnete, gingen die Umsätze im Bereich „Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern“ um 5,3 Prozent zurück.

Unterschiedliche Umsatzentwicklung



Auch in den Bereichen „Verkehr und Nachrichtenübermittlung“ und „Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Dienstleistungen für Unternehmen“ waren die Umsatzrückgänge mit –11,3 Prozent bzw. –1,4 Prozent unterschiedlich stark ausgeprägt.

Verdienste, Arbeitszeiten

Die durchschnittlichen **Bruttomonatsverdienste** der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer¹¹ im Produzierenden Gewerbe und in ausgewählten Dienstleistungsbereichen waren im Oktober 2004 mit 3 046 Euro um 2,1 Prozent höher als im Vorjahr.

Die **Bruttostundenverdienste** der Arbeiterinnen und Arbeiter im Produzierenden Gewerbe¹² erhöhten sich 2004¹³ um 2,1 Prozent auf 15,76 Euro. Männer verdienten im Mittel 16,13 Euro pro Stunde (+2,0 Prozent), Frauen 12,29 Euro (+2,5 Prozent).

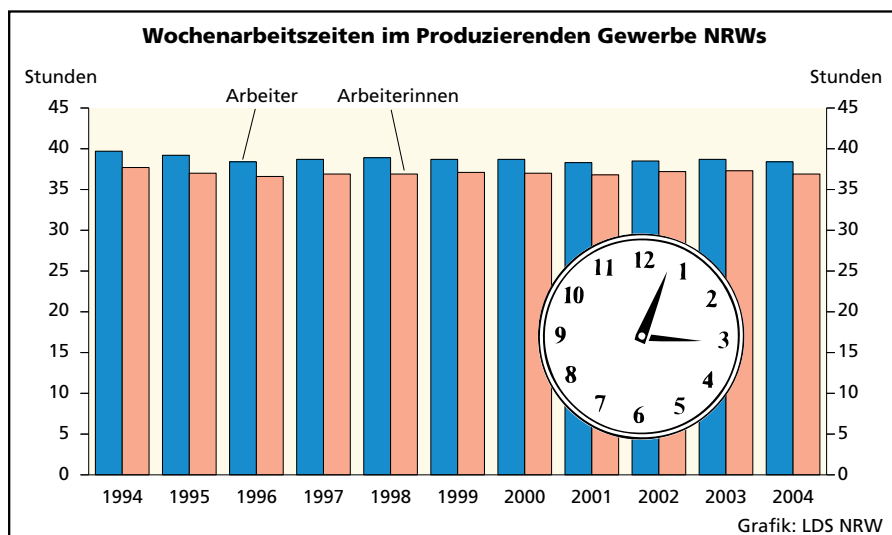
¹¹ Arbeiter und Angestellte zusammen

¹² Arbeiterinnen und Arbeiter aller Leistungsgruppen; einschl. Entgelten für Überstunden, jedoch ohne unregelmäßige oder einmalige Zahlungen (wie Urlaubsgeld, Weihnachtsgatifikation usw.)

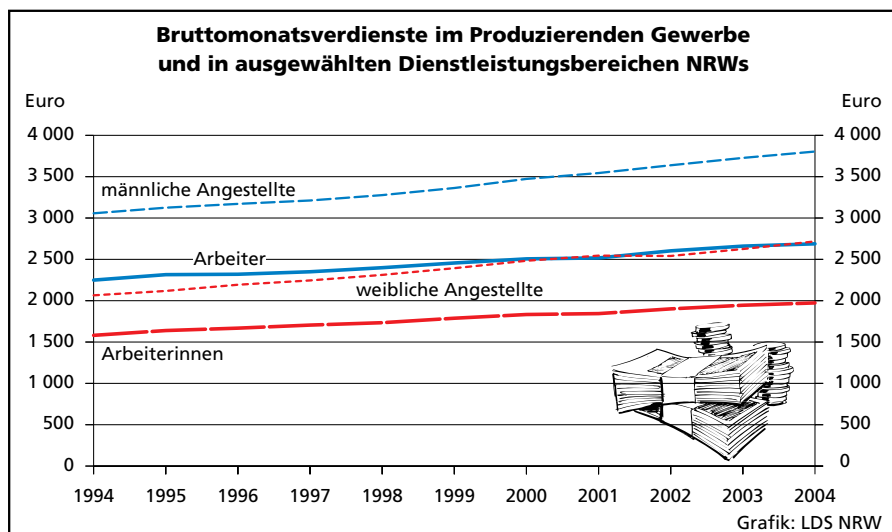
¹³ x Stand: jeweils Oktober x

Bruttomonatsverdienste +2,1 Prozent

Die bezahlte **Wochenarbeitszeit** der Arbeiterinnen und Arbeiter sank gegenüber dem Vorjahr um 0,4 Stunden auf 38,2 Stunden, die nicht durch Freizeit abgegoltenen Mehrarbeitsstunden stiegen gegenüber 2003 um 0,1 Stunden auf 1,5 Stunden pro Woche. Nach wie vor wurden Überstunden häufiger von Männern als von Frauen geleistet: Erstere brachten es im 2004 auf 1,6 Mehrarbeitsstunden pro Woche, ihre Kolleginnen auf 0,5 Stunden.



Der **Bruttomonatsverdienst der Arbeiterinnen und Arbeiter** (nur Produzierendes Gewerbe) betrug im Mittel 2 618 Euro, 1,2 Prozent mehr als vor Jahresfrist. Dabei erreichten die Arbeiterinnen mit einer Wochenarbeitszeit von 36,9 Stunden einen Bruttomonatslohn von 1 973 Euro (+1,4 Prozent), Männer kamen mit 38,4 Stunden auf 2 688 Euro (+1,1 Prozent).



Das durchschnittliche **Bruttomonatsgehalt der Angestellten** im Produzierenden Gewerbe und in ausgewählten Dienstleistungsbereichen¹⁴ betrug 3 432 Euro, es lag damit um 2,7 Prozent über dem Vorjahreswert. Männliche Angestellte ka-

¹⁴ ohne leitende Kräfte; nur regelmäßige Zahlungen; Produzierendes Gewerbe; Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern; Kredit- und Versicherungsgewerbe

men im Schnitt auf 3 804 Euro (+2,1 Prozent), während weibliche Angestellte (bei allerdings anderen Beschäftigtenstrukturen, z. B. in Bezug auf Ausbildung, Art der Tätigkeit, Lebensalter, Berufsjahre) 2 717 Euro (+3,5 Prozent) verdienten.

Im Produzierenden Gewerbe war das Verdienstniveau der Angestellten 2004 mit 3 850 Euro um 2,2 Prozent höher als 2003, während für den Dienstleistungsbe- reich ein Gehaltszuwachs um 3,0 Prozent auf 3 045 Euro ermittelt wurde.

Durchschnittliche Wochenarbeitszeiten und Bruttostundenverdienste im Handwerk NRWs			
Gewerbe- zweig	Wochenarbeitszeit in Stunden	Bruttostundenverdienst in Euro	
	im Mai 2004		Zu- (+) bzw. Abnahme (-) gegenüber Mai 2003 in Prozent
Tischler	36,9	14,14	+2,8
Zentralheizungs- und Lüftungsbauer	37,8	13,95	-0,7
Klempner, Gas- und Wasserinstallateur	37,7	13,89	+2,2
Metallbauer	39,5	13,64	+1,5
Elektroinstallateure	38,9	13,54	-2,6
Maler und Lackierer	39,0	13,46	+0,9
Kfz-Mechaniker	38,5	13,22	-0,1
Bäcker	39,1	11,90	-0
Fleischer	41,2	10,96	+1,0
Handwerk insgesamt	38,6	13,37	+0,3

Im **Handwerk** beliefen sich die Bruttomonatsverdienste der Gesell(inn)en im Mai 2004 im Schnitt auf 2 241 Euro (gegenüber Mai 2003: +0,9 Prozent), wobei für die Metallbauer mit 2 341 Euro der höchste und für das Fleischerhandwerk mit 1 962 Euro der niedrigste Durchschnittswert errechnet wurde.

**Verdienste im Handwerk
+0,9 Prozent**

Verbraucherpreise

Mit +1,5 Prozent stieg der **Verbraucherpreisindex** 2004 etwas stärker als im Vorjahr (2003: +1,2 Prozent). Hinter dieser insgesamt recht moderaten Verän- derungsrate verbergen sich aber recht unterschiedliche Preisveränderungen für die zwölf Ausgabenbereiche des privaten Verbrauchs, mit einer Spannweite von -1,6 Prozent bis +20,6 Prozent.

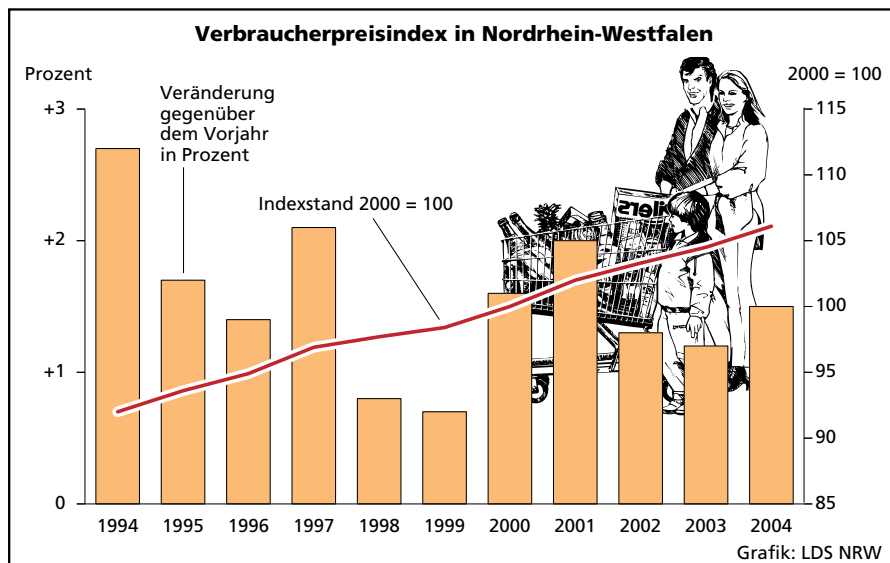
Teuerungsrate +1,5 Prozent

Am stärksten stiegen die Verbraucherpreise in der Hauptgruppe „**Gesund- heitspflege**“ mit +20,6 Prozent; hier verteuerten sich medizinische Erzeugnis- se (z. B. Medikamente) um 21,8 Prozent.

In der Hauptgruppe „**Alkoholische Getränke und Tabakwaren**“ (insgesamt +6,5 Prozent) verteuerten sich Tabakwaren fiskalisch bedingt um 11,3 Prozent.

In der Hauptgruppe **„Verkehr“** (+2,4 Prozent) stiegen die Kraftstoffpreise um 4,8 Prozent. Ferner verteuerten sich die Tarife für die Personenbeförderung im Schienenverkehr um 2,7 Prozent und im Ortsverkehr um 3,5 Prozent.

Kraftstoffpreise +4,8 Prozent



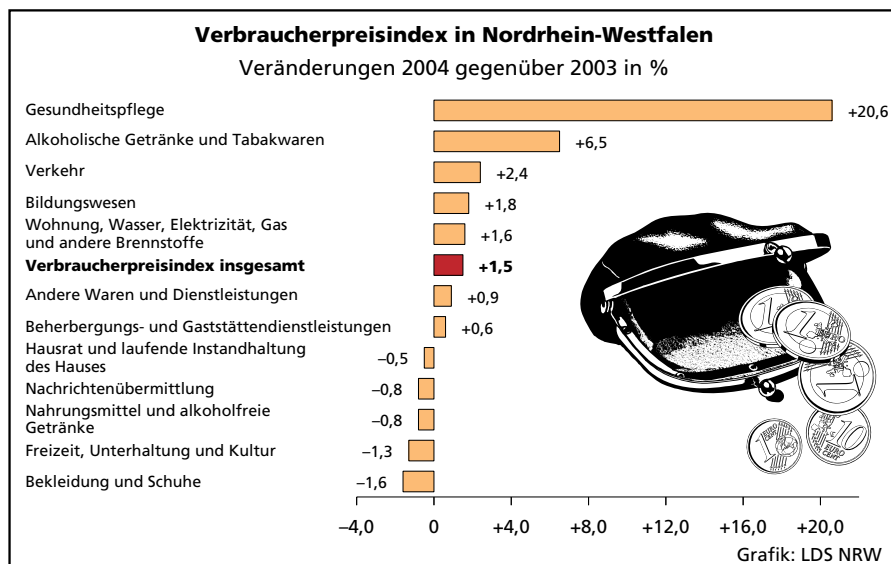
Im Bereich **„Bildungswesen“** (+1,8 Prozent) stiegen die Lehrgangsgebühren der Volkshochschulen um 6,7 Prozent.

Im Ausgabenbereich **„Wohnung, Wasser, Elektrizität, Gas und andere Brennstoffe“** betrug die Teuerungsrate wie im Vorjahr +1,6 Prozent. Die Wohnungsnettomieten stiegen im Mittel um 0,8 Prozent, während die Erhöhung bei den Wohnungsnebenkosten bei +2,1 Prozent lagen. Die Preise für Haushaltsenergien stiegen um 4,2 Prozent, was besonders auf die Verteuerung von Heizöl (+11,5 Prozent) und Elektrizität (+5,0 Prozent) zurückzuführen ist.

Bei den **„anderen Waren und Dienstleistungen“** (+0,9 Prozent) verteuerten sich überdurchschnittlich die Dienstleistungen sozialer Einrichtungen und die Gebühren für Versicherungsdienstleistungen (jeweils +1,7 Prozent).

Für **„Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen“** waren 2004 moderate Preissteigerungen um im Mittel +0,6 Prozent zu beobachten (Verpflegungsdienstleistungen +0,6 Prozent; Beherbergungsdienstleistungen +0,5 Prozent).

Günstig für die Verbraucher entwickelte sich der Teilindex **„Hausrat und laufende Instandhaltung des Hauses“** (–0,5 Prozent); hier verbilligten sich Haushaltsgeräte um 1,3 Prozent und Möbel um 0,8 Prozent.



Preisrückgang bei Nahrungsmitteln

In der Hauptgruppe **„Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke“** (–0,8 Prozent) verbilligten sich Frischobst und Fleischwaren um jeweils 1,1 Prozent und Gemüse einschl. Kartoffeln um 3,6 Prozent. Brot und Getreideerzeugnisse wurden dagegen um 0,2 Prozent teurer.

Im Bereich **„Nachrichtenübermittlung“** (–0,8 Prozent) sanken die Preise für Telefon- und Telefaxdienstleistungen um 0,4 Prozent und die Anschaffung von Telefon- und Faxgeräten wurde gar um 9,8 Prozent billiger.

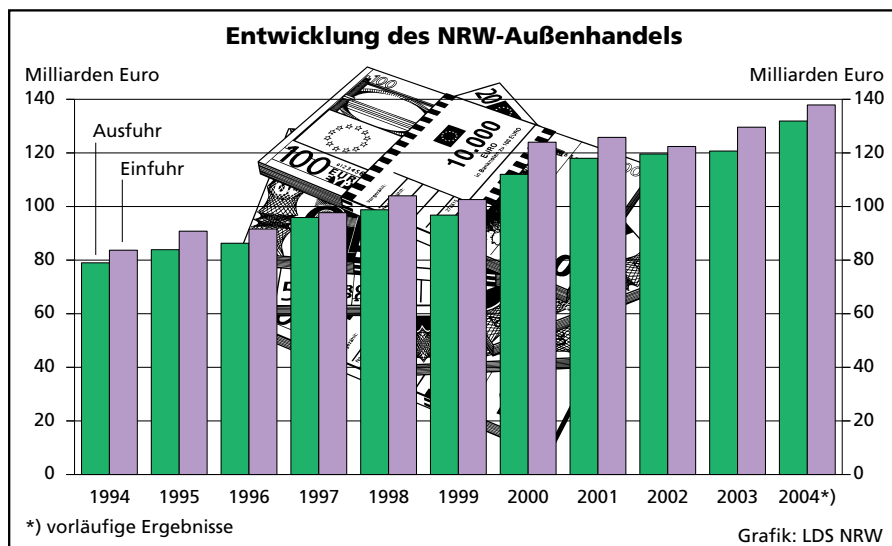
Bei **„Freizeit, Unterhaltung und Kultur“** (–1,3 Prozent) gab es Preissenkungen im Multimediabereich (–6,2 Prozent), aber auch bei Blumen und Gartenbedarf (–2,4 Prozent).

Am stärksten war der Preisrückgang mit –1,6 Prozent beim Teilindex **„Bekleidung und Schuhe“**. Hier sanken die Preise für Bekleidung um 1,7 Prozent und Schuhe wurden um 0,9 Prozent günstiger als im Vorjahr angeboten.

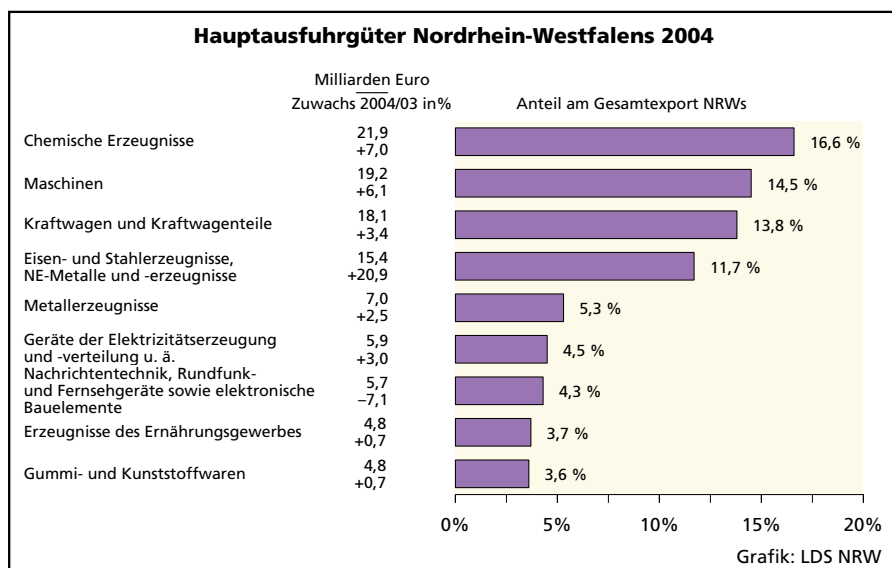
Außenhandel

Rekordvolumen im Außenhandel

2004 erreichte das Volumen des nordrhein-westfälischen Außenhandels mit 269,8 Milliarden Euro einen neuen Rekordwert. Allerdings wurde der Außenhandel auch im Jahre 2004 von Wirtschafts- und Währungsturbulenzen auf den Weltmärkten geprägt. Obwohl sich die anhaltende Konjunkturflaute im Euroraum sowie die starke Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar in der zweiten Jahreshälfte sich nicht gerade förderlich auf die Exportaktivitäten auswirkte, nahm der Wert der NRW-Exporte um 9,3 Prozent auf 131,9 Milliarden Euro zu, gleichzeitig wuchsen die Importe um 6,4 Prozent auf 137,9 Milliarden Euro.



Zwei Drittel (66,8 Prozent) der **NRW-Exporte** gingen 2004 in die Länder der Europäischen Union; hier nahm der Exportwert um 7,7 Prozent zu. Die Ausfuhren in die EFTA-Länder stiegen um 8,0 Prozent und die Exporte in die anderen europäischen Länder übertrafen das Vorjahresergebnis um mehr als ein Viertel (+27,9 Prozent).



Die Ausfuhren in die NAFTA-Länder¹⁵ summierten sich auf 10,2 Milliarden Euro; dies entspricht einem Zuwachs um 3,2 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Auf den für NRW wichtigsten Märkten im asiatischen Raum orderten die asiatischen Schwellenländer (sog. „Tigerstaaten“) Waren im Wert von 2,9 Milliarden Euro (+6,5 Prozent); die Lieferungen nach Japan stiegen um 1,8 Prozent auf 1,6 Milliarden Euro und die Exporte nach China übertrafen mit 4,5 Milliarden Euro den Vorjahreswert um 21,6 Prozent.

¹⁵ NAFTA = North American Free Trade Agreement

Ausfuhr Nordrhein-Westfalens 2004			
Ausfuhr Nordrhein-Westfalens nach ... / in die ...	Ausfuhr 2004*) in Millionen Euro	Veränderung gegenüber 2003 in Prozent	Anteil in Prozent
Insgesamt	131 941,1	+9,3	100
EU-Länder	88 109,9	+7,7	66,8
Belgien	9 998,7	+6,7	7,6
Dänemark	2 308,5	-6,2	1,7
Estland	119,6	+6,4	0,1
Finnland	1 333,8	-4,9	1,0
Frankreich	12 802,5	+10,4	9,7
Griechenland	1 004,7	+6,6	0,8
Großbritannien	10 640,8	+8,8	8,1
Irland	671,0	+7,4	0,5
Italien	9 022,2	+5,7	6,8
Lettland	135,7	-8,9	0,1
Litauen	321,5	+2,6	0,2
Luxemburg	880,7	+29,3	0,7
Malta	31,4	+16,5	-
Niederlande	12 120,2	+5,1	9,2
Österreich	6 519,1	+12,9	4,9
Polen	3 787,8	+14,7	2,9
Portugal	1 015,5	+4,6	0,8
Schweden	2 918,4	+6,9	2,2
Slowakei	836,7	+1,7	0,6
Slowenien	473,4	-0,1	0,4
Spanien	6 431,4	+12,6	4,9
Tschechische Republik	2 867,4	+8,3	2,2
Ungarn	1 805,6	-2,2	1,4
Zypern	63,5	+42,4	-
EFTA-Länder	5 192,7	+8,0	3,9
Island	76,6	+22,2	0,1
Liechtenstein	54,7	+12,7	-
Norwegen	930,3	+10,5	0,7
Schweiz	4 131,2	+7,2	3,1
Andere europäische Länder	8 248,5	+27,9	6,3
darunter			
Russische Föderation	2 564,8	+29,1	1,9
Türkei	3 158,8	+34,5	2,4
NAFTA-Länder	10 209,9	+3,2	7,7
Kanada	758,1	+12,8	0,6
Mexiko	1 013,4	-6,5	0,8
USA	8 438,4	+3,7	6,4
Asiatische Schwellenländer	2 899,8	+6,5	2,2
Hongkong	616,6	-5,1	0,5
Singapur	527,5	+18,0	0,4
Südkorea	1 002,5	+8,6	0,8
Taiwan	753,1	+7,3	0,6
ausgewählte andere Länder			
Brasilien	864,2	+9,7	0,7
Volksrepublik China	4 523,1	+21,6	3,4
Japan	1 600,4	+1,8	1,2

*) vorläufige Ergebnisse

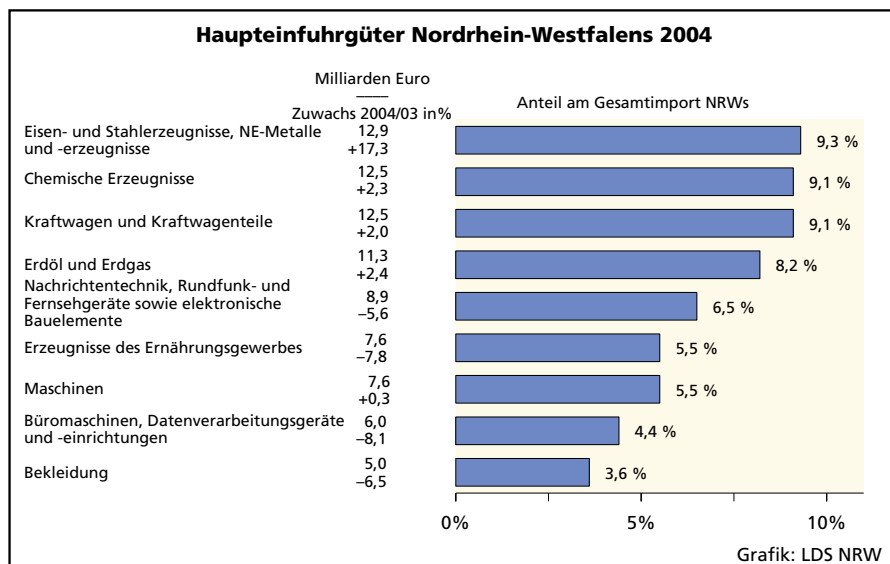
Wichtigste **Exportgüter** NRWs waren auch 2004 „chemische Erzeugnisse“, deren Anteil mit 16,6 Prozent aber um 0,4 Prozentpunkte niedriger lag als im Vorjahr. Auf Platz 2 folgten „Maschinenbauerzeugnisse“ mit 14,5 Prozent (2003: 15,0 Prozent). Danach kamen „Kraftwagen und Kraftwagenteile“ mit 13,8 Prozent (14,5 Prozent) sowie „Eisen- und Stahlerzeugnisse, NE-Metalle und -erzeugnisse“ mit 11,7 Prozent (10,6 Prozent).

Bei den **Importen** entfielen 9,3 Prozent auf „Eisen- und Stahlerzeugnisse, NE-Metalle und -erzeugnisse“ (2003: 8,5 Prozent), 9,1 Prozent auf „chemische Erzeugnisse“ (9,4 Prozent), 9,1 Prozent auf „Kraftwagen und Kraftwagenteile“ (9,4 Prozent) und 8,2 Prozent auf „Erdöl und Erdgas“ (8,5 Prozent).

Einfuhr Nordrhein-Westfalens 2004			
Einfuhr Nordrhein-Westfalens aus ... / aus den ...	Einfuhr 2004*) in Millionen Euro	Veränderung gegenüber 2003 in Prozent	Anteil in Prozent
Insgesamt	137 925,0	+6,4	100
EU-Länder	88 489,4	+7,7	64,2
Belgien	10 824,4	+13,3	7,8
Dänemark	2 447,6	-4,9	1,8
Estland	182,6	+9,2	0,1
Finnland	1 542,3	-24,8	1,1
Frankreich	10 896,5	+3,4	7,9
Griechenland	373,5	-7,9	0,3
Großbritannien	9 870,2	+14,6	7,2
Irland	1 364,6	-12,6	1,0
Italien	7 584,1	+4,6	5,5
Lettland	97,5	-14,3	0,1
Litauen	229,5	-5,9	0,2
Luxemburg	632,7	+22,3	0,5
Malta	36,3	-2,8	-
Niederlande	19 311,4	+6,0	14,0
Österreich	4 377,9	+23,7	3,2
Polen	3 619,2	-1,6	2,6
Portugal	924,1	+11,8	0,7
Schweden	2 941,9	+14,5	2,1
Slowakei	619,8	-11,1	0,4
Slowenien	390,1	-12,6	0,3
Spanien	4 979,3	+16,6	3,6
Tschechische Republik	2 325,8	+0,8	1,7
Ungarn	2 894,0	+50,7	2,1
Zypern	24,2	-7,8	-
EFTA-Länder	7 165,7	-10,0	5,2
Island	101,5	+11,3	0,1
Liechtenstein	97,6	-3,6	0,1
Norwegen	3 993,0	-20,8	2,9
Schweiz	2 973,6	+9,1	2,2
Andere europäische Länder	6 884,4	+17,7	5,0
darunter			
Russische Föderation	2 791,4	+33,6	2,0
Türkei	2 301,2	+7,5	1,7
NAFTA-Länder	5 237,6	-11,3	3,8
Kanada	762,8	-18,6	0,6
Mexiko	196,9	-6,8	0,1
USA	4 278,0	-10,1	3,1
Asiatische Schwellenländer	3 546,9	-4,0	2,6
Hongkong	488,7	-20,7	0,4
Singapur	469,1	-30,5	0,3
Südkorea	1 021,2	+46,3	0,7
Taiwan	1 567,9	-8,1	1,1
ausgewählte andere Länder			
Brasilien	1 025,0	+12,4	0,7
Volksrepublik China	9 503,2	+16,8	6,9
Japan	7 451,9	+6,5	5,4

*) vorläufige Ergebnisse

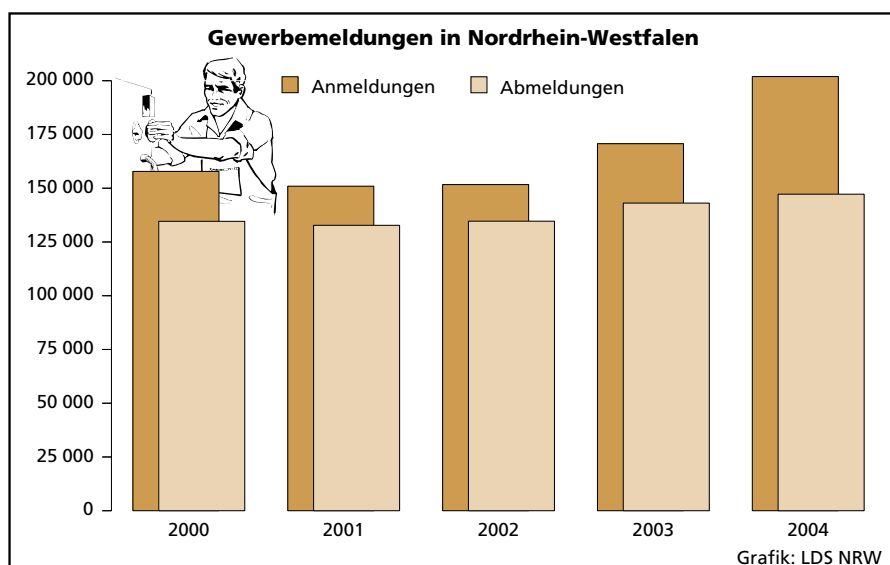
Fast zwei Drittel (64,2 Prozent) der eingeführten Waren stammten aus den EU-Ländern. Auf die EFTA-Länder entfielen 5,2 Prozent und auf die anderen europäischen Länder 5,0 Prozent der Warenlieferungen; die USA waren mit 3,1 Prozent, Japan mit 5,4 Prozent und China mit 6,9 Prozent beteiligt.



Gewerbemeldungen, Insolvenzen

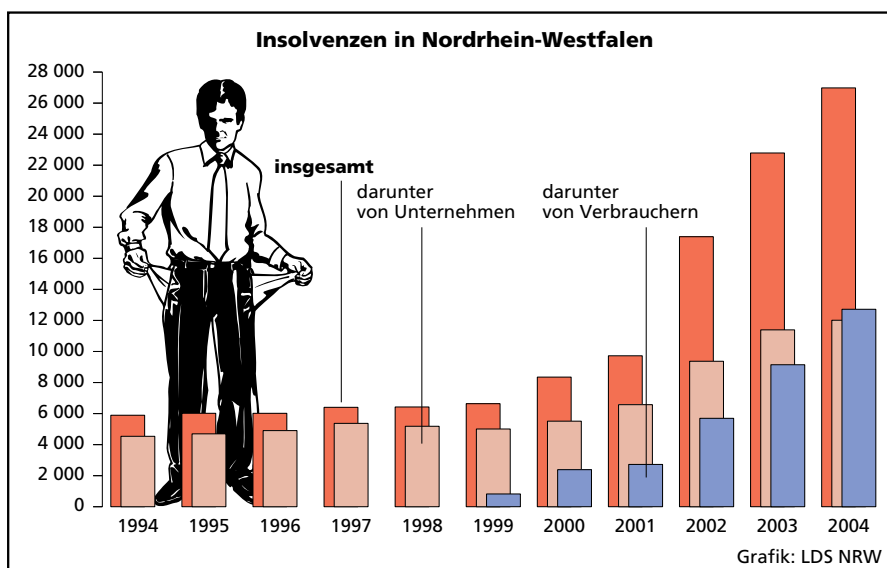
18,3 Prozent mehr Gewerbeanmeldungen

Im Jahre 2004 gingen bei den nordrhein-westfälischen Gewerbeämtern 201 935 **Gewerbeanmeldungen** ein, 18,3 Prozent mehr als im Vorjahr. Gleichzeitig nahm die Zahl der **Gewerbeabmeldungen** um 2,9 Prozent auf 147 225 zu.



Differenziert man nach dem Grund der Gewerbeanzeige, so bestand in 173 696 Fällen (86,0 Prozent aller Gewerbeanmeldungen) die Absicht, einen Gewerbebetrieb neu zu errichten. Bei 18 337 Gewerbeanmeldungen (9,1 Prozent) war die Übernahme eines bestehenden Gewerbebetriebes (Kauf, Pacht, Erbfolge), ein Gesellschaftereintritt oder ein Rechtsformwechsel der Grund der Meldung. 9 902 Fällen (4,9 Prozent) betrafen war die Wiedereröffnung von Betrieben nach Verlegung aus dem Bereich einer anderen Gewerbeanzeigebehörde.

Knapp ein Drittel der Gewerbeanmeldungen (31,5 Prozent) wurde, wie schon in den letzten Jahren, im Bereich „Handel sowie Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern“ getätigt. Ein Viertel (25,1 Prozent) wurde im sehr heterogen zusammengesetzten Bereich „Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Datenverarbeitung und Erbringung von Dienstleistungen für Unternehmen“ registriert. 10,3 Prozent betrafen den Bereich „Erbringung sonstiger öffentlicher und persönlicher Dienstleistungen“, 8,6 Prozent das Baugewerbe und 7,1 Prozent das Gastgewerbe. Auf das Kredit- und Versicherungsgewerbe entfielen 5,1 Prozent, auf den Bereich „Verkehr und Nachrichtenübermittlung“ 4,1 Prozent und auf das Verarbeitende Gewerbe 3,7 Prozent der Gewerbeanmeldungen.



12 012 nordrhein-westfälische Unternehmen stellten 2004 bei den Amtsgerichten einen Antrag auf Eröffnung eines **Insolvenzverfahrens**, 5,4 Prozent mehr als 2003 (damals: 11 393 Unternehmensinsolvenzen). Dabei wurde in 8 102 Fällen ein Insolvenzverfahren eröffnet; in 3 910 Fällen musste die Eröffnung mangels Masse abgewiesen werden.

Unternehmens-Insolvenzen
+5,4 Prozent

Die am häufigsten betroffenen Wirtschaftsbereiche waren, wie schon den letzten Jahren, das Baugewerbe (2 348 Fälle, +5,3 Prozent), der Bereich „Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern“ (2 583 Fälle, +6,6 Prozent) und der Bereich „Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen“ (2 462 Fälle, +8,8 Prozent).

Neben den Unternehmen beantragten im letzten Jahr 14 968 weitere Schuldner die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens, dabei wurde in 12 719 Fällen das 1999 eingeführte Verbraucherinsolvenzverfahren in Anspruch genommen. Insgesamt belief sich somit die Zahl der Insolvenzen 2004 auf 26 980 (2003:

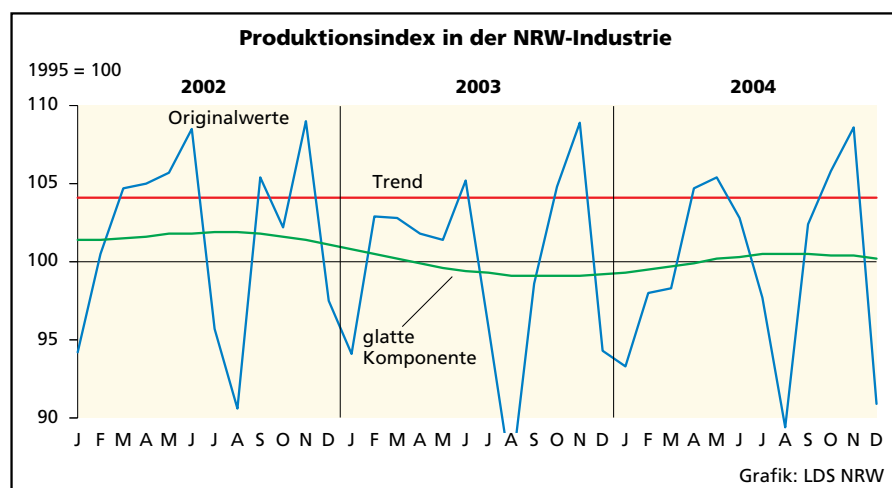
22 787), die Summe der offenen Forderungen erreichte eine Höhe von voraussichtlich fast neun Milliarden Euro.

Unternehmensinsolvenzen in Nordrhein-Westfalen			
Unternehmen mit ... Beschäftigten	2003	2004	
	Anzahl	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent	
keinem	5 356	6 421	+19,9
1	1 429	1 375	-3,8
2 bis 5	2 297	2 132	-7,2
6 bis 10	830	754	-9,2
11 bis 100	1 160	1 017	-12,3
101 oder mehr	82	52	-36,6
unbekannt	239	261	+9,2
Insgesamt	11 393	12 012	+5,4

Industrie, Handwerk

Die nordrhein-westfälische **Industrie**¹⁶, deren Güterausstoß in den vergangenen Jahren zurückgegangen war (2002: -4,1 Prozent; 2003: -1,9 Prozent; jeweils gegenüber dem Vorjahr), konnte 2004 ihre **Produktion** stabilisieren. Zwar brachte das erste Quartal 2004 nochmals eine Abnahme um 3,4 Prozent, doch dann erhöhte sich der Ausstoß von Gütern und Leistungen im zweiten Quartal um 1,5 Prozent und im dritten Quartal um 3,2 Prozent. Trotz eines Minus von 0,9 Prozent im vierten Quartal ergab sich damit für das gesamte Jahr 2004 ein leichtes Plus von 0,1 Prozent gegenüber 2003.

Industrieproduktion stabilisiert



In den einzelnen Industriebauptgruppen verlief die konjunkturelle Entwicklung unterschiedlich. Die Produzenten von Vorleistungsgütern, die rund 40 Prozent aller industriellen Erzeugnisse auf sich vereinen, schränkten zwar 2004 ihre Produktion um 1,1 Prozent ein, zeigten aber im Jahresverlauf einen positiven Trend:

¹⁶ Die Angaben beziehen sich auf Betriebe von Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes und des Bergbaus sowie der Gewinnung von Steinen und Erden (einschl. des Verarbeitenden Handwerks) mit im allgemeinen mindestens 20 tätigen Personen.

Nach einem Rückgang um 2,3 Prozent im ersten Halbjahr konnte im dritten Quartal fast das Vorjahresergebnis erreicht (–0,2 Prozent) und im letzten Quartal gegenüber dem Vorjahreszeitraum ein Plus von 0,7 Prozent erzielt werden.

Im Gegensatz hierzu zeichneten sich im Investitionsgütersektor bereits im zweiten und dritten Quartal deutliche Belebungen ab (+5,5 Prozent bzw. +6,4 Prozent), doch konnte zum Jahresende hin dieser Trend nicht bestätigt werden (viertes Quartal: –7,0 Prozent), so dass sich über das gesamte Jahr gesehen ein Rückgang um 0,7 Prozent ergab.

Die nahe am Endverbraucher produzierenden Industriebereiche der Gebrauchsgüter- und der Verbrauchsgüterproduzenten waren im abgelaufenen Jahr wieder von der heimischen Nachfrageschwäche betroffen – in Anbetracht der unsicher einzuschätzenden Konjunktur- und Einkommensentwicklung übten viele Haushalte weiterhin Kaufzurückhaltung insbesondere bei den langlebigen Konsumgütern und erhöhten andererseits ihre Sparquote. Als Folge ging die Produktion 2004 um 2,3 Prozent (Gebrauchsgüter) bzw. 1,4 Prozent (Verbrauchsgüter) zurück.

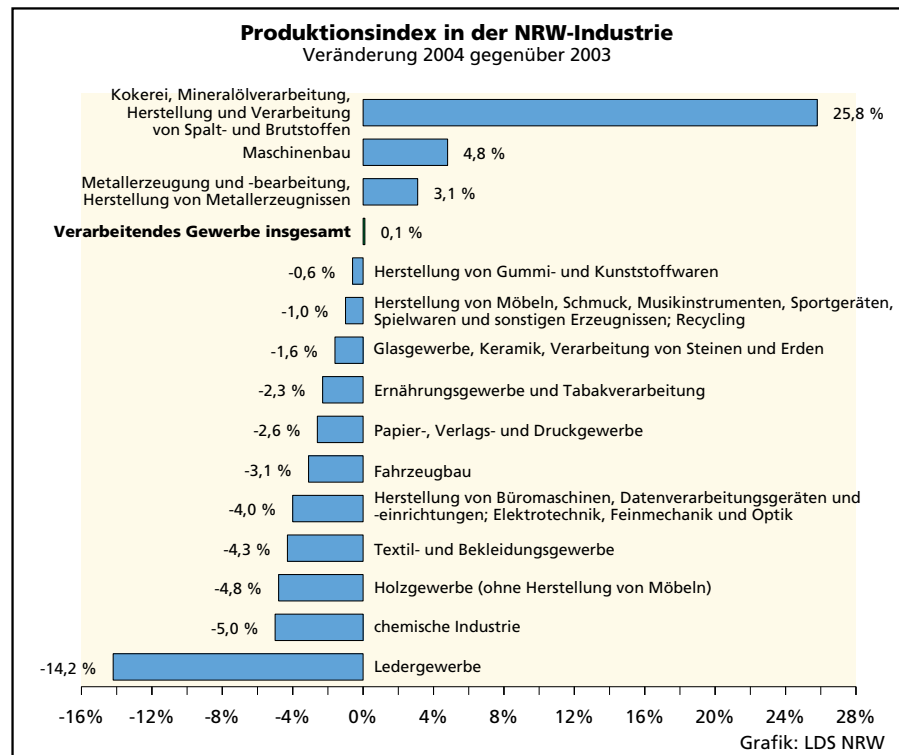
Unterschiedliche Konjunkturverläufe zeichneten sich 2004 ebenfalls in den größeren Wirtschaftszweigen unseres Landes ab, wobei teilweise Sonderentwicklungen den Ausschlag gaben. Im Maschinenbau war eine deutliche Trendwende erkennbar; im Jahresdurchschnitt konnte dieser Wirtschaftszweig seinen Ausstoß um 4,8 Prozent erhöhen. Nach sehr guten Ergebnissen im zweiten und dritten Quartal schwächte sich die Entwicklung zum Jahresende wieder etwas ab. Mit +2,6 Prozent wurde aber auch im letzten Quartal immer noch ein deutlicher Produktionszuwachs ausgewiesen.

Spürbarer Produktionsanstieg im Maschinenbau

Auch im Bereich Metallerzeugung und -bearbeitung sowie dem nachgelagerten Wirtschaftszweig der Herstellung von Metallerzeugnissen, die beide zusammen annähernd ein Sechstel der NRW-Industrie ausmachen, zeichnete sich ein positives Bild ab. Insgesamt erhöhte sich 2004 die Produktionsleistung um 3,1 Prozent, wobei nach einem schwachen Start im ersten Quartal ab April bis zum Jahresende jeweils deutlich mehr als im Vorjahreszeitraum produziert wurde. Hier wirkte sich insbesondere die große Nachfrage nach Rohstahl auf dem Weltmarkt aus.

Auf der anderen Seite wurde in der chemischen Industrie das Ergebnis von 2003 um 5,0 Prozent unterschritten, wobei jedoch nach Rückgängen in den ers-

ten drei Quartalen zum Jahresende wieder eine Steigerung gegenüber dem Vorjahreswert festgestellt wurde (4. Quartal: +5,0 Prozent).



Im Fahrzeugbau, dessen Entwicklung maßgeblich von der Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen bestimmt wird, verringerte sich die Produktionsleistung über das Jahr gesehen um 3,1 Prozent. Die guten Ergebnisse des zweiten und dritten Quartals (+2,7 Prozent bzw. +3,4 Prozent) konnten die besonders schwache Produktion zu Jahresbeginn und den Produktionsrückgang zum Jahresende nicht ausgleichen.

Fahrzeugbau-Produktion -3,1 Prozent

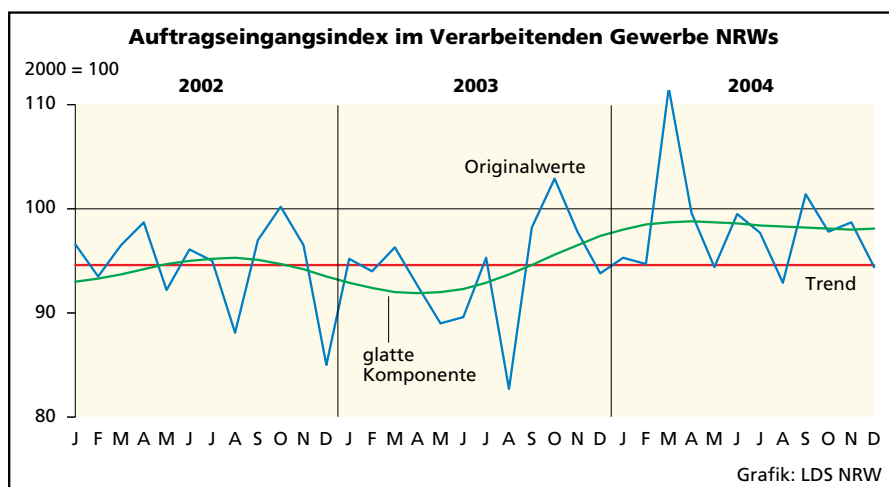
Im Bereich „Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen; Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik“, der sich 2003 durch ein Wachstum um 9,0 Prozent deutlich vom damaligen Trend abgehoben hatte, setzte sich die positive Entwicklung 2004 nicht fort: Die Produktion verringerte sich um 4,0 Prozent, womit aber das Ergebnis von 2002 immer noch deutlich übertrafen wurde. Maßgeblich beeinflusst wurde diese Gesamtentwicklung vom Wirtschaftszweig Rundfunk- und Nachrichtentechnik, dessen Güterausstoß nach dem 2003 durch die große Nachfrage nach MMS-fähigen Handys ausgelösten Produktionsboom nun wieder um 8,0 Prozent zurückgefahren werden musste.

Zum Jahresende hatten die rund 10 500 Industriebetriebe NRWs 1,284 Millionen **Beschäftigte** (-2,9 Prozent gegenüber Dezember 2003). Damit wurden gegenüber dem Vorjahr rund 39 000 Arbeitsplätze abgebaut.

insgesamt erwirtschafteten die Industriebetriebe 2004 einen **Umsatz** von 308,3 Milliarden Euro, was einen Zuwachs von 7,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr bedeutete. Dabei nahmen die Inlandsumsätze mit +4,7 Prozent deutlich weniger zu als die Auslandsumsätze (+12,4 Prozent), wodurch die Exportquote von 35,9 Prozent (2003) auf nun 37,7 Prozent anstieg.

**Exportquote auf fast
38 Prozent gestiegen**

Die Entwicklung der **Auftragseingänge** geht der Produktion voraus. Sie lässt Rückschlüsse über die künftige Entwicklung bei Produktion, Umsatz und Beschäftigung zu. Darüber hinaus wird durch die getrennte Erhebung von Inlands- und Auslandsaufträgen eine Aussage möglich, ob entscheidende Konjunkturimpulse von der heimischen Nachfrage ausgehen oder aus dem Ausland kommen.



Die positive Entwicklung der Auftragseingänge der Industrie¹⁷, die Ende 2003 (mit +4,5 Prozent im vierten Quartal) eingesetzt hatte, setzte sich 2004 zunächst weiter fort. Im ersten Quartal 2004 nahm die Nachfrage um 5,6 Prozent und im zweiten Quartal um 8,2 Prozent zu, während sie im dritten Quartal – auch bedingt durch die Sommerferien in NRW – wieder moderater wuchs (+5,7 Prozent). Ursächlich für diese Entwicklung war zum einen die sehr gute Entwicklung im Auslandsgeschäft (Januar bis September +9,7 Prozent), zum anderen verbuchte die Industrie aber auch wachsende Auftragseingänge aus dem Inland (Januar bis September +4,1 Prozent). Zum Jahresende hin machte sich jedoch ein deutlicher Umschwung in der Stimmungslage der Wirtschaft bemerkbar, was sich in der Statistik der Auftragseingänge mit einem Minus von 1,2 Prozent im vierten Quartal widerspiegelte. Dabei ließ vor allem die Auslandsnachfrage (–1,8 Prozent) nach, während die Inlandsbestellungen nur um 0,6 Prozent zurückgingen.

**Uneinheitliche
Nachfrageentwicklung
im Jahresverlauf**

Von dieser Entwicklung wurden die einzelnen Hauptgruppen unterschiedlich tangiert. Nur bei den Produzenten von Verbrauchsgütern setzte 2004 die In-

¹⁷ hier ohne den Bereich Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung

landsnachfrage die positiveren Akzente, bei den anderen Bereichen basierten die Konjunkturimpulse stärker auf dem Auslands- als auf dem Inlandsgeschäft. Abzuwarten bleibt, ob die positiven Wachstumsimpulse der Exportwirtschaft sich fortsetzen und ab wann sie zu einer stärker wachsenden Nachfrage aus dem Inland führen werden.

Veränderung der Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe NRWs 2004 im Vergleich zu 2003			
Produzenten von ...	Inland	Ausland	insgesamt
	in Prozent		
Vorleistungsgütern	+4,1	+7,6	+5,6
Investitionsgütern	+2,7	+7,0	+5,0
Gebrauchsgütern	-5,2	+2,9	-2,7
Verbrauchsgütern	+0,8	-2,3	-0,1
Insgesamt	+2,9	+6,6	+4,5

Inwieweit aber die Belebung des Exportgeschäftes anhält und davon ein dauerhafter Konjunkturimpuls auf die nordrhein-westfälische Industrie ausgehen wird, lässt sich im Moment schwer beurteilen. So ist beispielsweise zu erwarten, dass die positive Entwicklung bei der Metallerzeugung und -verarbeitung aufgrund steigender Rohstoffpreise wieder gedämpft wird. Auch die Prognosen für die Konjunkturbelebung in den wichtigsten Handelspartnerländern wurden von den Instituten nach unten korrigiert. Ein Dämpfer für künftige Bestelleingänge aus dem Ausland könnte insbesondere von einem gegenüber dem US-Dollar stark notierten Euro sowie den hohen Ölpreisen ausgehen.

Weniger Umsatz und Beschäftigung im Handwerk

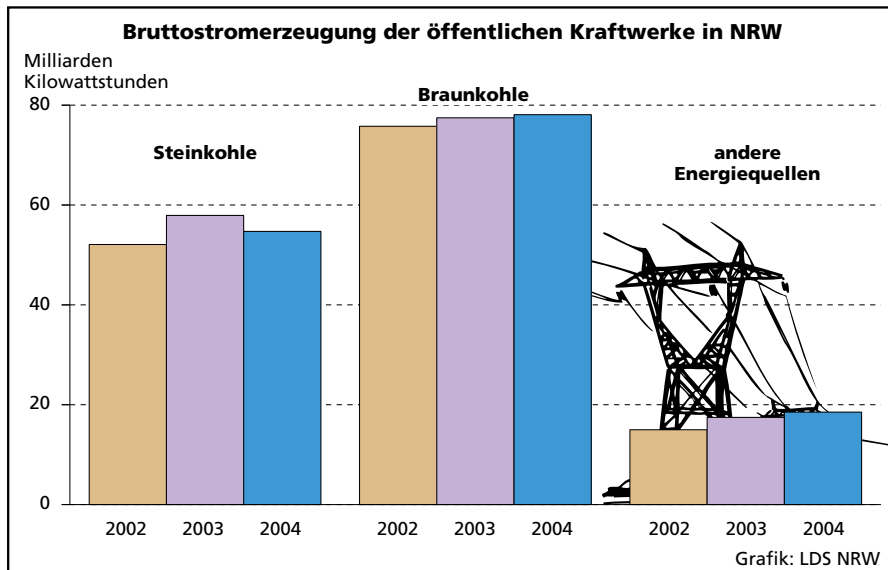
Das **Handwerk** in NRW musste auch 2004¹⁸ sowohl Umsatz- als auch Beschäftigungsverluste hinnehmen. So lag der Umsatz nominal um 0,3 Prozent unter dem Vergleichswert des Jahres 2003 und die Beschäftigtenzahl sank um 4,1 Prozent.

Handwerk in Nordrhein-Westfalen		
Gewerbegruppe	Beschäftigte	Umsatz
	Veränderung 2004 gegenüber 2003 in Prozent	
Bauhauptgewerbe	-8,5	-2,4
Ausbaugewerbe	-5,4	-1,6
Handwerke für den gewerblichen Bedarf	-5,1	-1,9
Kraftfahrzeuggewerbe	-0,2	+1,6
Nahrungsmittelgewerbe	-0,8	+5,2
Gesundheitsgewerbe	-0,8	-6,8
Friseurgewerbe	-4,0	-4,4
Handwerk insgesamt	-4,1	-0,3

Im Jahr 2004 erzeugten die Kraftwerke der öffentlichen **Stromversorgung** 151,3 Milliarden Kilowattstunden (kWh) an Strom; das waren rund 1,0 Prozent bzw. 1,5 Milliarden kWh weniger als im Vorjahr. Mehr als die Hälfte (51,4 Prozent) der Stromerzeugung entfiel auf die Braunkohlekraftwerke und ein gutes Drittel (36,2 Prozent) auf die Steinkohlekraftwerke. Erdgas-Kraftwerke steuer-

¹⁸ Januar bis September

ten 8,3 Prozent, Wasser- und Windkraftwerke 0,4 Prozent und Kraftwerke mit sonstigen Energiequellen (Heizöl, sonstige Gase, Müll) 3,7 Prozent zur Stromerzeugung bei.

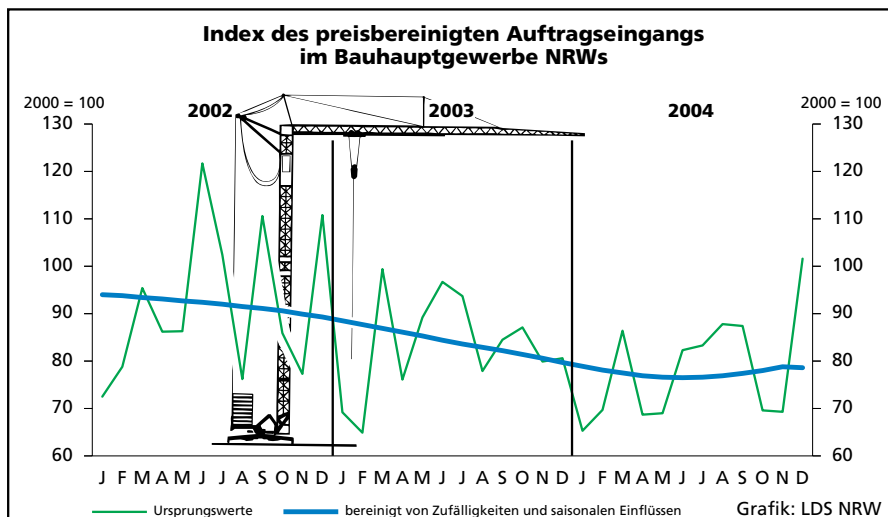


Im Vergleich zu 2003 nahm die Stromproduktion bei den Braunkohlekraftwerken um 0,7 Prozent, bei den Erdgaskraftwerken um 3,8 Prozent, bei den Wasser- und Windkraftwerken um 24,6 Prozent und bei den Kraftwerken mit sonstigen Energiearten um 10,4 Prozent zu. Steinkohlekraftwerke kamen dagegen auf ein Minus von 5,5 Prozent.

Bauwirtschaft

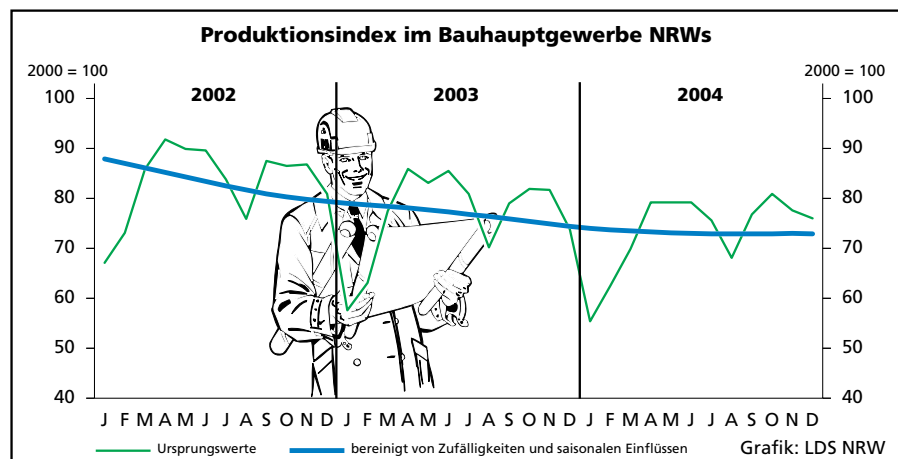
In der nordrhein-westfälischen Bauwirtschaft hielt 2004 der Nachfragerückgang weiter an. Der reale **Auftragseingangsindex** der Betriebe mit den Schwerpunkten „Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau“ (im weiteren „Bauhauptgewerbe“ genannt) lag um 6 Prozent unter dem Vorjahresniveau. Dabei sank die Bau-nachfrage im Tiefbau mit –9 Prozent stärker als im Hochbau (–3 Prozent).

Anhaltender Nachfragerückgang im Bauhauptgewerbe



Innerhalb des Hochbaus konnte die stärkere Nachfrage nach öffentlichen Hochbauten (+21 Prozent) die Rückgänge im Wohnungsbau (–11 Prozent) und im gewerblichen und industriellen Hochbau (–3 Prozent) nicht kompensieren. Innerhalb des Tiefbaus nahm besonders die Auftragsvergabe im gewerblichen und industriellen Tiefbau (–14 Prozent) und im Straßenbau (–10 Prozent) ab, im sonstigen öffentlichen Tiefbau sank sie um 1 Prozent.

Auch die **Produktion** blieb hinter der des Vorjahres zurück. Der von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigte Produktionsindex für das Bauhauptgewerbe war 2004 um 4 Prozent niedriger als 2003. Innerhalb des Hochbaus (–5 Prozent) zeigten sich beim gewerblichen und industriellen Hochbau (–9 Prozent) stärkere Verluste als im öffentlichen Hochbau (–5 Prozent) und im Wohnungsbau (–1 Prozent). Auch im Tiefbau (–3 Prozent) ging die Produktion in allen drei Sparten zurück (Straßenbau –4 Prozent, sonstiger öffentlicher Tiefbau –3 Prozent, gewerblicher und industrieller Tiefbau –2 Prozent).



Mit 13,4 Milliarden Euro war der von den Betrieben des Bauhauptgewerbes erwirtschaftete **Umsatz** 2004 nominal um 0,8 Prozent und real – d. h. unter Berücksichtigung der Baupreisentwicklung – um 1,7 Prozent niedriger als 2003. Zum Stichtag der Bautotalerhebung (30. Juni 2004) wurden 11 082 **Betriebe** (564 mehr als Mitte 2003) mit 127 937 **Beschäftigten** (–2 553) gezählt.

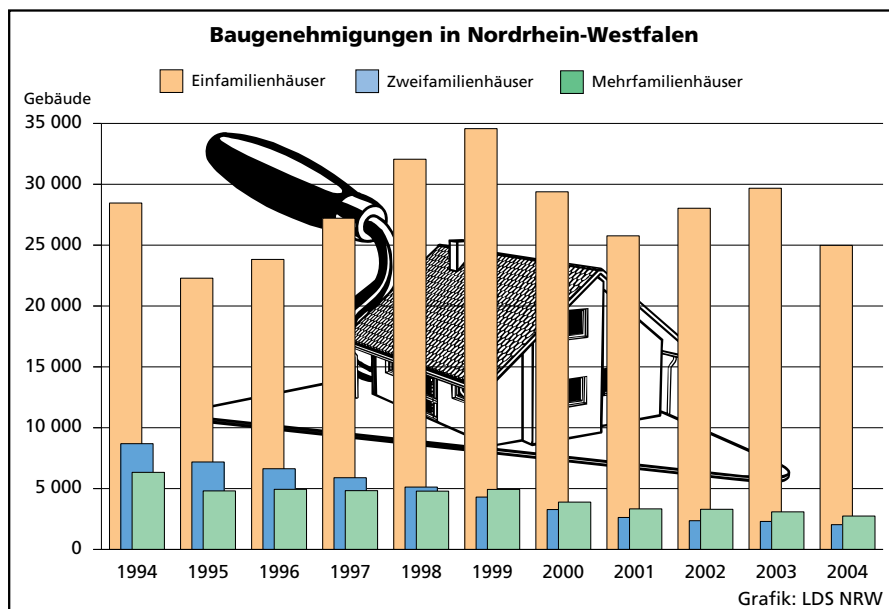
Im **Ausbaugewerbe**¹⁹ standen Ende 2004 insgesamt rund 50 000 Arbeitsplätze zur Verfügung und damit 6,6 Prozent weniger als ein Jahr zuvor. Der für das Jahr 2004 gemeldete Gesamtumsatz belief sich auf etwas mehr als 4,7 Milliarden Euro. Dies entspricht einem Minus von 10,5 Prozent im Vergleich zum Vorjahr.

Bautätigkeit, Wohnungsbestand, Immobilienbesitz

In NRW wurden 2004 **Baugenehmigungen** für 50 700 Wohnungen erteilt, 12,5 Prozent weniger als 2003. Am stärksten fiel der Rückgang bei Einfamilien-

¹⁹ Betriebe von Unternehmen mit 20 oder mehr Beschäftigten

häusern aus (–15,8 Prozent auf 24 980), aber auch bei Zweifamilienhäusern (–11,2 Prozent auf 5488 Wohnungen) und Mehrfamilienhäusern (–8,5 Prozent auf 15 103 Wohnungen) erteilten die Bauämter weniger Genehmigungen als im Vorjahr. Weitere 597 Wohnungen wurden in „Nichtwohngebäuden“ (gemischt genutzte Gebäude, die überwiegend nicht Wohnzwecken dienen) genehmigt, und 4 476 Wohnungen sollten zusätzlich aufgrund von Um- oder Ausbauten bestehender Gebäude entstehen.



56 600 neue Wohnungen wurden 2004 von den Bauämtern im Lande als **fertiggestellt** gemeldet, 6,6 Prozent mehr als 2003. Bei Einfamilienhäusern (29 055; +15,4 Prozent) und Zweifamilienhäusern (6 106 Wohnungen; +3,6 Prozent) konnte das Vorjahresergebnis übertroffen werden, während die Zahl neuer Wohnungen in Mehrfamilienhäusern zurückging (16 332; –4,3 Prozent). Zusätzlich wurden 840 Wohnungen (–15,1 Prozent) in neuen „Nichtwohngebäuden“ fertiggestellt und weitere 4 265 Wohnungen (+7,5 Prozent) entstanden durch Um- oder Ausbauten an bereits vorhandenen Bauwerken.

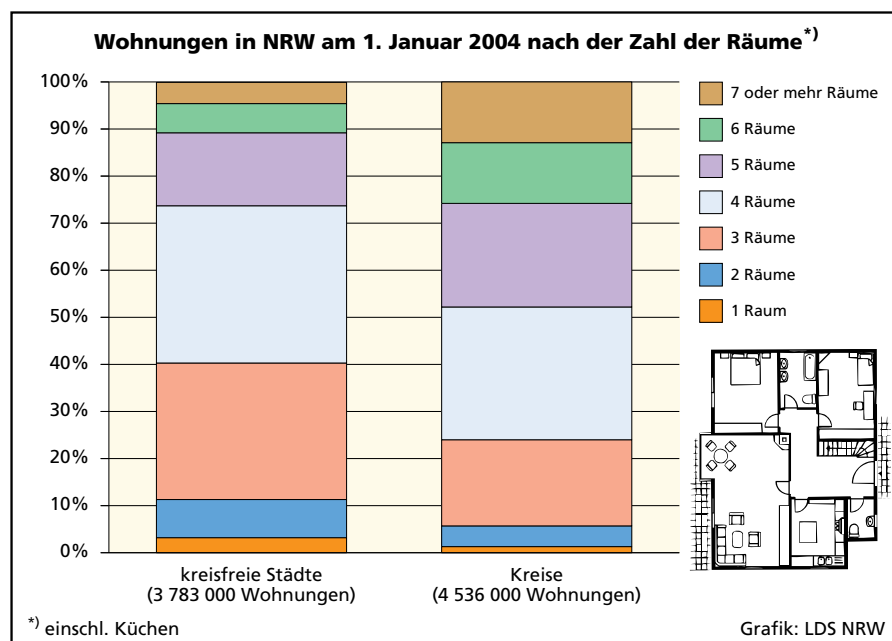
Mehr Baufertigstellungen

Der **Baupreisindex** für konventionell gefertigte Wohngebäude²⁰ stieg 2004 gegenüber dem Vorjahr um 1,2 Prozent an. Wie in den Vorjahren verteuerten sich Ausbauarbeiten stärker (+1,6 Prozent) als Rohbauarbeiten (+1,0 Prozent).

Der **Wohnungsbestand** lag Anfang 2004 in NRW mit 8 319 127 Einheiten um 50 426 Wohnungen oder 0,6 Prozent über dem Vorjahresbestand. Dabei war der Zuwachs in den Kreisen (+35 880) gut zweimal so hoch wie in den kreisfreien Städten (+14 546). Von den fast dreieinhalb Millionen Wohngebäuden im Lande waren rund zwei Millionen (57,5 Prozent) Einfamilienhäuser, 727 235 (20,6 Prozent) Zweifamilienhäuser und 771 080 (21,9 Prozent) Mehrfamilien-

²⁰ Bauleistungen am Bauwerk; nicht dazu gehören u. a. Baunebenleistungen und Außenanlagen.

häuser. Letztere stehen überwiegend in den dichter besiedelten kreisfreien Städten – ihr Anteil am Wohngebäudebestand beträgt hier 39,0 Prozent, in den Kreisen dagegen nur 13,9 Prozent. Kennzeichnend für die Kreise sind ein hoher Anteil an Einfamilienhäusern nahe der Zweidrittelmarke (63,1 Prozent gegenüber einem Landesdurchschnitt von 57,5 Prozent) und eine gegenüber dem Landesdurchschnitt, der bei 74 Quadratmetern liegt, um zehn Quadratmeter höhere durchschnittliche Wohnfläche pro Wohnung.



Jedem Einwohner NRWs standen Anfang 2004 im Schnitt 38,7 Quadratmeter (Anfang 2003: 38,4) Wohnfläche zur Verfügung. Die durchschnittliche Wohnungsbelegung verharrte bei 2,2 Bewohnern, die Zahl der Räume pro Wohnung bei 4,3.

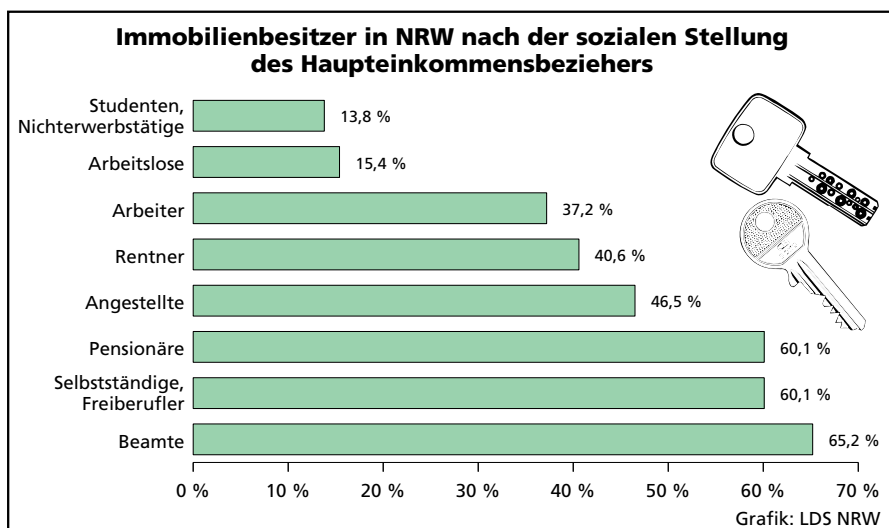
Der Anteil der Haushalte, die eine Immobilie besaßen, lag Anfang 2003²¹ in Nordrhein-Westfalen bei 42,5 Prozent; 1998 hatte er 41,8 Prozent betragen. Besonders häufig war Grundbesitz, wie die Grafik zeigt, bei Haushalten von Beamten, Selbstständigen (einschl. Landwirten) und Pensionären anzutreffen.

Vier von zehn Haushalten besitzen Immobilien

Haushalte mit Immobilienbesitz in NRW		
Art der Immobilie ^{*)}	Haushalte	in Prozent
unbebaute Grundstücke	264 000	7,5
Einfamilienhäuser	1 979 300	56,1
Zweifamilienhäuser	546 600	15,5
Mehrfamilienhäuser	306 000	8,7
Eigentumswohnungen	1 099 000	31,1
Haushalte mit Immobilienbesitz	3 529 000	

^{*)} Mehrfachnennungen möglich

²¹ Die in diesem Abschnitt dargestellten Ergebnisse beruhen auf der alle fünf Jahre (1998, 2003, ...) durchgeführten „Einkommens- und Verbrauchsstichprobe“.

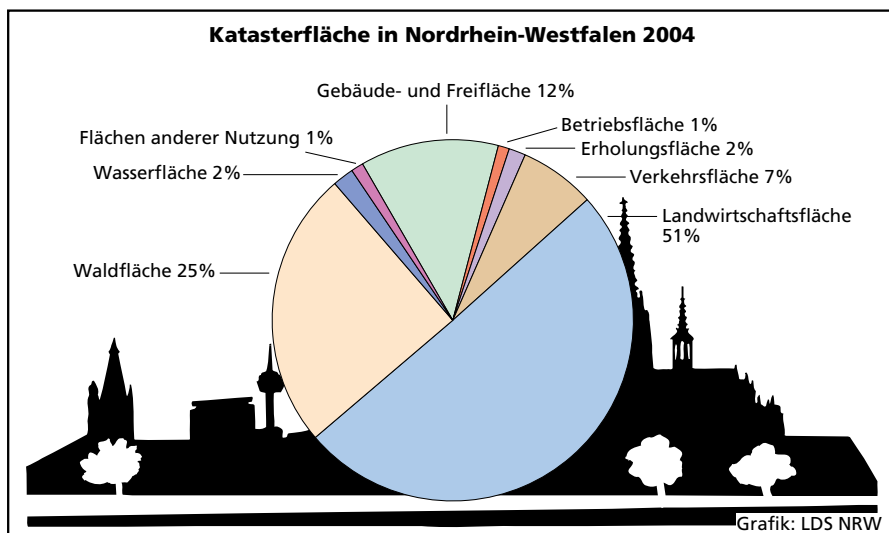


Die Immobilien hatten einen durchschnittlichen Verkehrswert von 228 000 Euro. Mehr als die Hälfte der Immobilienbesitzer (58,6 Prozent) hatte noch Restschulden von Hypothekendarlehen zu begleichen. Im Durchschnitt betrug die Restschuld 93 900 Euro. Mehr als die Hälfte der Immobilieneigner besaßen Einfamilienhäuser.

Flächennutzung, Landwirtschaft

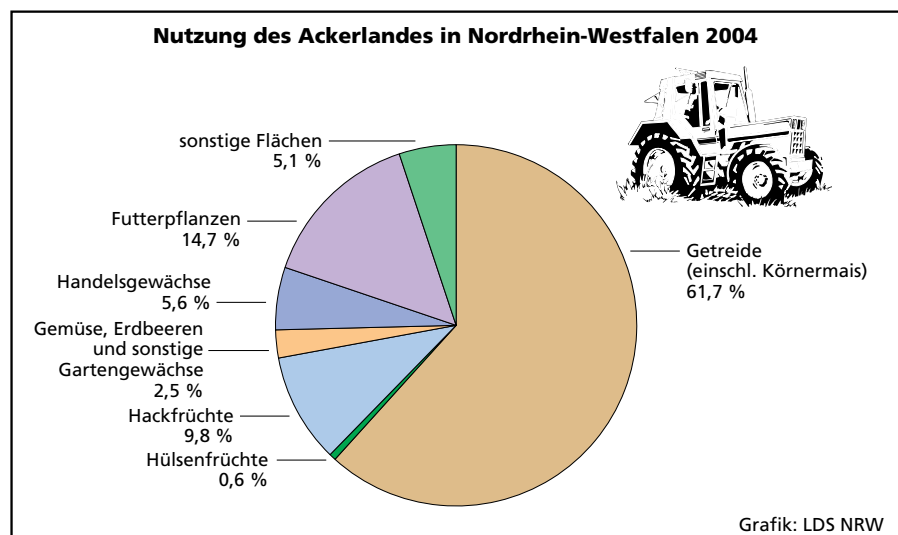
Über drei Viertel (77,2 Prozent) der NRW-Landesfläche (34 083 Quadratkilometer oder 3,41 Millionen Hektar) waren 2004 den Nutzungsarten Landwirtschaftsfläche (1,72 Millionen Hektar), Waldfläche (848 600 Hektar) und Wasserfläche (64 100 Hektar) zuzuordnen. Obwohl damit die Landwirtschaftsfläche erneut abgenommen hat, beansprucht sie mit nun 50,4 Prozent nach wie vor mehr als die Hälfte des gesamten Landesgebietes. Zugenommen haben dagegen erneut die Nutzungsarten „Gebäude- und Freifläche“ (+0,2 Prozent auf 424 200 Hektar) und „Verkehrsfläche“ (+0,5 Prozent auf 230 300 Hektar).

Die Hälfte der NRW-Fläche wird landwirtschaftlich genutzt



Nach den Ergebnissen der repräsentativen Agrarstrukturhebung 2003 waren in den rund 54 000 **landwirtschaftlichen Betrieben** annähernd 140 000 Personen beschäftigt. Davon waren rund 80 Prozent Betriebsinhaber, Familienangehörige und ständige familienfremde Arbeitskräfte. 27 400 Personen wurden zur Überwindung zeitweiliger Arbeitsspitzen als Saisonarbeitskräfte eingestellt. Von den ständig Beschäftigten waren 36 300 Personen vollbeschäftigt.

Die Landwirtinnen und Landwirte bewirtschafteten im Frühjahr 2004 insgesamt 1 078 200 Hektar **Ackerland**, 0,1 Prozent weniger als im Vorjahr. Auf 664 800 Hektar, also fast zwei Dritteln (62 Prozent) der Ackerfläche, wurde Getreide angebaut. Wie bereits in den Vorjahren war die bedeutendste Getreideart der Weizen, der auf einer Fläche von 270 400 Hektar (3,7 Prozent mehr als 2003) angebaut wurde. Der Anbau von Roggen, der zweitwichtigsten Brotgetreideart, wurde um 7,6 Prozent auf 18 900 Hektar ausgeweitet und der Anbau von Hafer wurde um 14,4 Prozent auf 22 500 Hektar reduziert. Gerste wurde auf 196 000 Hektar (-2,1 Prozent) und Triticale auf 64 600 Hektar (+1,7 Prozent) angebaut.



Der Kartoffelanbau wurde um 9,4 Prozent auf 33 700 Hektar ausgedehnt. Überwiegend (auf 29 800 Hektar) wurden Spätkartoffeln gepflanzt, ihre Anbaufläche erhöhte sich um 8,4 Prozent; bei Frühkartoffeln stieg sie um 17,1 Prozent. 69 200 Hektar (-1 Prozent) wurden mit Zuckerrüben bestellt und 56 100 Hektar (+10,3 Prozent) mit Winterraps. 54 800 Hektar waren Brachflächen. Der Anteil dieser Flächen am gesamten Ackerland ging von 6,6 Prozent im Vorjahr auf nun 5,1 Prozent zurück; Grund dürfte die von der EU verordnete Senkung des Mindeststilllegungssatzes für die sog. „konjunkturelle Flächenstilllegung“ sein.

Anhaltende Niederschläge in der ersten Julihälfte verzögerten 2004 zwar den Beginn der Erntearbeiten in NRW, dennoch konnte mit 5,33 Millionen Tonnen

eine um 11,4 Prozent höhere **Getreideernte** eingefahren werden als im Jahr zuvor. Nach wie vor wichtigste im Anbau befindliche Getreideart im Land ist der Weizen, der mit 2,37 Millionen Tonnen (+13,2 Prozent) allein mehr als 44,4 Prozent der gesamten Getreideernte ausmachte.

Getreideernte in Nordrhein-Westfalen 2004						
Getreideart	Anbaufläche		Erntemenge		Hektarertrag	
	in 1 000 Hektar	Veränderung gegenüber 2003 in Prozent	in 1 000 Tonnen	Veränderung gegenüber 2003 in Prozent	Tonnen je Hektar	Veränderung gegenüber 2003 in Prozent
Getreide insgesamt	664,8	+0,7	5 334,9	+11,4	8,03	+10,8
darunter						
Winterweizen	266,0	+4,8	2 336,0	+14,2	8,78	+8,9
Roggen	18,9	+7,6	125,3	+11,3	6,62	+3,4
Wintergerste	176,4	+2,4	1 269,4	+15,7	7,20	+13,0
Sommergerste	19,6	-29,9	113,7	-25,4	5,79	+6,2
Hafer	22,5	-14,4	121,3	-17,4	5,39	-3,6
Triticale	64,6	+1,7	426,0	+8,9	6,59	+7,2
Körnermais (einschl. Corn-Cob-Mix)	90,1	+0,5	900,4	+14,7	9,99	+14,2

Mehr als zufriedenstellend fiel 2004 die Kartoffelernte aus. Mit insgesamt 1,61 Millionen Tonnen wurde das Vorjahresergebnis um 21,4 Prozent übertroffen.

**21,4 Prozent mehr
Kartoffeln geerntet**

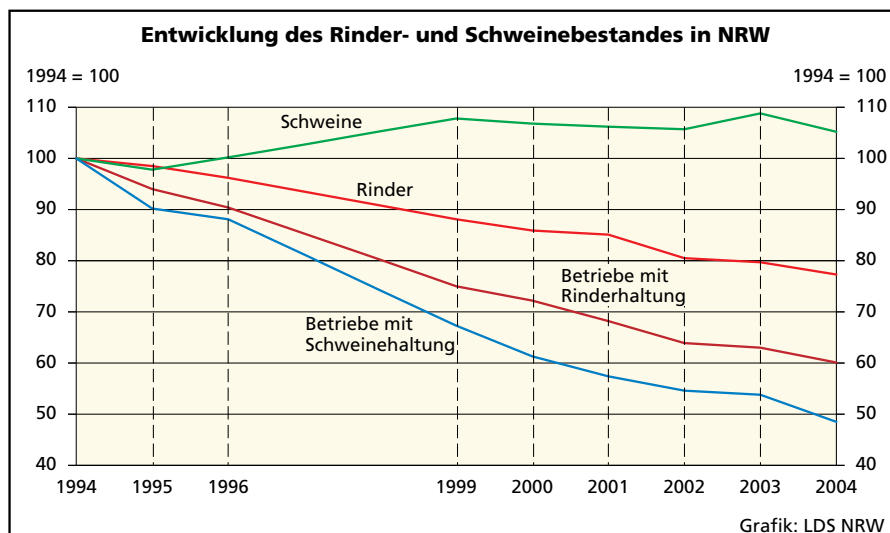
Ernte von ausgewählten Feldfrüchten in Nordrhein-Westfalen 2004						
Feldfrüchte	Anbaufläche		Erntemenge		Hektarertrag	
	in 1 000 Hektar	Veränderung geg. 2003 in Prozent	in 1 000 Tonnen	Veränderung geg. 2003 in Prozent	Tonnen je Hektar	Veränderung geg. 2003 in Prozent
Zuckerrüben	69,2	-1,0	4 398,9	+7,6	63,60	+8,7
Kartoffeln	33,7	+9,4	1 612,9	+21,4	47,90	+11,0
Raps	56,1	+10,3	219,2	+40,5	3,90	+27,0
Silomais	128,2	+0,2	6 123,5	+6,0	47,77	+5,8

Mitte 2004²² gab es in NRW rund 1,38 Millionen **Rinder** und rund 6,06 Millionen Schweine. Dies bedeutet bei den Rindern eine Abnahme um 3,1 Prozent und bei den **Schweinen** einen Rückgang um 3,2 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

Der Konzentrationsprozess in der Tierhaltung setzte sich auch 2004 fort. Mit nun 21 800 war die Zahl der Rinderhaltungs-Betriebe um 4,5 Prozent niedriger als 2003 und um 40 Prozent niedriger als im Jahre 1994. Seit damals hat sich die durchschnittliche Bestandsgröße von 49 auf 63 Rinder pro Betrieb erhöht. Analog verlief die Entwicklung bei der Schweinehaltung. Hier war die Zahl der Betriebe mit 14 600 um 9,9 Prozent niedriger als im Vorjahr; dabei verringerte sich die Zahl der Zuchtschweinehaltungen sogar um 11,9 Prozent auf 5 900. Binnen zehn Jahren ging die Zahl der Betriebe mit Schweinen sogar um mehr als die Hälfte zurück; 1994 hatte sie noch 30 100 betragen. Die durchschnittliche Bestandsgröße nahm hier von 192 (1994) auf 416 Tiere (2004) zu.

**Viehhaltung:
Konzentrationsprozess hält an**

²² Ergebnisse der repräsentativen Viehzählung im Mai 2004; seit 1999 werden hierbei nur noch Viehbestände von Betrieben mit einer landwirtschaftlich genutzten Fläche von mindestens 2 ha (vorher: 1 ha) oder Betriebe mit mindestens acht Rindern (vorher: keine Erfassungsgrenze) oder acht Schweinen (vorher: ein Zuchtschwein oder drei andere Schweine) erfasst.



Im Jahre 2004 wurden in NRW 16,3 Millionen Tiere gewerblich geschlachtet, 6,2 Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Hieraus ergab sich eine **Fleischproduktion** von 1,7 Millionen Tonnen (+6,1 Prozent). Davon entfielen 1,5 Millionen Tonnen auf Schweinefleisch (+5,7 Prozent), 216 400 Tonnen auf Rind- und Kalbfleisch (+8,6 Prozent) und 2 300 Tonnen auf Schaffleisch (+17,4 Prozent).

Die Erzeugung von Geflügelfleisch belief sich 2004 auf 36 894 Tonnen (–21,2 Prozent). Dabei stammten 18 352 Tonnen von Jungmasthühnern (+15,6 Prozent) und 17 889 Tonnen von Truthühnern (–40,9 Prozent).

853 Millionen Eiern lag die Eierproduktion der Legehennen in etwa auf dem Niveau von 2003 (–0,2 Prozent).

Groß- und Einzelhandel

Umsatzminus im Einzelhandel

Der **Einzelhandel**²³ NRWs erzielte im Jahr 2004 nominal einen um 2,7 Prozent geringeren Umsatz als im Vorjahr. Real, d. h. unter Berücksichtigung der Preisentwicklung, ergab sich ein Umsatzrückgang um 2,9 Prozent. Die Zahl der Beschäftigten nahm gegenüber dem Vorjahr um 1,5 Prozent ab.

Der **Kfz-Handel**²⁴ setzte 2004 nominal 1,4 Prozent mehr um als im Vorjahr. Real, d. h. unter Berücksichtigung der Preisentwicklung, stieg der Umsatz um 0,1 Prozent. Die Zahl der Beschäftigten war um 1,3 Prozent niedriger als 2003.

²³ ohne Kfz-Handel und Tankstellen

²⁴ einschl. Tankstellen

Einzelhandel in Nordrhein-Westfalen		
Wirtschaftszweig	Beschäftigte	Umsatz (real)
	Veränderung 2004 gegenüber 2003 in Prozent	
Einzelhandel*) insgesamt	-1,5	-2,9
darunter		
Einzelhandel mit Waren verschiedener Art	-0,8	-2,2
Einzelhandel mit Nahrungsmitteln	-1,0	-6,2
Apotheken sowie Facheinzelhandel mit medizinischen Artikeln usw.	-0,7	-1,9
Sonstiger Facheinzelhandel	-2,7	-2,6
Einzelhandel mit Lebensmitteln	+0,2	-2,3
Einzelhandel mit Nicht-Lebensmitteln	-2,5	-3,3
Einzelhandel in Verkaufsräumen	-1,6	-2,5
Einzelhandel nicht in Verkaufsräumen	+0,8	-9,6

*) ohne Handel mit Kraftfahrzeugen und Tankstellen

Im **Großhandel** nahm der Umsatz nominal um 3,7 Prozent zu; real ergab sich gegenüber 2003 ein Minus von 0,1 Prozent. Der Personalstand sank um 1,8 Prozent, wobei sich die Zahl der Vollbeschäftigten um 3,4 Prozent verringerte, während die Zahl der Teilzeitbeschäftigten um 4,7 Prozent anstieg.

Jahresbericht Entwicklungen in NRW 2004		
Wirtschaftszweig	Beschäftigte	Umsatz (real)
	Veränderung 2004 gegenüber 2003 in Prozent	
Kfz-Handel insgesamt	- 1,3	+ 0,1
darunter		
Handel mit Kraftwagen	- 1,7	- 0,4
Instandhaltung und Reparatur von Kraftwagen	- 7,9	- 13,0
Handel mit Kraftwagenteilen und Zubehör	+ 4,4	+ 9,2
Tankstellen	+ 2,2	- 0,7

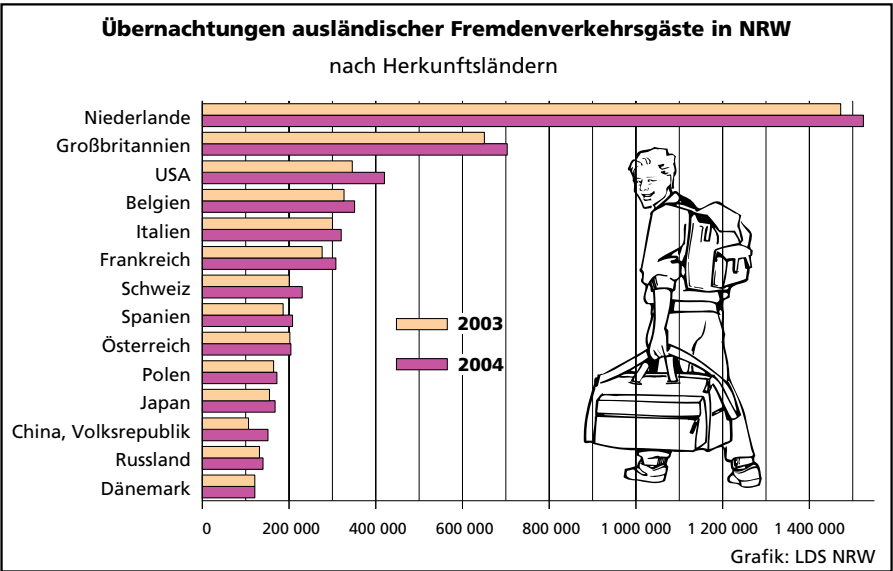
Reiseverkehr

Die rund 5 300 Betriebe des nordrhein-westfälischen Beherbergungsgewerbes²⁵ konnten im letzten Jahr etwa 15,5 Millionen Gäste begrüßen, die insgesamt 37,7 Millionen mal übernachteten. Die Zahl der Personen nahm damit gegenüber 2003 um 6,3 Prozent und die Zahl ihrer Übernachtungen um 3,0 Prozent zu.

Der Zuwachs wurde vor allem durch eine starke Nachfrage ausländischer Gäste getragen, deren Zahl um 9,1 Prozent auf über 2,9 Millionen stieg; ihr Übernachtungsaufkommen erhöhte sich um ebenfalls 9,1 Prozent auf über 6,7 Millionen. Mit Abstand die wichtigsten Herkunftsländer waren weiterhin die Niederlande und Großbritannien, aus denen ein Drittel der ausländischen Besucher anreisten. Bemerkenswert war auch das starke Wachstum bei den Gästen aus China, die inzwischen Japaner und Polen fast eingeholt haben.

**Mehr Gäste
in Tourismus-Betrieben**

²⁵ Beherbergungsstätten mit mindestens neun Gästebetten (neben Hotels und Hotels garnis, Gasthöfen und Pensionen auch Jugendherbergen, Sanatorien und Campingplätze usw.)



Nicht alle Reisegebiete im Lande konnten gleichermaßen vom Anstieg der Übernachtungszahlen profitieren. Während die Betriebe in den städtischen Regionen an Rhein und Ruhr zum Teil zweistellige Wachstumsraten verbuchen konnten, gingen die Übernachtungszahlen in den Regionen Sauerland und Siegerland-Wittgenstein zurück.

Reisegebiet	Übernachtungen in NRW-Beherbergungsbetrieben 2004			
	insgesamt		darunter von Gästen aus dem Ausland	
	Anzahl	Veränderung gegenüber 2003 in Prozent	Anzahl	Veränderung gegenüber 2003 in Prozent
Eifel und Region Aachen	1 193 251	+11,3	247 655	+17,3
Niederrhein	1 527 734	+5,8	275 145	+5,9
Münsterland	1 224 837	+1,8	124 990	+7,6
Teutoburger Wald	1 633 623	+2,1	164 634	+4,3
Sauerland	1 675 141	-0,2	246 327	-2,6
Siegerland-Wittgenstein	209 237	-3,1	24 653	-2,9
Bergisches Land	1 306 009	+8,3	210 115	+9,0
Bonn und Rhein-Sieg-Kreis	1 048 183	+8,4	148 816	+5,8
Köln	2 128 686	+11,9	648 517	+13,8
Düsseldorf	1 415 025	+11,2	529 426	+11,5
Ruhrgebiet	2 144 400	+5,8	316 876	+9,5
NRW insgesamt	15 506 126	+6,3	2 937 154	+9,1

Die je nach Saison etwa 150 **Campingplätze**, die nicht nur Dauer-Campervn offen standen, konnten im letzten Jahr auf über 10 000 Stellplätzen 388 000 Urlaubscamper als Gäste begrüßen, 18,2 Prozent mehr als 2003. Trotz im Schnitt kürzerer Verweildauer der Camper erhöhte sich auch die Zahl der Übernachtungen, und zwar um 5,5 Prozent auf knapp 1,2 Millionen.

Campingplätze im Aufwind

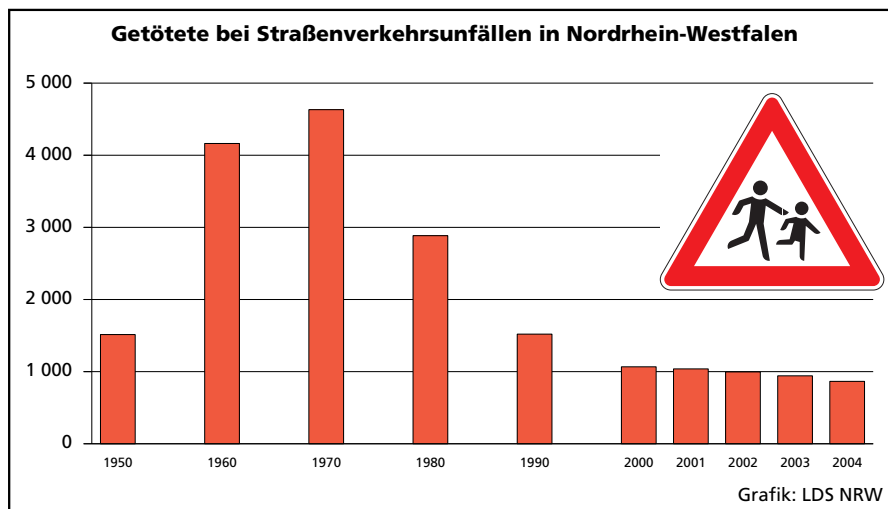
Das **Gastgewerbe**, zu dem neben dem Beherbergungsgewerbe auch das Gaststättengewerbe und die Kantinen und Caterer zählen, hatte 2004 nominal einen Umsatzrückgang um 1,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen. Real, d. h. unter Berücksichtigung der Preisentwicklung, ergab sich ein Minus

von 2,4 Prozent. Die Zahl der Beschäftigten stieg um 0,9 Prozent, doch nahm die Zahl der Vollzeitkräfte um 5,6 Prozent ab, während jene der Teilzeitbeschäftigten um 6,6 Prozent zunahm.

Verkehr

Im Straßenverkehr hat sich 2004 die Entwicklung bei den **Unfällen** mit Personenschaden weiter zum Positiven verändert. Ihre Zahl ging gegenüber dem Vorjahr um 2,8 Prozent auf 67 929 zurück. Dabei verunglückten 865 Menschen tödlich, 77 weniger als im Jahr zuvor. Auch die Zahl der Verletzten verringerte sich, und zwar um 3,0 Prozent auf 15 954 bei den schwer Verletzten und um 3,0 Prozent auf 69 619 bei den leicht Verletzten.

**Weniger Unfälle
mit Personenschaden ...**



Neben den Unfällen mit Personenschaden wurden von der Polizei 23 665 Unfälle mit schwerwiegendem Sachschaden (+4,5 Prozent) und 456 476 sog. Bagatellunfälle (+1,8 Prozent) registriert. Insgesamt belief sich damit die Zahl der Straßenverkehrsunfälle auf 552 424 (+1,2 Prozent).

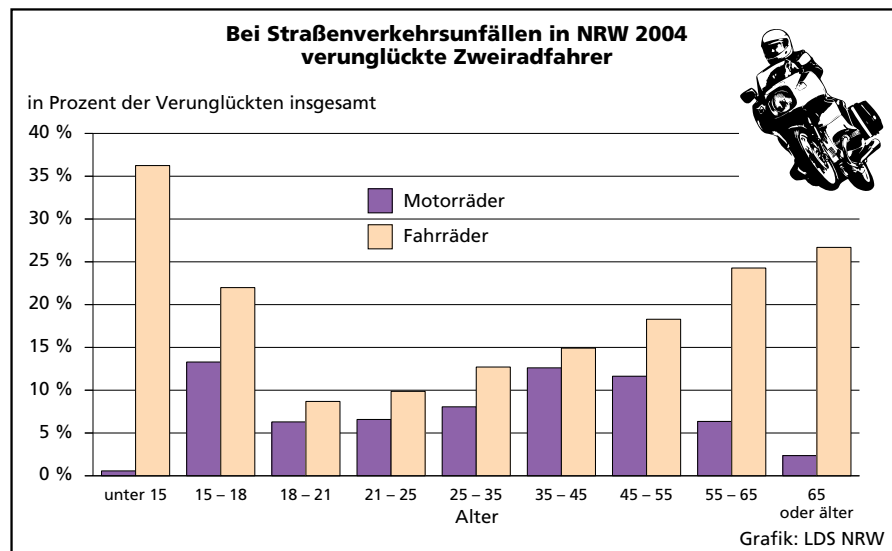
... aber häufiger Sachschäden

Merkmal	Straßenverkehrsunfälle in Nordrhein-Westfalen					Veränderung 2004 gegenüber 2003 in Prozent
	2000	2001	2002	2003	2004	
Straßenverkehrsunfälle*)	553 297	561 508	546 239	545 774	552 424	+1,2
Unfälle mit Personenschaden	74 632	73 348	70 287	69 904	67 929	-2,8
Unfälle nur mit Sachschaden	478 665	488 160	475 952	475 870	484 495	+1,8
Verunglückte Personen insgesamt	96 046	94 051	90 508	89 172	86 438	-3,1
davon Getötete	1 067	1 038	996	942	865	-8,2
Schwerverletzte	19 748	18 166	16 839	16 447	15 954	-3,0
Leichtverletzte	75 231	74 847	72 673	71 783	69 619	-3,0

*) einschl. Bagatellunfällen

Gliedert man die im Jahre 2004 verunglückten Zweiradfahrer – motorisiert und nicht motorisiert – nach Altersgruppen, so zeigt sich, dass gerade in den jungen und in den älteren Altersgruppen überproportional viele Radfahrer verunglück-

cken, während verunglückte Motorradfahrer meist mittleren Alters sind. Eine Ursache hierfür dürfte auch in der typischen Altersstruktur der Nutzer dieser Verkehrsmittel zu suchen sein.



Im Personenverkehr mit **Bussen und Bahnen**²⁶ wurden 2004 in NRW rund 2,38 Milliarden Fahrgäste. Die durchschnittliche Reiseweite pro Fahrgast betrug 8,0 km. Betrachtet man die einzelnen Verkehrsmittel getrennt, so benutzten 1,4 Milliarden Fahrgäste die Omnibuslinien und rund 950 Millionen die Eisenbahnen, Stadtbahnen, U-Bahnen, Straßenbahnen und Schwebbahnen. Die mittlere Reiseweite bei den Eisenbahnen betrug 23,6 Kilometer, bei den Straßenbahnen 4,7 Kilometer. Die Omnibusse transportierten ihre Fahrgäste durchschnittlich 6,1 Kilometer weit.²⁷

Kraftfahrzeugbestand steigt weiter

Der Kraftfahrzeugbestand stieg wie in den Vorjahren weiter an: Zu Jahresbeginn 2004 waren nach Auswertungen des Kraftfahrt-Bundesamtes fast 11,4 Millionen Kraftfahrzeuge in NRW zugelassen, 0,8 Prozent mehr als Anfang 2003. Die Kraftfahrzeugdichte nahm damit von 623 auf 628 Kfz pro 1 000 Einwohner zu.

Flughafen	Fluggäste (Ein- und Aussteiger)				
	2000	2001	2002	2003	2004*)
Düsseldorf	16 027 142	15 394 778	14 742 976	14 273 389	15 254 974
Köln/Bonn	6 291 739	5 705 819	5 375 126	7 758 362	8 332 956
Münster/Osnabrück	1 764 840	1 606 588	1 478 569	1 512 717	1 487 366
Paderborn/Lippstadt	1 342 220	1 265 204	1 224 891	1 262 284	1 296 116
Dortmund/Wickede	694 279	1 044 626	977 146	1 005 618	1 160 150
Niederrhein (Weeze)	–	–	–	208 097	807 860
Mönchengladbach	141 607	131 312	84 694	164 420	20 013
Insgesamt	26 261 827	25 148 327	23 883 402	26 184 887	28 359 435

*) vorläufige Ergebnisse

²⁶ ohne Schienenfernverkehr

²⁷ Die Statistiken des Schienenpersonennahverkehrs und des gewerblichen Straßenpersonennahverkehrs wurden neu konzipiert. In der vierteljährlichen Personenverkehrsstatistik gelten jetzt andere Abschneidegrenzen als vorher. Die Ergebnisse sind auf Grund unterschiedlicher Berichtskreise nicht mehr mit den Vorjahresdaten vergleichbar.

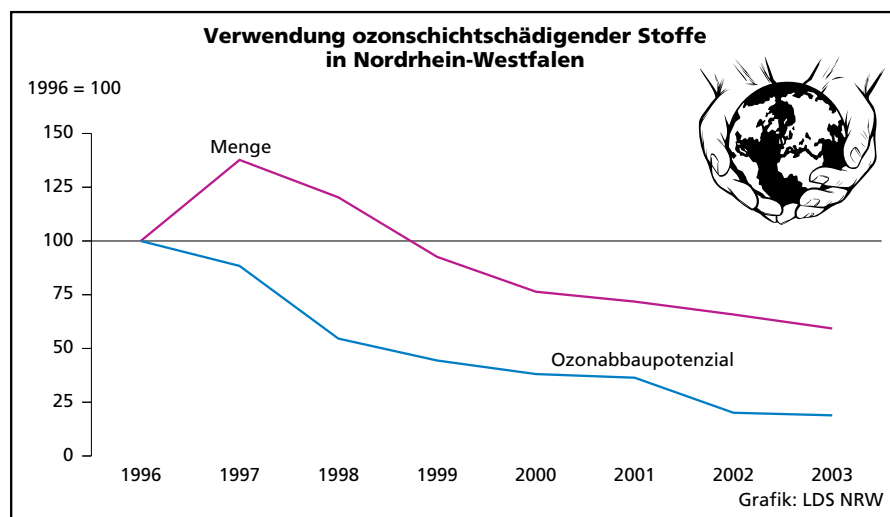
Auf den internationalen Verkehrsflughäfen Nordrhein-Westfalens wurde 2004 mit rund 28,4 Millionen **Fluggästen** im gewerblichen Verkehr das Passagieraufkommen des Vorjahres deutlich überschritten (+8,3 Prozent).

Prozentual betrachtet, hatte dabei der Flughafen Niederrhein in Weeze die höchste Steigerungsrate gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen (+288,2 Prozent). Allerdings sind die Passagierzahlen hier absolut betrachtet noch relativ gering sind – der Anteil dieses Flughafens am gesamten Fluggastaufkommen in NRW beträgt 2,8 Prozent. Stark rückläufig waren die Passagierzahlen in Mönchengladbach (–87,8 Prozent), verursacht durch die Verlagerung einer City-Shuttle-Verbindung nach Berlin vom Flughafen Mönchengladbach zum Flughafen Düsseldorf.

Umwelt

Dem im Montrealer Abkommen vorgegebenen Ziel des Ausstiegs aus der Produktion und Verwendung von FCKW, H-FCKW und sonstigen die **Ozonschicht schädigenden Stoffe** ist NRW schon sehr nahe gekommen. 2003 wurden – gemessen in der üblichen metrischen Tonnage – 430,8 Tonnen dieser Stoffe eingesetzt, vier Zehntel (40,7 Prozent) weniger als 1996. Da sich außerdem innerhalb der schon reduzierten Menge ein Umstieg auf weniger schädliche Stoffe vollzog, sank die ozonschichtschädigende Wirkung der eingesetzten Stoffe seit damals sogar noch wesentlich stärker, nämlich um über vier Fünftel (81,1 Prozent) auf 48,5 ODP-Tonnen²⁸.

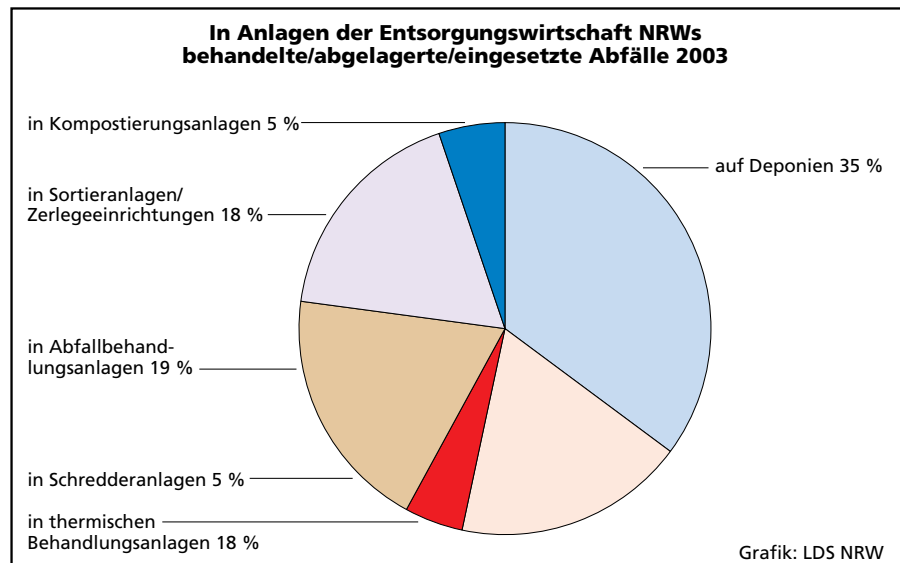
**Ozonschicht-Schädigung
reduziert**



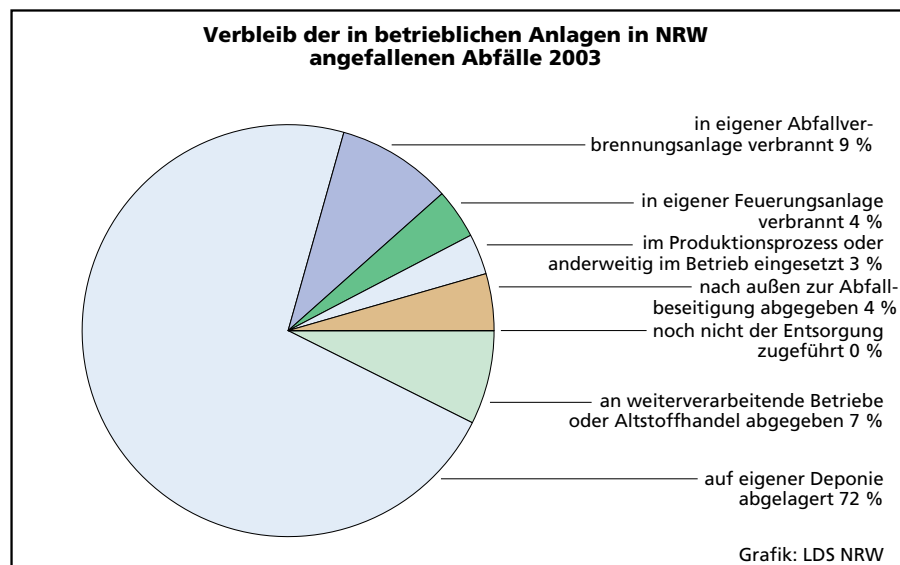
2003 wurden in 604 Anlagen der Entsorgungswirtschaft (sog. „**Fremdentsorgung**“) insgesamt 30,1 Millionen Tonnen nicht nachweispflichtige Abfälle entsorgt, rund eine Million Tonnen (3,7 Prozent) mehr als im Vorjahr, sowie 124 000 Tonnen nachweispflichtiger Abfälle außerhalb des Begleitscheinverfahrens. Von der Gesamtmenge stammten 28,3 Millionen Tonnen aus dem eige-

²⁸ ODP = Ozone Depletion Potential (Maßeinheit zur Beschreibung der ozonschichtschädigenden Wirkung)

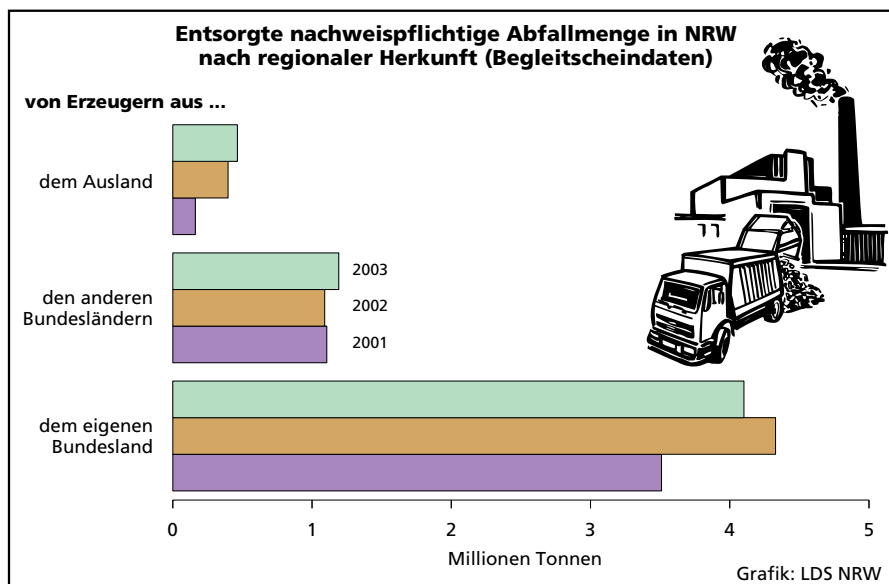
nen Bundesland, 1,0 Millionen Tonnen aus den übrigen Bundesländern, 0,7 Millionen Tonnen wurden zwecks Entsorgung aus dem Ausland importiert und 0,3 Millionen Tonnen wurden von eigenen, auf dem jeweiligen Gelände befindlichen Anlagen übernommen.



Weitere 10,8 Millionen Tonnen (2002: 11,9 Millionen Tonnen) wurden der betrieblichen Abfallentsorgung (sog. „**Eigenentsorgung**“) zugeführt, wovon rund 700 000 Tonnen nachweispflichtige Abfälle waren, die außerhalb des amtlichen Begleitscheinverfahrens angeliefert wurden.

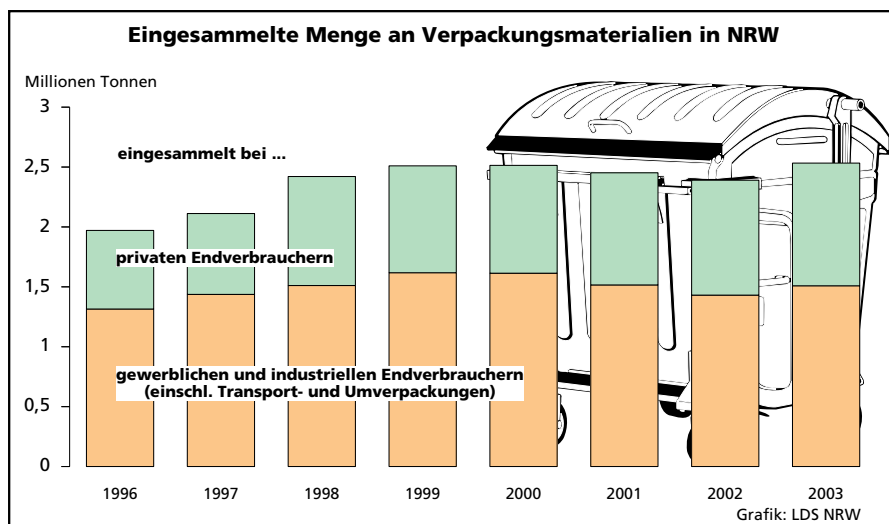


Durch das behördliche **Begleitscheinverfahren**, das Kontroll- und Überwachungszwecken dient, wird der Entsorgungsweg von Sonderabfällen differenziert nach Herkunft (Abfallerzeuger), Entsorgung (Abfallentsorger), Abfallart und Menge erfasst. Im Rahmen dieser Auswertung wurden 2003 insgesamt 5,8 Millionen Tonnen entsorgte Abfälle nachgewiesen, wovon 1,2 Millionen Tonnen (20,7 Prozent) aus anderen Bundesländern und 0,5 Millionen Tonnen (8,6 Prozent) aus dem Ausland importiert wurden.



Die getrennt eingesammelte Menge an **Verpackungsabfällen** nahm 2003 wieder zu, und zwar um 5,6 Prozent auf über 2,5 Millionen Tonnen. Fast drei Fünftel (59,6 Prozent) kamen von Privathaushalten (Verkaufsverpackungen), zwei Fünftel von gewerblichen und industriellen Endverbrauchern (Verkaufs-, Transport- und Umverpackungen). Von der Gesamtmenge wurden 710 000 Tonnen (28,2 Prozent) direkt an den Altstoffhandel bzw. an Verwerterbetriebe geliefert, mehr als 1,8 Millionen Tonnen (71,8 Prozent) gingen zunächst an Sortieranlagen. Ins Gewicht fallende Verschiebungen im Vergleich zu den Vorjahren waren dabei nicht zu beobachten.

Mehr Verpackungsabfälle eingesammelt



Die **Investitionen für den Umweltschutz** der nordrhein-westfälischen Industrie²⁹ erreichten 2003 ein Volumen von rund 300 Millionen Euro. Der Großteil davon entfiel auf Maßnahmen für die Luftreinhaltung (45,0 Prozent), den Gewässerschutz (31,1 Prozent) und die Abfallbeseitigung (10,0 Prozent). Vom

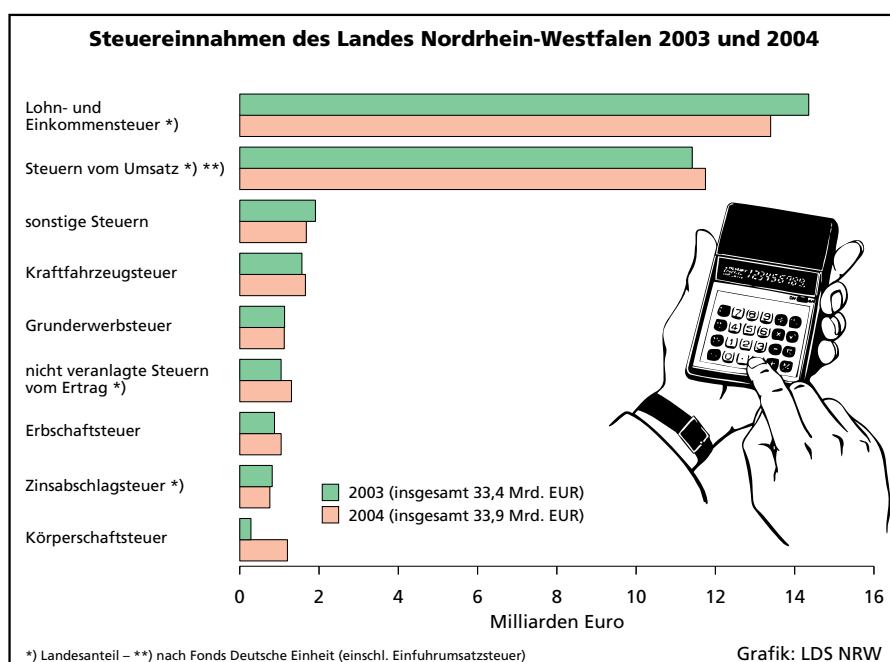
²⁹ Verarbeitendes Gewerbe und Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden (einschl. des Verarbeitenden Handwerks)

Gesamtvolumen entfielen 258 Millionen Euro auf additive³⁰ und 42 Millionen Euro auf integrierte³¹ Umweltschutzinvestitionen.³²

Öffentliche Finanzen

Steuereinnahmen des Landes +1,5 Prozent

Die dem Land Nordrhein-Westfalen im Jahr 2004 verbleibenden **Steuereinnahmen**³³ beliefen sich auf 33,9 Milliarden Euro. Das waren 514 Millionen Euro oder 1,5 Prozent mehr als im Jahre 2003. Zu dieser Entwicklung trugen sowohl die Gemeinschaftssteuern (+1,1 Prozent auf 29,4 Milliarden Euro) als auch die reinen Landessteuern (+4,3 Prozent auf 4,5 Milliarden Euro) bei. Der Anteil der letzteren an den Gesamteinnahmen betrug 13,4 Prozent, jener der Gemeinschaftssteuern 86,6 Prozent.



Die Einnahmen aus der Lohn- und Einkommensteuer, die nach wie vor die ergebendste Steuerart darstellte, gingen auf Grund der schlechten Arbeitsmarktlage und der zum Jahresbeginn 2004 in Kraft getretenen Tarifsenkungen um 6,7 Prozent auf 13,4 Milliarden Euro zurück. Das Aufkommen der Steuern vom Umsatz spiegelte mit einer Zunahme von 2,9 Prozent auf 11,7 Milliarden Euro die schwache inländische Konsumnachfrage wider. Die nicht veranlagten Steuern vom Ertrag, die im wesentlichen die Kapitalertragsteuer auf Dividenden umfas-

³⁰ Unter additiven Umweltschutzinvestitionen versteht man Investitionen in separate, vom übrigen Produktionsprozess getrennte Anlagen (z. B. Abfallverbrennungsanlagen, Kläranlagen, Lärmschutzwände, Luftfilter). Sie sind vorhandenen Anlagen vor- oder nachgeschaltet, damit die durch den Produktionsprozess entstandenen Emissionen verringert werden und Umweltstandards genügen.

³¹ Integrierte Umweltschutzinvestitionen betreffen i. d. R. nicht klar isolierbare Teile größerer Anlagen: Sie lassen Emissionen erst gar nicht oder in viel geringerem Umfang entstehen (vorsorgender Umweltschutz; z. B. Kreislaufführung von Stoffen oder Nutzung von Reaktionswärme).

³² Da für 2003 erstmals auch integrierte (siehe vorige Fußnote) Umweltschutzinvestitionen erhoben wurden, sind die hier dargestellten Ergebnisse nicht ohne weiteres mit den Ergebnissen früherer Jahre vergleichbar. Beschränkt man die Betrachtung auf die additiven Investitionen, so ergibt sich im Vergleich zum Jahr 2002 ein Rückgang um fast die Hälfte (–43,6 Prozent).

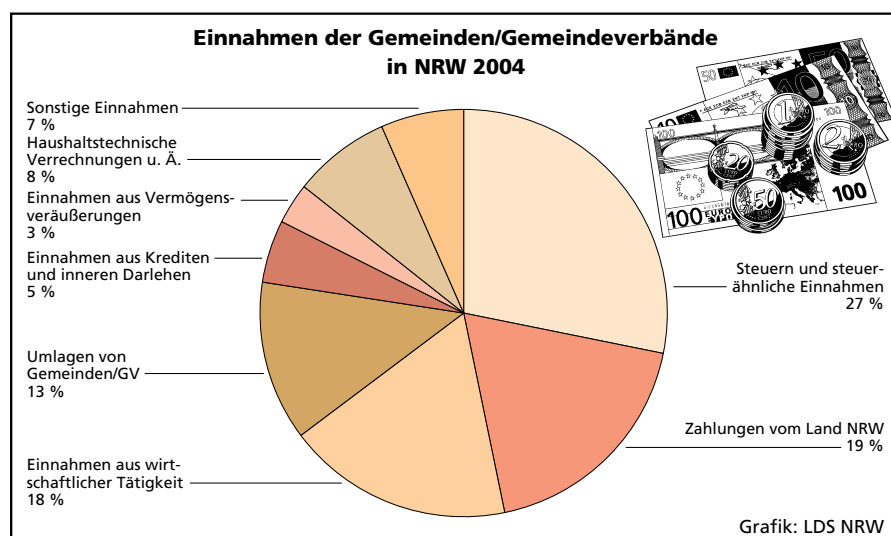
³³ nach Abzug der dem Bund und den Gemeinden zustehenden Anteile aus den Gemeinschaftssteuern, vor Länderfinanzausgleich und Bundesergänzungszuweisungen – Quelle: Finanzministerium NRW

sen, expandierten infolge hoher Gewinnausschüttungen der Unternehmen gegenüber dem Vorjahr um ein Viertel auf 1,3 Milliarden Euro. Der kräftige Zuwachs der Einnahmen aus der Körperschaftsteuer um 921 Millionen Euro auf 1,2 Milliarden Euro war Folge der verbesserten Ertragslage der Unternehmen, aber wohl auch des mit dem Steuervergünstigungsabbaugesetz verhängten Aufschubs der Erstattung noch bestehender Körperschaftsteuerguthaben sowie der Einschränkung des steuerlichen Verlustvortrags.

Die wichtigste Einzelsteuer unter den reinen Landessteuern war wie bisher die Kraftfahrzeugsteuer. Sie erbrachte 1,7 Milliarden Euro (+5,6 Prozent). Sehr positiv entwickelten sich auch die Einnahmen aus der Erbschaftsteuer mit einem Plus von 19,1 Prozent auf 1 Milliarde Euro. Die Grunderwerbsteuer hingegen erreicht mit 1,1 Milliarden Euro nicht ganz das Ergebnis des Vorjahres.

Die **Gemeinden und Gemeindeverbände** in Nordrhein-Westfalen – Gemeinden, Städte, Kreise, Landschaftsverbände, Regionalverband Ruhr – verzeichneten im Jahr 2004 Einnahmen in Höhe von 54,2 Milliarden Euro (gegenüber 2003: –0,3 Prozent) und Ausgaben von 58,6 Milliarden Euro (–1,6 Prozent).

Kommunale Finanzen:
Einnahmen –0,3 Prozent,
Ausgaben –1,6 Prozent



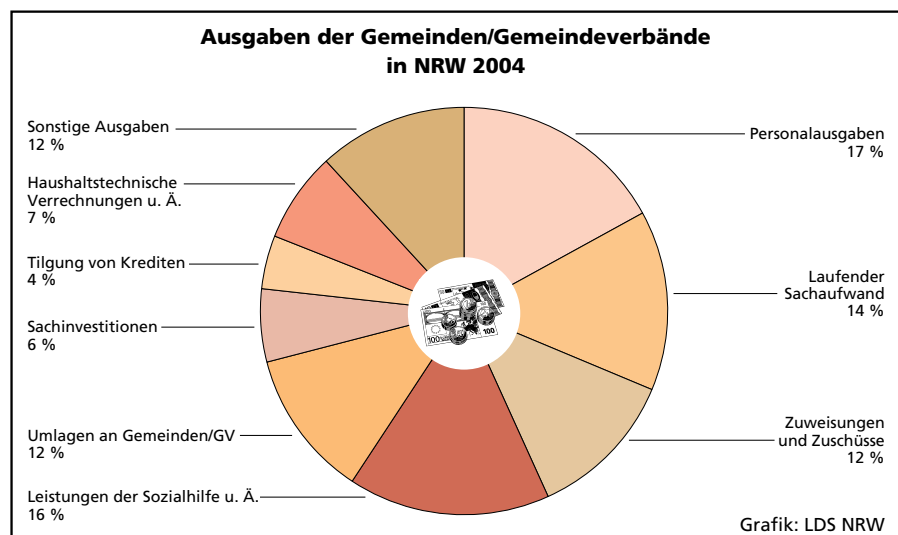
Auf der **Einnahmenseite** der Verwaltungshaushalte stiegen die Steuern und steuerähnlichen Einnahmen um 4,6 Prozent auf 15,3 Milliarden Euro, wobei die Grundsteuern mit einem Plus von 2,0 Prozent und die Gewerbesteuer mit einer Zunahme um 16,7 Prozent abschlossen. Aufgrund der Absenkung der Gewerbesteuerumlage³⁴ verblieben an Gewerbesteuern (netto) im Vergleich mit dem Vorjahr – bei einem Anstieg auf insgesamt 5,7 Milliarden Euro – 31,8 Prozent (rund 1,4 Milliarden Euro) mehr in kommunalen Haushalten. Der den Gemeinden zustehende Anteil an Einkommen- und Umsatzsteuer sank um 6,4 Prozent auf 5,6 Milliarden Euro. Kommunale Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit

³⁴ aus dem Gewerbesteueraufkommen an Bund und Land anteilig abzuführenden Anteile

waren ebenfalls rückläufig, und zwar um 6,0 Prozent auf 9,7 Milliarden Euro. Die vom Land den Kommunen in Form von allgemeinen, zweckgebundenen oder auch investiven Zuweisungen (u. Ä.) insgesamt zugeführten Mittel stiegen um 15,7 Prozent auf 10,1 Milliarden Euro an.

Bei den Einnahmen der Vermögenshaushalte stand den gegenüber dem Vorjahr um 25,4 Prozent auf 2,7 Milliarden Euro rückläufigen Kreditaufnahmen ein Anstieg der Vermögensveräußerungen um 33,2 Prozent auf 1,8 Milliarden Euro entgegen.

Mehr als ein Viertel der kommunalen Bruttoeinnahmen entfielen auf Steuern und steuerähnliche Einnahmen; bei etwa einem Fünftel der gemeindlichen Einnahmen trat das Land NRW als Zahlungsgeber auf; knapp ein weiteres Fünftel der Kommunaleinnahmen kam aus wirtschaftlicher Tätigkeit; rund dreizehn Prozent machten die von nachgeordneten Körperschaften an Kreise bzw. an Bezirksverbände gezahlten Umlagen aus.



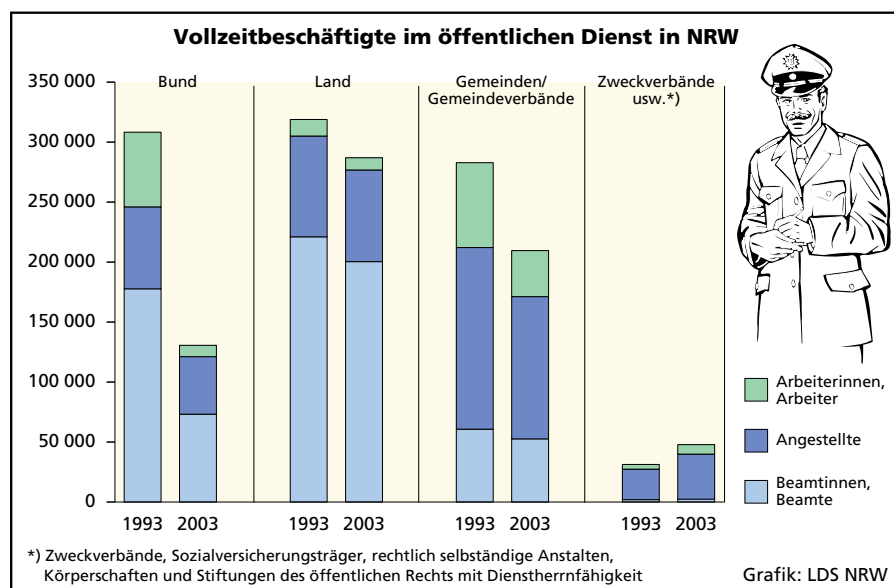
Die wesentlichen und von ihrer Höhe her relevanten **Ausgaben** wiesen weder im Verwaltungs- noch im Vermögenshaushalt gravierende Veränderungen im Vergleich mit dem Vorjahr aus. Während die Personalausgaben nahezu stagnierten (+0,2 Prozent auf 10,0 Milliarden Euro), stiegen die Ausgaben des laufenden Sachaufwands um 2,0 Prozent auf 8,4 Milliarden Euro, die Leistungen der Sozial- und Jugendhilfe sowie sonstige soziale Leistungen um 3,4 Prozent auf 9,4 Milliarden Euro sowie Zahlungen an übergeordnete Gebietskörperschaften (Umlagen an Kreise und Bezirksverbände) um 4,9 Prozent auf 6,9 Milliarden Euro. Nicht ganz konstant blieben die Zuweisungen und Zuschüssen (–0,3 Prozent auf 7,0 Milliarden Euro) sowie die Sachinvestitionen (–0,5 Prozent auf 3,4 Milliarden Euro) festgestellt. Ein Rückgang – allerdings bereits auf nied-

rigem Niveau – war bei den Tilgungen von Krediten (–17,3 Prozent auf 2,5 Milliarden Euro) zu konstatieren.

Auf der Ausgabenseite war keine Position derartig dominant wie die Steuern und steuerähnlichen Einnahmen auf der Einnahmenseite: Jeweils knapp 17 Prozent des gesamten Ausgabenvolumens waren einerseits den Leistungen der Sozial- und Jugendhilfe sowie den sonstigen sozialen Leistungen bzw. andererseits den Personalausgaben zuzurechnen. Knapp zwölf Prozent entfielen sowohl auf Zuweisungen und Zuschüsse im weiteren Sinn als auch auf die zusätzlich in Form von Umlagen an übergeordnete Gebietskörperschaften abzuführenden Mittel; nur knapp sechs Prozent wurden für investive Maßnahmen verausgabt.

Im öffentlichen Dienst³⁵ arbeiteten Mitte 2003³⁶ 675 000 Vollzeitbeschäftigte, 1,2 Prozent weniger als ein Jahr zuvor. Von diesen Vollzeitkräften entfielen 287 000 auf den Arbeitgeber Land, 210 000 auf die Gemeinden und Gemeindeverbände und 131 000 auf den Bund bzw. auf unter Bundesaufsicht stehende Dienststellen. 48 000 Personen waren beschäftigt bei Zweckverbänden u. dgl., bei Sozialversicherungen und bei unter Landesaufsicht stehenden, rechtlich selbstständigen Einrichtungen in öffentlicher Rechtsform – dazu zählen auch die Anfang 2001 in Anstalten des öffentlichen Rechts umgewandelten Universitätskliniken, deren Personal vormals dem Arbeitgeber Land zugeordnet war.

1,2 Prozent weniger Vollzeit-Personal im öffentlichen Dienst

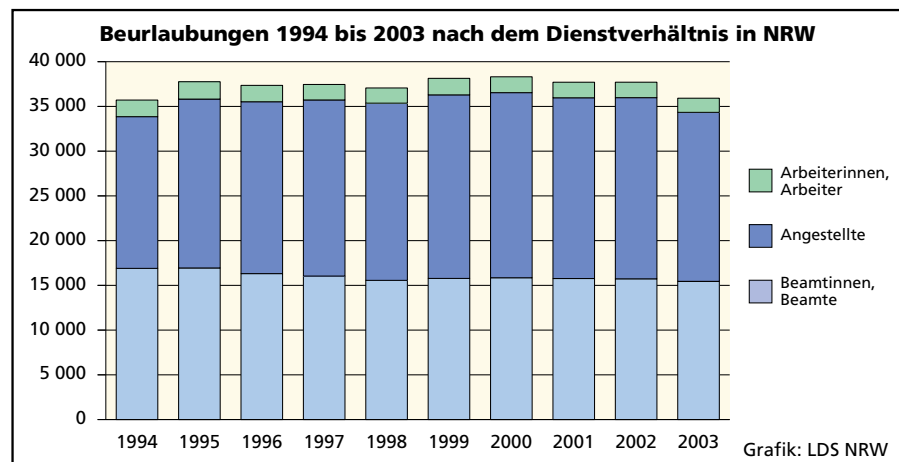


³⁵ Die Ergebnisse dieses Abschnitts beziehen sich auf den „unmittelbaren“ und den „mittelbaren“ öffentlichen Dienst in NRW zusammen. Der „unmittelbare“ öffentliche Dienst umfasst Bund, Land, Gemeinden, Gemeindeverbände sowie Zweckverbände und andere Organisationen zwischenkommunalen Zusammenarbeit. „Mittelbarer“ öffentlicher Dienst sind Sozialversicherungen und rechtlich selbstständige Einrichtungen, die in öffentlicher Rechtsform betrieben werden. Nicht einbezogen wurden die Bediensteten z. B. staatlicher oder kommunaler Arbeitgeber außerhalb des Landes NRW, die ihren Dienst- oder Arbeitsort in NRW haben. Rechtlich selbstständige Einrichtungen in privater Rechtsform blieben – aufgrund gravierender methodischer Änderungen in den Abgrenzungen der Berichtskreise und der dadurch bedingten fehlenden Vergleichbarkeit mit Vorjahresergebnissen – ebenfalls unberücksichtigt.

³⁶ Ergebnisse für 2004 lagen bei Redaktionsschluss noch nicht vor.

Zu den Vollzeitbeschäftigten kamen 178 000 Teilzeitbeschäftigte mit mindestens der Hälfte und 40 000 Teilzeitbeschäftigte mit weniger als der Hälfte der tariflichen Arbeitszeit sowie 26 000 geringfügig Beschäftigte. 24 000 ehemals Voll- oder Teilzeitbeschäftigte nahmen das Angebot ihres Arbeitgebers zur Aufnahme einer Altersteilzeit (im Block- oder Teilzeitmodell) wahr.

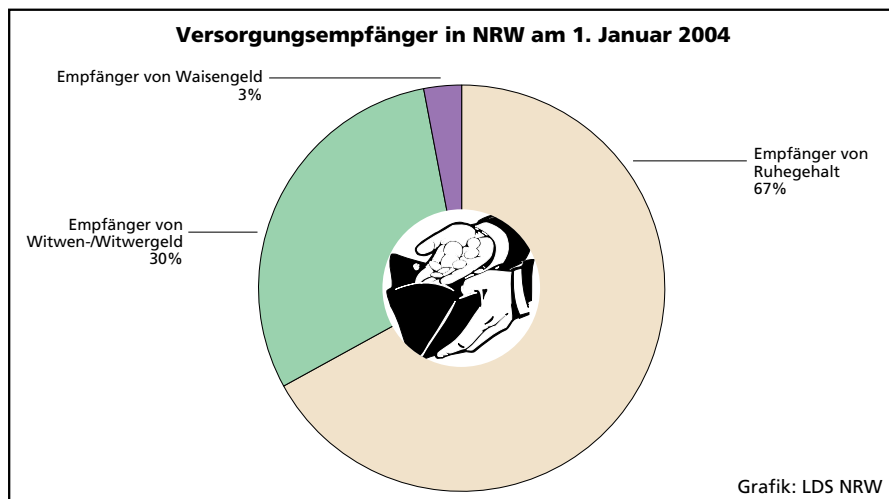
Betrachtet man die Entwicklung im unmittelbaren und im mittelbaren öffentlichen Dienst in NRW in den letzten zehn Jahren (1993–2003), so hat die Beschäftigtenzahl um 22,9 Prozent abgenommen (Vollzeitbeschäftigte –28,3 Prozent, Teilzeitbeschäftigte +0,4 Prozent). Ein großer Anteil ist dabei auf den Rückgang des Bundespersonals zurückzuführen, vorwiegend bedingt durch die Verselbständigung von Bundesbahn und Bundespost. Ließe man den Bundesdienst außer Betracht, so wäre die Zahl der Vollzeitbeschäftigten um 14,0 Prozent gesunken, die Zahl der Teilzeitkräfte jedoch um 12,2 Prozent angestiegen. Die in den letzten Jahren bei kommunalen Körperschaften verstärkt feststellbare Tendenz, kommunale Aufgaben aus den Kernhaushalten auszugliedern und sie Eigenbetrieben, eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen oder Zweckverbänden u. dgl. zu übertragen oder sie in rechtlich selbstständige Einrichtungen in öffentlicher oder privater Rechtsform – z. B. in eine Anstalt oder eine GmbH – umzuwandeln, spiegelt sich natürlich ebenfalls in der rückläufigen Zahl der im öffentlichen Dienst beschäftigten Voll- und Teilzeitkräfte wider.



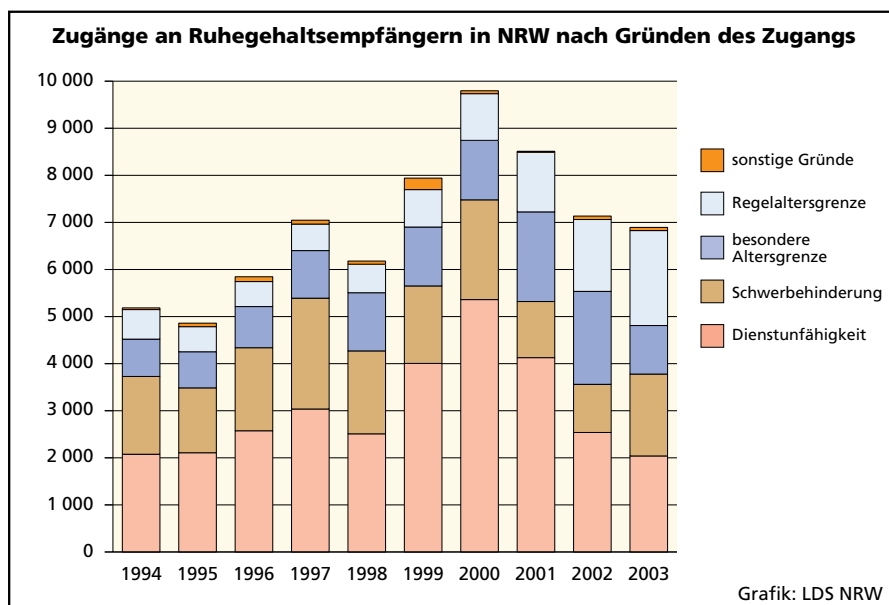
Die Anzahl der **beurlaubten Bediensteten** des öffentlichen Dienstes (ohne ehemalige Bundesbedienstete in Dienstorten des Landes NRW) belief sich 2003 auf 36 000 und hat sich damit seit 1993 um knapp 16 Prozent erhöht.³⁷ Während die Dienststellen des Landes NRW weniger Beurlaubungen meldeten (–14,9 Prozent), wiesen kommunale Arbeitgeber 2003 rund 50 Prozent mehr beurlaubte Personalfälle aus als zehn Jahre zuvor.

³⁷ Seit 1993 sind neben den „aktiven“ auch die „ehemaligen“ Beschäftigten des öffentlichen Dienstes zu erfassen, die beurlaubt sind für eine Tätigkeit außerhalb der Verwaltung des Dienstherrn, aus arbeitsmarktpolitischen Gründen, zur Betreuung und Pflege von Kindern oder pflegebedürftigen Angehörigen, zur Bewerbung um ein Mandat oder zur Ausübung eines Mandats, zur Erziehung eines Kindes, zur Ableistung des Grundwehr- bzw. des Zivildienstes oder eines freiwilligen sozialen oder ökologischen Jahres. Da dieser Personenkreis nach Ablauf der Beurlaubung ein Anrecht auf Reaktivierung seines Beschäftigungsverhältnisses hat, kommt dieser „Personalreserve“ angesichts der in den öffentlichen Bereichen allgemein anzutreffenden Einsparungsbestrebungen eine wachsende Bedeutung zu.

Die **Versorgungsempfängerstatistik** erfasst zum einen die Empfänger(innen) von Ruhegehalt (Pension), die ehemals beim Arbeitgeber Land NRW, bei Gemeinden, Gemeinde- oder Zweckverbänden im Lande oder bei Sozialversicherungsträgern unter Landesaufsicht beschäftigt waren, zum anderen deren Hinterbliebene, soweit sie Anspruch auf Witwen- bzw. Witwergeld oder auf Waisengeld besitzen. Dieser Statistik zufolge gab es Anfang 2004 in NRW 187 000 Versorgungsempfänger(innen), 17,7 Prozent mehr als zehn Jahre zuvor.



Während Anfang 1994 gut die Hälfte (55 Prozent) der Versorgungsfälle Empfänger von Ruhegehalt betrafen, ist dieser Anteil seither auf rund zwei Drittel (67 Prozent) angestiegen.



Pro Jahr sind seit 1994 zwischen 4 900 und 9 800 Ruhegehaltsempfänger(innen) hinzugekommen, davon zwischen 3 600 und 8 200 ehemalige Landesbedienstete. Nur etwa 29 Prozent der neuen „Versorgungsfälle“ ergaben sich aufgrund des Erreichens der Regel-Altersgrenze. Häufige Gründe waren (bei 15 Prozent) das Erreichen einer besonderen Altersgrenze (z. B. ehemalige Bedienstete im Vollzugs-

dienst und bei der Feuerwehr) und die Pensionierung aufgrund einer Schwerbehinderung (bei 25 Prozent), vor allem aber die Dienstunfähigkeit (bei 30 Prozent).

Während ehemalige Lehrer(innen) insgesamt knapp 61 Prozent aller für das Jahr 2003 gemeldeten Zugänge zum Versorgungssystem ausmachten, betrug ihr Anteil bei den Zugängen aufgrund einer Dienstunfähigkeit fast 76 Prozent und lag bei den Zugängen aufgrund einer Schwerbehinderung mit gut 74 Prozent auf nahezu identischem Niveau.

Gesundheitswesen, Soziales, Justiz

Von den rund 191 000 **Todesfällen** des Jahres 2003³⁸ war – wie in den vergangenen Jahren – fast die Hälfte (48,7 Prozent) auf Krankheiten des Kreislaufsystems zurückzuführen. Rund ein Viertel (24,4 Prozent) der Personen starb an bösartigen Neubildungen. Darunter dominierten die Krebserkrankungen der Verdauungsorgane, gefolgt von denen der Atmungsorgane. Bei letzteren waren drei von vier Verstorbenen männlichen Geschlechts. Die dritthäufigste Todesursache waren Krankheiten des Atmungssystems (7,9 Prozent), wie Lungenentzündung und asthmatische und bronchitische Leiden. Die Zahl der Selbstmorde war mit 1 804 Fällen fast doppelt so hoch wie die Zahl der bei Verkehrsunfällen Gestorbenen (909).

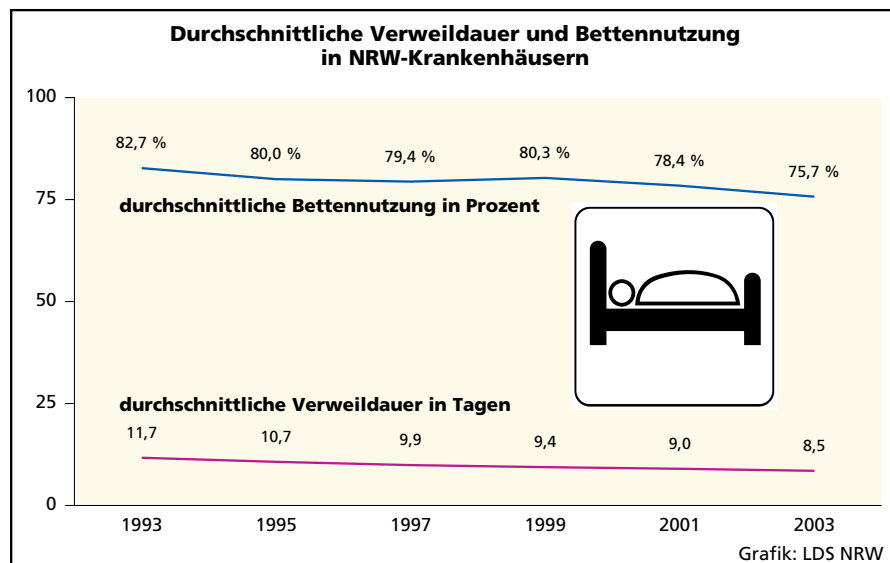
2003 gab es in NRW 384 Allgemeinkrankenhäuser mit insgesamt 120 000 Betten. Die dort stationär untergebrachten 3,9 Millionen Patienten (Behandlungsfälle) kamen auf insgesamt 33 Millionen Behandlungstage. Gegenüber dem Jahr 1995 nahm die Zahl der Allgemeinkrankenhäuser um 27 (–7 Prozent) ab. Auch die Anzahl der Betten (–11 Prozent) und der Behandlungstage (–15 Prozent) verringerte sich deutlich. Das bedeutet jedoch nicht, dass auch der Behandlungsbedarf der Menschen in **Krankenhäusern** abgenommen hat; die Zahl der stationär behandelten Kranken nahm sogar um fast acht Prozent zu. Diese gegenläufige Entwicklung erklärt sich aus den anhaltend kürzeren Liegezeiten der Patienten in den Krankenhäusern. So sank die durchschnittliche Verweildauer je Patient von 10,7 Tage (1995) auf 8,5 Tage (2003). Damit verbunden war ein Rückgang des Bettennutzungsgrades von 80,0 Prozent auf 75,7 Prozent.

Kürzere Verweildauer in Krankenhäusern

Parallel zu der Zahl der stationär behandelten Kranken nahm auch das ärztliche Personal zu: Mit 29 300 Personen war es 2003 um 10 Prozent zahlreicher als

³⁸ Ergebnisse für das Jahr 2004 lagen bei Redaktionsschluss noch nicht vor.

1995. Das nichtärztliche Personal dagegen wurde im gleichen Zeitraum um fast 9 Prozent auf 189 700 abgebaut. 40 Prozent dieser Personengruppe arbeiteten 2003 auf Teilzeitbasis; 1995 waren es erst 34 Prozent gewesen.



In den Allgemeinkrankenhäusern fielen 2003 Kosten³⁹ in Höhe von 11,8 Milliarden Euro an. Die Häuser mit mindestens 500 Betten, also die 56 größten der insgesamt 384 Krankenhäuser, hatten daran einen Anteil von 42 Prozent. Rein rechnerisch betrugen die Kosten je Pfl egetag 355 Euro, woraus sich ein Betrag von knapp 3 000 Euro pro Patient ergibt.

Die 138 Vorsorge- oder Rehabilitationskliniken im Lande verfügten im Jahr 2003 über 20 720 Betten. Stationär behandelt wurden 225 415 Patientinnen und Patienten an 6,2 Millionen Pfl egetagen. Die durchschnittliche Bettenauslastung betrug 81,6 Prozent, die durchschnittliche Verweildauer 27,4 Tage.

Arztpraxen und Krankenhäuser in NRW meldeten für das Jahr 2004 insgesamt 25 852 **Schwangerschaftsabbrüche** (2003: 25 858). In 895 Fällen lag eine medizinische und in zehn Fällen eine kriminologische Indikation vor. 24 947 Schwangerschaftsabbrüche (96,5 Prozent) wurden nach der Beratungsregelung vorgenommen. Neun Zehntel der Schwangerschaftsabbrüche wurden in einer gynäkologischen Arztpraxis vorgenommen, die übrigen ambulant oder stationär in einem Krankenhaus. Sechs Prozent der Frauen waren noch nicht volljährig, gut die Hälfte (53 Prozent) war zwischen 18 und 29 Jahre alt, ein Drittel (34 Prozent) war zwischen 30 und 39 Jahre alt und sieben Prozent waren 40 Jahre oder älter. Drei von fünf Frauen hatten vor dem Abbruch bereits mindestens ein Kind geboren. Das Verhältnis von ledigen zu verheirateten Frauen hielt sich in etwa die Waage.

**Fast 26 000
Schwangerschaftsabbrüche**

³⁹ bereinigt um Kosten für Ambulanz und wissenschaftliche Forschung und Lehre

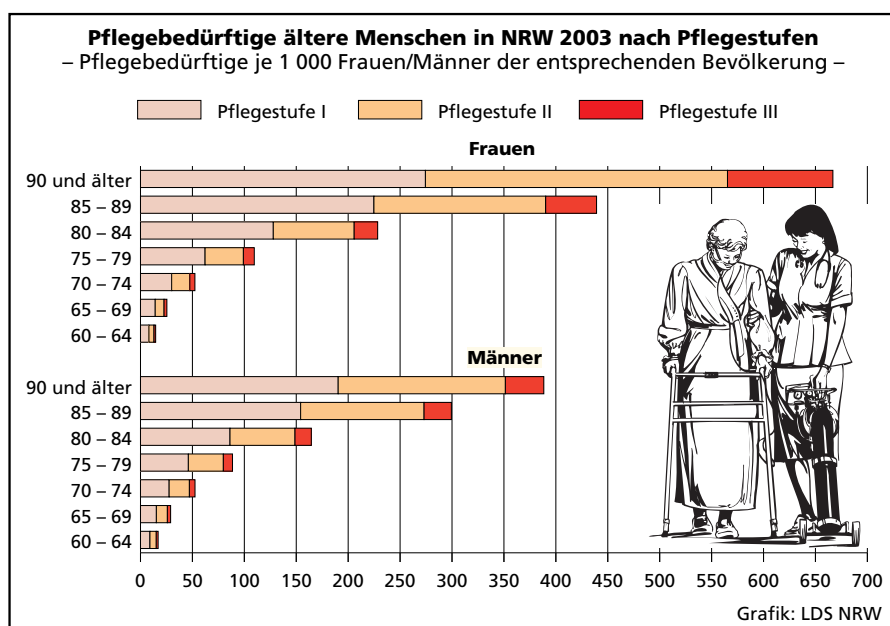
459 500 Einwohner Nordrhein-Westfalens erhielten Ende 2003 Leistungen aus der **Pflegeversicherung**. Rund zwei Drittel (316 700 Personen) der Pflegebedürftigen wurde zu Hause versorgt. Dabei erhielten 222 500 Pflegebedürftige ausschließlich Pflegegeld, um die Pflege durch selbst organisierte Pflegehilfen (z. B. Verwandte) sicherzustellen. Weitere 94 200 Personen wurden zu Hause von einem ambulanten Dienst betreut. Gut die Hälfte aller Pflegebedürftigen war in die Pflegestufe I eingestuft. 37 Prozent erhielten Leistungen der Pflegestufe II und 12 Prozent gehörten zur Gruppe der Schwerstpflegebedürftigen, der Pflegestufe III.

Leistungsempfänger(innen) der Pflegeversicherung in NRW im Dezember 2003				
Leistungs- empfänger(innen) ...	Pflegestufe			zusammen*)
	I	II	III	
	in Prozent			
die zu Hause versorgt wurden	59,0	32,6	8,4	316 700
davon durch ...				
selbst organisierte Pflegehilfen	62,6	30,3	7,2	222 500
ambulante Dienste	50,5	38,2	11,3	94 200
in Heimen	33,9	46,4	19,7	142 800
Insgesamt	51,2	36,9	11,9	459 500

*) einschließlich Leistungsempfänger(inne)n, die noch keiner Pflegestufe zugeordnet waren

Zwei Drittel der Pflegebedürftigen sind weiblich

Rund zwei Drittel der Pflegebedürftigen (314 400) waren Frauen, von denen knapp 40 Prozent älter als 85 Jahre waren. Bei den pflegebedürftigen Männern fielen nur 16 Prozent in die Gruppe der Hochbetagten. Da in den Pflegeheimen vor allem Menschen in hohem Lebensalter untergebracht sind, gab es daher in den Heimen besonders wenig Männer. Demgegenüber wurden relativ viele Männer (zwei von fünf) als Pflegegeldempfänger zu Hause durch selbst organisierte Hilfen gepflegt, meist durch nahe Angehörige.



Bei den im Pflegebereich tätigen ambulanten Diensten (2 004 Institutionen) und Pflegeheimen (1 913) waren Ende 2003 165 709 Personen beschäftigt, drei Viertel davon arbeiteten in Heimen. Frauen stellten sowohl im ambulanten als auch im stationären Bereich mehr als vier Fünftel der Beschäftigten.

685 176 Personen waren Anfang 2004 auf den Bezug von **Sozialhilfe** als laufender Hilfe zum Lebensunterhalt angewiesen, was einem Anteil von 3,8 Prozent an der NRW-Bevölkerung entspricht. Gegenüber Anfang 2003 erhöhte sich die Zahl der Empfänger und Empfängerinnen um 29 115 Personen. Parallel dazu nahm auch die Zahl der Bedarfsgemeinschaften von 338 111 auf 339 860 zu.

Mehr Sozialhilfe-Empfänger

Die Bruttoausgaben für die laufende Hilfe zum Lebensunterhalt summierten sich 2003⁴⁰ auf 2,5 Milliarden Euro, knapp zwei Prozent weniger als im Jahr zuvor. Wegen des Anstiegs bei der Hilfe in besonderen Lebenslagen (+5,1 Prozent auf 3,8 Milliarden Euro), vor allem im Bereich der Eingliederungshilfe (+5,5 Prozent auf 2,7 Milliarden Euro), erhöhte sich insgesamt das Bruttoausgabenvolumen aller Sozialhilfearten um 2,1 Prozent auf 6,3 Milliarden Euro. Im Pflegebereich ergab sich hingegen ein Rückgang um 0,2 Prozent auf 742,6 Millionen Euro. Bei den Landschaftsverbänden nahmen die Kosten – in Folge der Mehrbelastung bei den Hilfearten in ihrer Zuständigkeit – um 4,8 Prozent auf 3,3 Milliarden Euro zu, bei den kreisfreien Städten und Kreisen gingen sie um 0,6 Prozent auf 3,1 Milliarden Euro zurück.

Im Jahre 2003 erhielten Bürgerinnen und Bürger erstmals Leistungen im Bereich der **bedarfsorientierten Grundsicherung** nach dem Grundsicherungsgesetz (GSiG). Zum Jahresende 2003 belief sich die Zahl der Empfängerinnen und Empfänger in NRW auf 106 151. 88 122 von ihnen erhielten diese Leistungen außerhalb von Einrichtungen und 18 029 innerhalb von Einrichtungen. Zwei Drittel (72 766) der Empfängerinnen und Empfänger waren 65 Jahre oder älter. Der Anteil der Frauen an der Gesamtzahl der Empfängerinnen und Empfänger betrug 64,7 Prozent (68 700). 21 418 Hilfeempfänger hatten eine ausländische Staatsbürgerschaft. Die reinen Ausgaben für Leistungen der Grundsicherung ohne Gutachterkosten betrugen insgesamt rund 349 Millionen Euro. Der durchschnittliche Nettoanspruch pro Person lag bei 300 Euro.⁴¹

⁴⁰ Ergebnisse für 2004 lagen bei Redaktionsschluss noch nicht vor.

⁴¹ Vor allem ältere Menschen hatten in der Vergangenheit einen Anspruch auf Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem früheren Bundessozialhilfegesetz oft nicht geltend gemacht, weil sie den Unterhaltsrückgriff auf ihre Kinder befürchteten. Diese Hauptursache für verschämte Altersarmut ist mit der Einführung der Grundsicherung zum 1. Januar 2003 beseitigt worden. Mit dieser neuen Sozialleistung soll Personen, die durch Alter oder dauerhaft volle Erwerbsminderung aus dem Erwerbsleben ausgeschieden sind, der grundlegende Bedarf für den Lebensunterhalt sichergestellt werden. Die Grundsicherung ist keine Grundrente, sondern eine bedarfsorientierte Leistung für Empfänger(innen), die ihren Lebensunterhalt nicht durch eigenes Einkommen und Vermögen bestreiten können.

Auswirkungen zeigte die Einführung der Grundsicherung in der Statistik der Empfängerinnen und Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt: Trotz der allgemeinen Zunahme der Bedürftigenzahlen ergab sich hier durch den Wechsel der Leistung im Altersbereich der über 65-Jährigen ein Rückgang um 46,4 Prozent auf 26 180 Unterstützte.

Rund 71 500 Menschen bezogen zum Jahresbeginn 2004 Leistungen nach dem **Asylbewerberleistungsgesetz**, rund 1 400 Personen oder 1,9 Prozent weniger als im Vorjahr. Das Ausgabenvolumen für das Jahr 2003 betrug nach Abzug von Rückerstattungen rund 356,5 Millionen Euro und war damit um 10,7 Prozent niedriger als 2002.

78 000 Erziehungsberatungs- Maßnahmen

Die öffentlichen und freien Träger der **Jugendhilfe** leisten „ambulante erzieherische Hilfe“ in drei Formen: Der Erziehungsberatung (institutionelle Beratung), der Betreuung einzelner junger Menschen⁴² sowie der sozialpädagogischen Familienhilfe. Im Jahre 2003 wurden rund 78 000 Maßnahmen der Erziehungsberatung beendet. Der durchschnittliche Beratungszeitraum betrug dabei sechs Monate. 18 Prozent der betroffenen jungen Menschen befanden sich im Vorschulalter, drei Viertel im Schulalter. In 71 Prozent aller Fälle nahm die Mutter den Kontakt zur Beratungsstelle auf; nur in etwa jedem sechzehnten Fall ging die Initiative vom jungen Menschen selbst aus. In Betreuung durch einen Träger der Jugendhilfe befanden sich Anfang 2004 insgesamt 3 900 junge Menschen, sei es auf dem Wege über einen Erziehungsbeistand bzw. Betreuungshelfer (76 Prozent), sei es im Rahmen sozialer Gruppenarbeit (24 Prozent). Hauptanlass für den Hilfebedarf waren Schwierigkeiten in Schule und Berufsausbildung, Entwicklungsauffälligkeiten und Beziehungsprobleme. Betreuung in Form der sozialpädagogischen Familienhilfe erhielten Anfang 2004 rund 5 500 Familien, wobei es sich in etwa der Hälfte der Fälle um allein Erziehende mit Kindern handelte. In den meisten Fällen wurde die Hilfe durch das Jugendamt bzw. den allgemeinen Sozialdienst angeregt.

Neben der „ambulanten Erziehungshilfe“ gewähren die Träger der Jugendhilfe „Hilfen zur Erziehung außerhalb des Elternhauses“. Zu Jahresbeginn 2004 wurden etwa 40 000 junge Menschen außerhalb ihres Elternhauses erzogen, rund 52 Prozent in Heimen und sonstigen betreuten Wohnformen, 35 Prozent in Vollzeitpflege bei Pflegefamilien oder Verwandten und zehn Prozent in Tagesgruppen. Knapp 1 200 junge Menschen erhielten eine intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung als Unterstützung zur sozialen Integration und zu eigenverantwortlicher Lebensführung.

⁴² Als junge Menschen gelten nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz Personen, die noch nicht 27 Jahre alt sind.

Die Zahl der **schwerbehinderten** Menschen war 2003 mit knapp 1 618 000 Betroffenen um 91 200 niedriger als bei der vorangegangenen Erhebung im Jahre 2001. Schwerbehinderungen treten vermehrt im fortgeschrittenen Alter auf: Gut die Hälfte der Besitzerinnen und Besitzer eines Schwerbehindertenausweises war 65 Jahre oder älter. Nimmt man die Personen ab 55 Jahre noch hinzu, so erhöht sich der Anteil auf 75 Prozent. Insgesamt halten die schwerbehinderten Menschen einen Anteil von 8,9 Prozent an der Bevölkerung NRWs, betrachtet man dagegen nur die Altersgruppe ab 65, so ist über ein Viertel (27 Prozent) schwerbehindert.

Mitte 2004 wurden rund 772 600 Haushalte in NRW durch Zahlung von **Wohn-geld** unterstützt. Dabei erhielten 431 000 Haushalte einen Mietzuschuss zur Finanzierung der Wohnungsmiete und 20 100 einen Lastenzuschuss zur Bedienung von Wohnbaudarlehen. Hinzu kamen etwa 321 500 Empfänger(innen) des „besonderen Mietzuschusses“, der an den Bezug von Sozialhilfe oder Kriegsopferfürsorge gebunden ist.

Die Zahl der von kommunalen Einrichtungen erfassten **Obdachlosen** war Mitte 2004 mit 18 533 Personen um 4,9 Prozent niedriger als ein Jahr zuvor. Damit setzt sich der bereits in den letzten Jahren festgestellte Rückgang des Unterbringungsbedarfs fort; bei allen Gruppen der „Mehrpersonenhaushalte“ betrug er zwischen –13 und –18 Prozent. In der am stärksten vertretene Gruppe der „Einpersonenhaushalte“ nahm dagegen der Unterbringungsbedarf um 5,6 Prozent zu.

162 698 Personen wurden 2003⁴³ von nordrhein-westfälischen Gerichten wegen Straftaten **verurteilt**, 1,7 Prozent weniger als im Jahr davor. Unter den schuldig Gesprochenen befanden sich 27 759 Frauen (17,1 Prozent), 14 127 Jugendliche im Alter von 14 bis 17 Jahren (8,7 Prozent) sowie 17 118 Heranwachsende im Alter von 18 bis 20 Jahren (10,5 Prozent). Etwa die Hälfte aller Schuldsprüche richtete sich gegen Vorbestrafte.

**Fünf Sechstel aller
Verurteilten sind Männer**

37 130 Verurteilungen⁴⁴ erfolgten wegen Diebstahls und Unterschlagung, - 33 622 wegen anderer Vermögens-, Eigentums- und Urkundendelikte (vor allem Betrug, „Schwarzfahren“ und Urkundenfälschung) sowie 42 483 wegen Straftaten im Straßenverkehr. Diese drei Deliktgruppen umfassten 69,6 Prozent der schuldig gesprochenen Straftäterinnen und Straftäter.

⁴³ Ergebnisse für 2004 lagen bei Redaktionsschluss noch nicht vor.

⁴⁴ Zu beachten bei diesen Zahlen ist, dass im Falle der Verletzung mehrerer Strafvorschriften nur derjenige Straftatbestand statistisch erfasst wird, der mit der schwersten Strafe belegt ist.

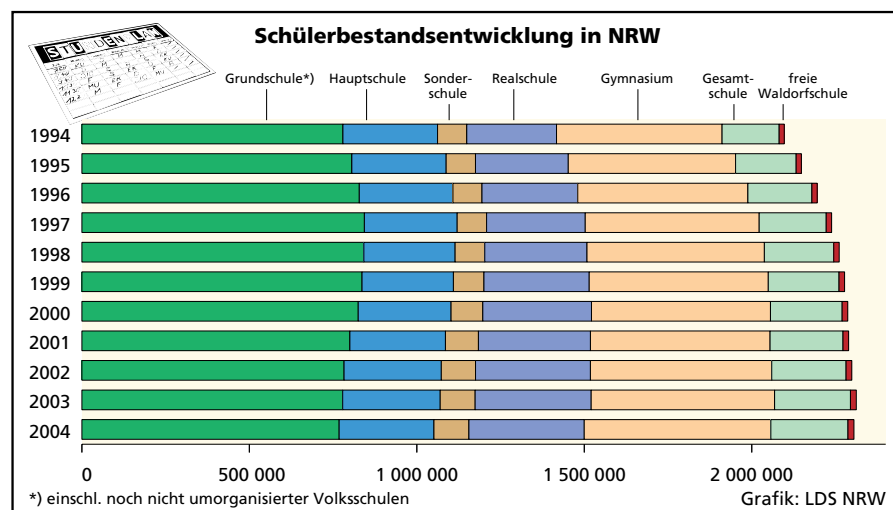
21 552 Fälle betrafen die Deliktategorie „Straftaten nach anderen Bundes- und Landesgesetzen“ (größtenteils Verstöße gegen das Betäubungsmittelgesetz, das Ausländergesetz und die Abgabenverordnung). Andere Straftaten gegen die Person – außer im Straßenverkehr – (überwiegend Beleidigung und Körperverletzung) wurden bei 18 741 Verurteilungen gezählt. Niedriger waren die Fallzahlen bei Straftaten gegen den Staat und die öffentliche Ordnung (3 976 Personen), bei Raubes und Erpressung (2 604), bei Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung (1 631) und bei gemeingefährlichen Straftaten außerhalb des Straßenverkehrs (959).

Schulen, Hochschulen, Bildungsförderung

Die 6 340 **Schulen der allgemeinen Ausbildung**⁴⁵ in Nordrhein-Westfalen werden im laufenden Schuljahr 2004/2005 von 2,306 Millionen Schülerinnen und Schülern besucht, das sind 0,3 Prozent weniger als im Jahr zuvor.

Schülerzahl –0,3 Prozent

Die stärkste Schülergruppe bilden die 768 000 Grundschülerinnen und Grundschüler. Die zweitstärkste Schülergruppe stellen die Gymnasiast(inn)en mit 557 000, gefolgt von den Realschüler(inne)n mit 344 000 und den Hauptschüler(inne)n mit 283 000. In die Gesamtschulen gehen 230 000, in die Sonderschulen 104 000 und in die freien Waldorfschulen 18 000 Kinder und Jugendliche.



Nach den Schülerprognosen des LDS NRW wird die Schülerzahl voraussichtlich Anfang des nächsten Jahrzehnts die Zwei-Millionen-Grenze unterschreiten. Erste Anzeichen dieses Rückgangs zeigen sich an den Grundschulen, wo die Schülerzahlen gegenüber dem Vorjahr um 1,4 Prozent gesunken sind. Ein Schülerrückgang ist auch bei den Hauptschulen (–2,8 Prozent) und Realschulen (–0,6 Prozent) festzustellen. Alle anderen Schulformen können (noch) steigende Schülerzahlen verzeichnen. Bei der Zuwachsrate liegt die freie Waldorfschule

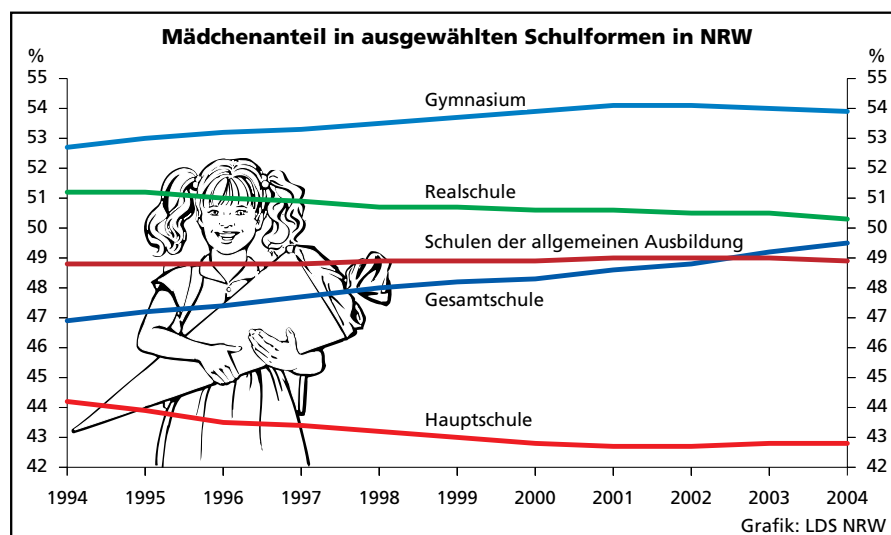
⁴⁵ Grundschulen (einschl. Schulkindergärten), Hauptschulen, noch nicht umorganisierte Volksschulen, Realschulen, Gesamtschulen, Gymnasien, freie Waldorfschulen, Sonderschulen (ohne berufsbildenden Bereich)

mit +2,0 Prozent vor der Gesamtschule und dem Gymnasium (jeweils +1,7 Prozent). Im Sonderschulbereich ist die Zahl der Schülerinnen und Schüler um 0,1 Prozent höher als im vorigen Schuljahr.

Die **Mädchenquote** ist im Durchschnitt aller Schulformen mit 48,9 Prozent nahezu unverändert geblieben. An Gymnasien liegt sie mit 53,9 Prozent auf Vorjahresniveau. Auch an freien Waldorfschulen und Realschulen sind Mädchen mit 51,1 Prozent bzw. 50,3 Prozent überrepräsentiert. An den Gesamtschulen (49,5 Prozent) und Grundschulen (49,0 Prozent) hat sich die Quote gegenüber dem Vorjahr leicht erhöht. Unverändert bleibt sie an den Hauptschulen bzw. Sonderschulen mit 42,8 Prozent bzw. 35,6 Prozent.

Höchste Mädchenquote am Gymnasium

Die Zahl der deutschen Schülerinnen und Schüler ist gegenüber dem vorigen Schuljahr mit +0,2 Prozent nahezu konstant, die der **ausländischen Schülerinnen und Schüler** hat sich um 1,1 Prozent auf 304 500 erhöht. Der Ausländeranteil an den Schulen der allgemeinen Ausbildung beträgt im Schnitt 13,1 Prozent; die höchste Ausländerquote weisen mit jeweils 22,1 Prozent die Haupt- und Sonderschulen auf, gefolgt von den Gesamtschulen (16,6 Prozent) und Grundschulen (15,6 Prozent). Nach wie vor sind ausländische Kinder und Jugendliche an Realschulen (9,0 Prozent), Gymnasien (4,8 Prozent) und freien Waldorfschulen (1,8 Prozent) deutlich unterrepräsentiert.



Die Zahl der **Schülerinnen und Schüler aus Aussiedlerfamilien** ist mit 86 000 um 9,8 Prozent niedriger als vor Jahresfrist. Im Durchschnitt aller Schulformen liegt ihr Anteil an der gesamten Schülerschaft bei 3,7 Prozent. Am höchsten ist der Aussiedleranteil an der Hauptschule (8,5 Prozent), gefolgt von der Realschule und der Gesamtschule mit jeweils 4,2 Prozent, der Grundschule (3,4 Prozent), der Sonderschule (2,9 Prozent), dem Gymnasium (1,5 Prozent) und der freien Waldorfschule (unter 0,1 Prozent).

An den Schulen der allgemeinen Ausbildung sind im Schuljahr 2004/2005 insgesamt 156 300 **Lehrerinnen und Lehrer** tätig, 0,1 Prozent mehr als im Vorjahr. 95 Prozent von ihnen sind hauptamtliche oder BAT-Lehrkräfte. 27 Prozent des Lehrpersonals unterrichten an einer Grundschule, 22 Prozent an einem Gymnasium, 14 Prozent an einer Hauptschule und 13 Prozent an einer Realschule. 12 Prozent üben ihren Beruf an einer Sonderschule, 11 Prozent an einer Gesamtschule aus. Gut ein Prozent der Lehrkräfte sind an einer freien Waldorfschule tätig.

Zwei Drittel (66,9 Prozent) der Lehrerschaft sind Frauen; vor zehn Jahren hatte der **Frauenanteil** noch 61,0 Prozent betragen. Überdurchschnittlich hoch ist die Frauenquote im Grund- und im Sonderschulbereich (88,8 Prozent bzw. 74,3 Prozent). Weniger stark sind weibliche Lehrkräfte an Gymnasien (48,3 Prozent), Gesamtschulen (55,1 Prozent), Hauptschulen (59,9 Prozent), freien Waldorfschulen (62,8 Prozent) und Realschulen (65,6 Prozent) vertreten.

Das Angebot des **zweiten Bildungsweges an den Weiterbildungskollegs**⁴⁶ wird im laufenden Wintersemester von 27 700 Teilnehmerinnen und Teilnehmern wahrgenommen. Das sind 1 622 mehr als vor Jahresfrist und 44,7 Prozent mehr als 1994. 12 100 Personen besuchen den Bildungsgang Abendrealschule, 8 200 den Bildungsgang Abendgymnasium und 7 400 den Bildungsgang Kolleg. Rund die Hälfte der Teilnehmer sind Frauen (49,3 Prozent). Der Ausländeranteil, der Anfang der 90er Jahre erstmals die Zehn-Prozent-Marke überschritten hatte, liegt inzwischen bei 18,7 Prozent.

An den 357 **Berufskollegs**⁴⁷ werden im laufenden Schuljahr 573 000 Schülerinnen und Schüler unterrichtet, 1,8 Prozent mehr als im vergangenen Schuljahr. 351 000 Schülerinnen und Schüler nehmen am ausbildungsbegleitenden Unterricht im Rahmen des dualen Systems (Teilzeitberufsschule) teil. Die neu eingerichteten Bildungsgänge der Berufsschule in Vollzeitform werden von etwas mehr als 600 Schülerinnen und Schülern besucht. An den Fachoberschulen streben 22 500 Jugendliche und junge Erwachsene die Fachhochschulreife an, die diese Schulform nach ein- oder zweijähriger Ausbildung vermittelt. In den einjährigen Bildungsgängen des Berufsgrundschuljahres einschl. Vorklasse (Vollzeit) beträgt die Teilnehmerzahl knapp 22 100. Die Berufsfachschulen werden von 132 100 Jugendlichen besucht und die Fachschulen, die die Möglichkeit zur

⁴⁶ Bildungsgänge Abendrealschule, Abendgymnasium, Kolleg

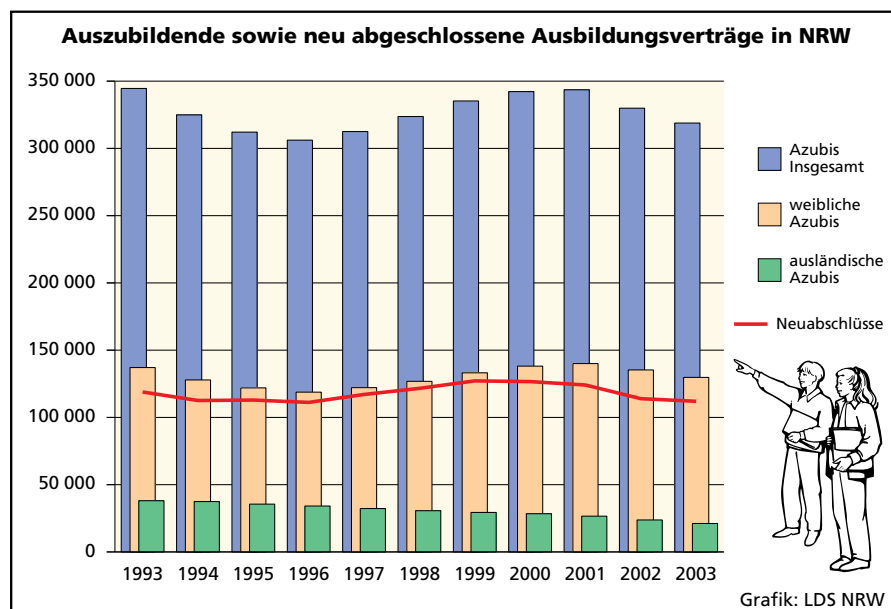
⁴⁷ Berufliche Bildung wurde in Nordrhein-Westfalen von jeher in den „berufsbildenden Schulen“ mit ihren Schulformen Berufsschule (Teilzeit/Vollzeit), Berufsfachschule, Fachoberschule und Fachschule vermittelt. 1977 wurden außerdem als Schulversuch die „Kollegs“ eingerichtet, in denen neben den herkömmlichen beruflichen zusätzlich doppelt qualifizierende Abschlüsse (gekoppelte berufliche und allgemein bildende Abschlüsse) erworben werden konnten. Aus den Erkenntnissen dieses Schulversuchs heraus wurde 1998 im „Berufskolleggesetz“ eine neue Struktur der beruflichen Bildung eingeführt. Dazu erfolgte mit dem Schuljahr 2000/2001 die Umwandlung der ehemaligen berufsbildenden Schulen und Kollegs in „Berufskollegs“, die sich noch in die bisherigen Schulformen (Berufsschule, Berufsfachschule, usw.) untergliedern.

beruflichen Weiterbildung bieten, von 44 900 Teilnehmerinnen und Teilnehmern. 25 300 Lehrkräfte sind in den Berufskollegs beschäftigt, davon 10 200 (40,4 Prozent) Frauen, beschäftigt. 23 700 (93,8 Prozent) Lehrerinnen und Lehrer sind als hauptamtliche bzw. BAT-Lehrkräfte tätig.

An den 508 **Schulen des Gesundheitswesens** mit Schulbetrieb werden gegenwärtig 43 300 junge Menschen (darunter 78,6 Prozent Frauen) in gesundheits- und sozialpflegerischen Berufen ausgebildet, in etwa so viel wie vor einem Jahr. Die Auszubildenden an diesen Schulen werden von 15 500 haupt- und nebenberuflichen Lehrkräften unterrichtet, von denen 8 100 (52,2 Prozent) Frauen sind.

Ende 2003 waren in NRW insgesamt 318 856 **Auszubildende** in über 350 Ausbildungsberufen registriert. Die Zahl der besetzten Ausbildungsplätze, die zwischen 1996 und 2001 ständig gewachsen war, nahm damit 2003 zum zweiten Mal in Folge ab (2002: –4 Prozent, 2003: –3,3 Prozent) und liegt nun rund ein Drittel unter dem Höchststand von 1985 (damals: 505 624 Auszubildende).

Mit 97 407 Auszubildenden wurde im Handwerk erstmals die 100 000er-Marke unterschritten und gleichzeitig der niedrigste Wert seit 1960 erreicht. Der Frauenanteil an der Gesamtzahl der Auszubildenden ist leicht gesunken auf 40,7 Prozent. Der Anteil der ausländischen Auszubildenden verringerte sich weiter. Er lag Ende 2003 bei nur noch 6,6 Prozent.



Bei Betrachtung der einzelnen Berufsbereiche ist festzustellen, dass zunehmend mehr junge Menschen in Dienstleistungsberufen (53,2 Prozent) als in Fertigungsberufen (42,3 Prozent) ausgebildet werden, nachdem noch Mitte der neunziger Jahre beide fast gleichauf lagen (1995: Dienstleistungsberufe: 47,5 Prozent, Fertigungsberufe:

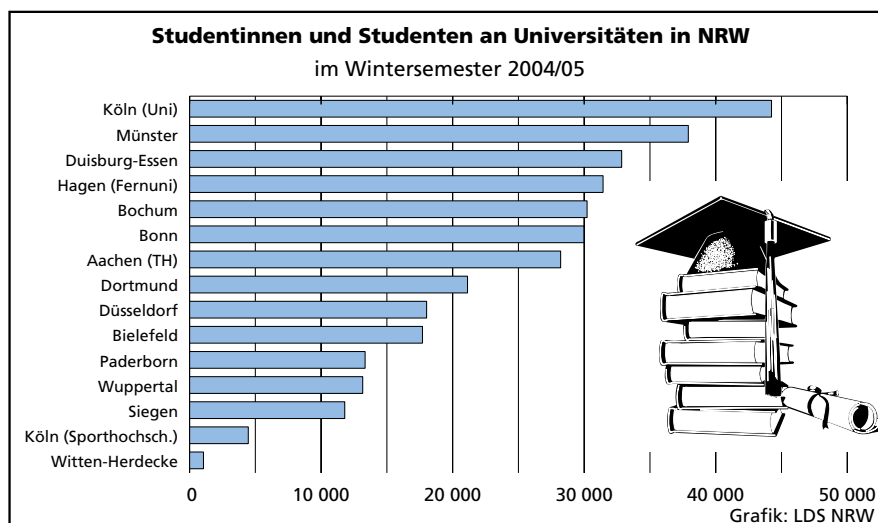
47,4 Prozent). Nur 13,3 Prozent der weiblichen Auszubildenden entschieden sich für eine Ausbildung außerhalb des Dienstleistungsbereiches. Bei den männlichen Auszubildenden dominieren nach wie vor die Fertigungsberufe mit 65,4 Prozent.

Auszubildende in Nordrhein-Westfalen					
Ausbildungsbereich	1999	2000	2001	2002	2003
	jeweils am 31.12.				
Industrie, Handel, Banken u.a.	170 540	176 285	180 027	173 237	168 571
Handwerk	112 850	112 351	108 885	102 588	97 407
Landwirtschaft	6 447	6 163	6 225	6 045	6 017
Öffentlicher Dienst	8 199	8 829	9 033	8 742	8 442
Freie Berufe	34 828	36 297	37 017	37 039	36 239
sonstige	2 406	2 295	2 360	2 248	2 180
Insgesamt	335 270	342 220	343 577	329 899	318 856

Wie auch schon in den Vorjahren ist eine hohe Konzentration auf nur wenige Berufe festzustellen. 79 Prozent aller weiblichen Auszubildenden verteilen sich auf nur 25 Ausbildungsberufe, beim männlichen Nachwuchs sind es knapp 61 Prozent. Auf Platz 1 bei den weiblichen Auszubildenden steht nach wie vor der Beruf der Arzthelferin mit 11 389 Auszubildenden, bei den männlichen Auszubildenden dominiert die Berufsausbildung zum Kraftfahrzeugmechatroniker mit 14 883 Auszubildenden.

Von Oktober 2003 bis September 2004 begannen 115 985 junge Menschen in NRW eine Ausbildung, damit gab es 4,4 Prozent mehr **neu abgeschlossene Ausbildungsverträge** als im vorigen Ausbildungsjahr. Im größten Ausbildungsbereich „Industrie und Handel“ nahm die Zahl der Neuabschlüsse um sieben Prozent auf 65 792 zu. Im zweitgrößten Ausbildungsbereich, dem Handwerk, stieg – nach Rückgängen in den letzten fünf Jahren – die Zahl der neuen Berufsausbildungsverträge um 1,6 Prozent auf 32 560.

Mehr neue Ausbildungsverträge



Im Wintersemester 2004/05 waren an den Hochschulen in NRW 458 300 **Studierende** als Haupthörer eingeschrieben, das waren 63 300 oder 12,1 Prozent

weniger als im Wintersemester zuvor. Der Rückgang wird vor allem auf die Einführung der Studienkonten zurückgeführt; im Rahmen des „Studienkontenmodells“ müssen seit dem Sommersemester 2004 bestimmte Studierendengruppen (z. B. Langzeitstudierende oder Studierende im Zweitstudium) Studiengebühren in Höhe von 650 Euro pro Semester entrichten. Die höchsten Verluste im Vergleich zum Wintersemester 2003/04 verzeichneten die Universitäten (–15,3 Prozent), gefolgt von den Kunst- und Musikhochschulen (–5,3 Prozent) und den Fachhochschulen (–2,3 Prozent).

Studentenzahl sinkt wegen Studienkonten

Die größten Hochschulen im Land sind nach wie vor die Universitäten Köln mit 44 200 und Münster mit 37 900 Studierenden. Die Universität Duisburg-Essen (32 800) hat inzwischen die Fernuniversität Hagen (31 400) vom dritten Platz verdrängt. Ein Drittel (33,5 Prozent) der Studentinnen und Studenten studierte in Studienfächern, die zu den Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften zählen. In der Fächergruppe Sprach- und Kulturwissenschaften waren ein Fünftel (21,7 Prozent) gemeldet, 17,2 Prozent im Bereich Mathematik und Naturwissenschaften und weitere 16,9 Prozent in der Fächergruppe Ingenieurwissenschaften.

Studierende in Nordrhein-Westfalen			
Hochschulart	im Wintersemester		Veränderung in Prozent
	2003/04	2004/05	
Universitäten	396 000	335 500	–15,3
Theologische und kirchliche Hochschulen	660	660	+0,5
Kunst- und Musikhochschulen	5 100	4 800	–5,3
Fachhochschulen (ohne Verwaltungsfachhochschulen)	110 900	108 400	–2,3
Verwaltungsfachhochschulen	8 900	8 900	–0,1
Hochschulen insgesamt	521 600	458 300	–12,1

Der Frauenanteil an den Studierenden, der im Wintersemester 2003/04 noch 45,5 Prozent betragen hatte, stieg weiter an und erreichte nun 46 Prozent; zehn Jahre zuvor hatte er noch weniger als 40 Prozent betragen. Insgesamt 61 600 Studierende in NRW besaßen eine ausländische Staatsangehörigkeit; das entspricht einer Ausländerquote von 13,4 Prozent. Vor zehn Jahren hatte diese Quote noch bei acht Prozent gelegen.

2003 erhielten 146 400 Personen Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (**BAföG**). Im Vergleich zum Vorjahr bedeutet dies ein Plus von 9,7 Prozent. Der Betrag, den das Land und der Bund für BAföG-Bezieher(innen) in NRW aufbrachten, belief sich im Jahr 2003 auf 403 Millionen Euro (+10,3 Prozent).

Fast 10 Prozent mehr BAföG-Empfänger

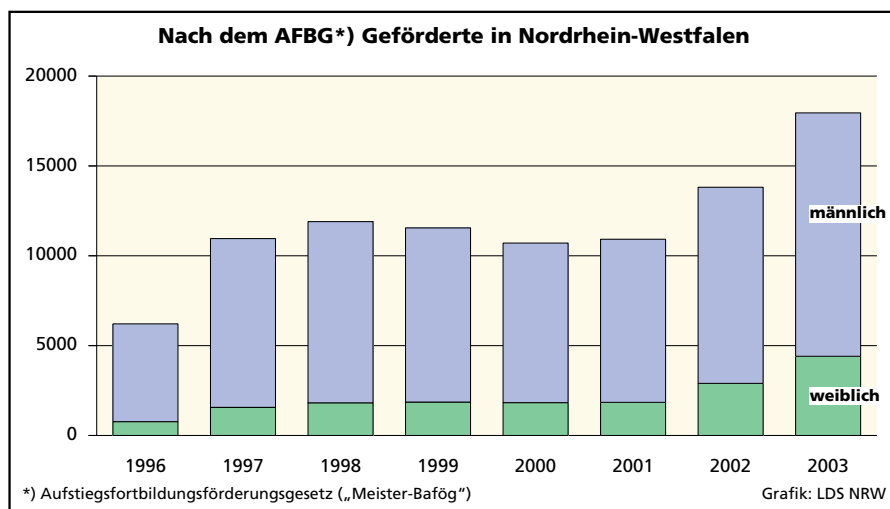
Mehr als die Hälfte der Geförderten (56,9 Prozent) erhielten eine „Vollförderung“, d. h. sie bekamen den errechneten Gesamtbedarf in voller Höhe ausbezahlt. Die übrigen 43,1 Prozent erhielten eine „Teilförderung“. 49 500 der

BAföG-Empfänger(innen) waren Schüler(innen), bei ihnen betrug der durchschnittliche Förderbetrag pro Monat 313 Euro. Die 96 900 Studierenden, die Leistungen nach dem BAföG erhielten, bekamen im Schnitt monatlich 371 Euro.

Nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) Geförderte in Nordrhein-Westfalen				
Jahr	Studentinnen und Studenten		Schülerinnen und Schüler	
	Geförderte	durchschnittlicher monatlicher Förderbetrag in Euro je Empfänger	Geförderte	durchschnittlicher monatlicher Förderbetrag in Euro je Empfänger
1998	73 695	325	31 668	270
1999	71 359	332	30 933	267
2000	71 310	335	30 760	260
2001	81 967	369	36 681	301
2002	90 674	374	42 786	312
2003	96 894	371	49 509	313

Starker Anstieg beim Meister-BAföG

2003 erhielten in NRW etwa 15 500 Männer und 2 500 Frauen „**Meister-BAföG**“, also Leistungen nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz. Das waren über 4 000 Personen mehr als ein Jahr zuvor. Das finanzielle Förder-volumen belief sich auf knapp 74 Millionen Euro, von denen zwei Drittel als Darlehen und ein Drittel in Form von Zuschüssen bewilligt wurden.



Der starke Anstieg der gewährten Leistungen ist vor allem auf die Anfang 2002 in Kraft getretene Reform des „Meister-BAföG“ zurückzuführen. Ziel dabei ist es, mehr Fachkräfte mit abgeschlossener Erstausbildung und Existenzgründer(innen) zu fördern. Anspruch auf die staatliche Aufstiegsförderung haben grundsätzlich alle Facharbeiter(innen), Gesell(inn)en und Gehilf(inn)en, aber z. B. auch Krankenschwestern/-pfleger oder Verlagskaufleute. Höhere Leistungen und Zuschüsse insbesondere für Familien mit Kindern und für allein Erziehende stellen einen größeren Anreiz dar. Auch der Schritt in die Selbstständigkeit wird mit einem höheren Darlehenserlass belohnt.